

Auf der Suche nach vergangenen Spuren: Jüdisches Leben in Michendorf und Umgebung

Ein Schulprojekt des Wolkenberg-Gymnasiums

Schüler:innen recherchierten im Rahmen des Seminars Geschichte/Religion 2019/2020 Lebenswege von Menschen der Region, die während der NS-Zeit aus rassistischen Gründen ausgegrenzt, diskriminiert, ausgeplündert, aus ihrer Heimat vertrieben oder ermordet wurden. Auch wenn vieles noch bruchstückhaft ist und weitere Recherchen nötig sind, die Geschichten der jüdischen Bürger:innen Michendorfs und Umgebung sollen erzählt werden – sie und ihr Leid sollen erinnert und nicht vergessen sein. Die Lebenswege und Schicksale dieser Familien mahnen uns heute, jeder Form von Rassismus und Ausgrenzung entgegenzutreten und sich für Frieden und Versöhnung einzusetzen.



Vorgeschichte des Projekts



Das Wandernagelkreuz aus Pforzheim in Michendorf, 2018

2018 beteiligten sich Schüler:innen des Wolkenberg-Gymnasiums im Rahmen des Ev. Religionsunterrichts an Veranstaltungen in Michendorf zum Thema „Frieden und Versöhnung“. Anlass war die „Nagelkreuzaktion“ der Evangelischen Kirchengemeinde Michendorf-Wildenbruch, die damals von ihrer Partnergemeinde in Pforzheim das Wandernagelkreuz bekam. Dieses wird von Ort zu Ort weitergereicht, um den zugrundeliegenden Versöhnungsgedanken in unterschiedliche Institutionen und Gruppen zu bringen. Entstanden ist die sogenannte Nagelkreuzbewegung nach dem 2. Weltkrieg in Coventry, England.

Getragen von dem Gedanken, dass Versöhnung das Wissen und Eingestehen von begangenen Unrecht braucht, fragten die Religionsschüler:innen der damaligen Klasse 9d nach dem Schicksal ehemaliger jüdischer Bürger:innen von Michendorf und Umgebung. Am 9. November 2018, 80 Jahre nach der Reichspogromnacht, stellten sie erste Ergebnisse ihrer Recherchen in der Michendorfer Kirche vor.

Fortgesetzt wurde die Spurensuche 2019 von Schüler:innen des Seminars Geschichte/Religion. In diesem Oberstufenkurs fertigten sie Seminararbeiten an, für die sie jeweils eine Person oder Familie mit jüdischen Hintergrund auswählten, die in Michendorf oder der Region gelebt bzw. Bezug zum Ort und zur Gegend hatten.

Recherchen vor Ort und online im Netz

Die Recherchen der Schüler:innen begannen mit einem Besuch im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Golm, um dort Informationen zu jüdischen Personen zu sammeln, deren Namen in Michendorf bekannt waren. Auch das Internet war bei der Spurensuche hilfreich. Erste Hinweise auf weitere ehemalige jüdische Bürger:innen der Region fanden die Jugendlichen auf der Internetseite „Mapping The Lives“. Dort sind Daten von über 400.000 Opfern des Nazi-Regimes dokumentiert. Online wurden die Schüler:innen im Arolsen-Archiv ebenfalls fündig. Hier kann digital Einsicht in Akten nationalsozialistisch verfolgter Juden genommen werden. Das Archiv, benannt nach dem Ort Bad Arolsen in Hessen, ist UNESCO Welt-Dokumentenerbe und besitzt Informationen von rund 17,5 Millionen Opfern und Überlebenden. Weitere Recherchen führten die Jugendlichen über die Internetseite der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem, durch. Dort sind Namen und biografische Daten von ca. 4,7 Millionen Menschen, die dem Holocaust zum Opfer fielen, zu finden. Unterstützt wurden die Jugendlichen bei ihren Recherchen von Mitarbeiter:innen der Archive vor Ort. Zu nennen sind das Brandenburgische Landeshauptarchiv, das Landesarchiv Berlin, das Stadtarchiv Potsdam, das Kreisarchiv Potsdam-Mittelmark und die Gemeindeverwaltung in Michendorf. Auch die Michendorfer Chronik des Heimatvereins sowie Informationen der Ortschronistin Edith Volkmer waren für die Recherchen wichtig. Besonders beeindruckend ist, dass im Verlauf des Projekts Kontakt zu einigen Angehörigen ehemaliger jüdischer Bürger:innen Michendorfs bzw. zu einem engen Freund hergestellt werden konnte. Von diesen erhielten die Schüler:innen Fotografien, Dokumente, Briefe und persönliche Erinnerungen, die für die Darstellung der Lebenswege verwendet werden durften. So gibt es aufgrund dieser Recherchen heute Schriftwechsel nach Großbritannien, Israel und in die USA.

Ergebnisse

Von Projektbeginn an gab es die Idee, die Ergebnisse der Recherchen in die Öffentlichkeit Michendorfs zu bringen.

Konkret wurde dieser Gedanke mit der Initiative der Michendorfer Bürgermeisterin Claudia Nowka und Team, für die Opfer der NS-Verfolgung vor Ort Stolpersteine verlegen zu lassen. So fasste die Gemeindevertretung Ende 2020 den Beschluss, zukünftig durch Stolpersteine an die Familie Scheidemann aus Michendorf und Familie Schlesinger aus Wilhelmshorst erinnern zu wollen. Auch die mobile Ausstellung „Auf der Suche nach vergangenen Spuren: Jüdisches Leben in Michendorf und Umgebung“ ist Ergebnis der Recherchen der Schüler:innen. Auf zwölf Informationstafeln haben sie die Ergebnisse ihrer Arbeit zusammengefasst. Die Ausstellung soll sowohl am Wolkenberg-Gymnasium als auch in anderen öffentlichen Einrichtungen Michendorfs und Umgebung gezeigt werden.



Verlegung eines Stolpersteines

Ausblick

Auch wenn mit den angefertigten Seminararbeiten und der erstellten Ausstellung die Recherchen der Schüler:innen zu einem gewissen Abschluss gekommen sind, ist die Arbeit des Projektes nicht beendet: Nicht nur dass sich zusätzliche Informationen zu den in der Ausstellung vorgestellten Lebenswegen finden lassen, auch ist die Auswahl der Lebenswege unvollständig. Es wurden weitere Namen ehemaliger jüdischer Bürger:innen Michendorfs und Umgebung bekannt, zu denen bisher noch nicht recherchiert werden konnte.

Die Ausstellung bietet zudem keine repräsentative Darstellung der Schicksale jüdischer Bürger:innen in der NS-Zeit. Weitere Recherchen, Informationen und Arbeiten sind also nötig. Deshalb soll mit Hilfe des hier abgedruckten QR-Codes die Möglichkeit bestehen, zusätzliche Angaben, Ergänzungen oder eventuelle Korrekturen auf neuerer Ergebnisse online einzusehen. Die Ausstellung kann dadurch auf aktuellem Stand gehalten werden.



Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagte am 8. Mai 1985 in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag anlässlich des 40. Jahrestages der bedingungslosen Kapitulation und Befreiung von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft: „*Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.*“ Er verweist auf den Zusammenhang von Erinnerung an die Verbrechen des Holocausts und gegenwärtiger Versöhnung, indem er eine jüdische Weisheit zitiert: „*Das Vergessen wollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.*“

(https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html - 10.04.2021)

Das Schüler-Projekt „Auf der Suche nach vergangenen Spuren: Jüdisches Leben in Michendorf und Umgebung“ soll in diesem Sinn verstanden werden als Beitrag zur Versöhnung und Teil der seit über zehn Jahren gelebten Partnerschaft zwischen der israelischen Ramon High School in Hod HaSharon und dem Wolkenberg-Gymnasium in Michendorf.



Schüleraustausch zwischen der Ramon High School in Hod HaSharon, Israel und dem Wolkenberg-Gymnasium in Michendorf, 2018: Besuch des israelischen Botschafters Jeremy Issacharoff (Mitte) und Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke (rechts)

Danke

An dieser Stelle möchte ich allen danken, die sich am Projekt beteiligt und die Umsetzung unterstützt haben – vor allem den Schüler:innen des Wolkenberg-Gymnasiums. Hier sind die Teilnehmer:innen des Seminars Geschichte/Religion zu nennen: Laura Allrich, Fabian Brauer, Josef Eberlein, Lilith Flemming, Elena Friedrichs, Elisa Heinicke, Lennard Heinrich, Stella Hölzel, Lena Kohlisch, Tabea Limpach, Alina Loose, Julius Matthesius, Fabian Müller, Angelina Otten, Lennart Philipsen, Jette Schmidt, Emil Schramm, Celine Semeredi, Floriane Sievert, Friedrich Stanke, Lisa Wagner und Emilio Wolf. Bedanken möchte ich mich zudem bei den Kolleg:innen Linda Metsch, Katrin Gerasch und Colin Baier, die den Seminarskurs mit mir geleitet haben.

Auch dem Schulförderverein des Gymnasiums Michendorf e.V., der Schulleitung des Wolkenberg-Gymnasiums und der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ der Landesregierung Brandenburg sei für ideelle und finanzielle Unterstützung ausdrücklich gedankt.

gez. Anne Voß



Schüler:innen des Seminars Geschichte/Religion 2019-2021 (auf dem Foto fehlen vier Jugendliche)

Hinweis

Alle Angaben sind nach bestem Wissen gemacht worden. Hinweise auf Fehler oder Ergänzungen werden gerne angenommen. Trotz sorgfältigen Bemühens ist es nicht in allen Fällen gelungen, die ausdrückliche Genehmigung für eine Bildverwendung zu erhalten. Angaben zu Bildquellen sind in jedem Fall erfolgt.

Bildquellen

Bild Fotokollage: s. Ausstellung

Bild Nagelkreuz: Privates Foto (D. Baaske, bearbeitet von A. Voß)

Bild Stolperstein: Von Axel Mauruszat - Eigenes Werk, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5769131>

Bild Schüleraustausch: Privates Foto (A. Voß)

Bild Schüler*innen des Seminars Geschichte/Religion: Privates Foto (A. Voß)

Ihre Stimme wieder hören

Zitate ehemaliger jüdischer Bürger:innen aus Michendorf und Umgebung

„Ich habe als polnischer Staatsangehöriger jüdischer Religion seit 1925 in Michendorf bei Berlin in der Provinz Brandenburg gelebt. Ich habe das Abitur in Berlin bestanden, konnte aber meine Absicht, Literatur und Geschichte zu studieren, als Jude nicht erfüllen.“

Henryk E. Herman in einem Brief über Michendorf und seinen Berufswunsch. Der Brief wurde freundlicherweise von seinem Sohn Peter Herman zur Verfügung gestellt.

(Quelle privat: Peter Herman)

„Entschuldigen Sie bitte, wenn ich mich so mit meinen Äußerungen nicht bezähme, aber leider sind wir wohl alle durch die Erlebnisse der letzten Jahre abgestumpft & man möchte sagen herzlos geworden.“

Johanna Rosenthal 1946/47 in einem Brief an den ehemaligen Potsdamer Rabbiner Dr. Schreiber. Sie schildert in diesem Brief die Schicksale der mit ihr deportierten Juden aus Potsdam.

(Quelle: <https://www.pnn.de/potsdam/holocaust-gedenktage-also-sollte-ich-leben/21292384.html> - 10.04.2021)

Nummer 610

*Noch glitzern nächtliche Sterne hell
über dem Wald.
Grell schrillen die Pfeifen zum Morgenapell:
Tagschicht heraus, heraus – wird's bald!*

*Da poltern wir aus schlafwarmen Saal
hinaus in die Tagesqual.
Tagschicht tritt an: 30 Mann.
Kalt weht der Wind durchs enge Tal.*

*Wir hüllen in dünne Decken uns ein,
wir stehen wartend in langen Reih'n,
nach Nummern geordnet zu Drei'n.*

*Die schwarzen Schergen zählen und fluchen,
sie müssen unsere Nummern verbuchen.
Dann lassen sie uns noch lange stehn.
Es fehlt eine Nummer: 610.*

*610, ein Buchdrucker aus Berlin,
siebzehn Jahre alt, ich kenne ihn.
Hat neulich von seinem Heimweh gesprochen
und daß er doch gar nichts hat verbrochen
und daß nun Mutter aus der Wohnung raus,
Weil Bomben zerschlugen das ganze Haus.*

*So sehe ich ihn noch vor mir stehn
mit dicken Brillengläsern: 610.
Schon haben die Spürhunde ihn gesucht,
und der Sturmbannführer hat mächtig geflucht.
Er hat uns die Hölle an den Hals geschrien,
und dann auf der Straße brachten sie ihn.*

*Angestrahlt im Scheinwerferlicht,
doch hinein ins Lager kam er nicht.
Vor dem Tor ist er zusammengebrochen,
er war ganz still und hat nichts mehr gesprochen.*

*Zerschlagen, zerstümmelt und zerschunden,
zerissen, zerbissen von den Hunden,
So lag er da und sein Blut floß dahin.
War er jetzt daheim bei Müttern in Berlin?*

*Der Sturmbannführer legte aufs neue los:
Soll keiner von euch sich einbilden bloß,
daß er die Heimat wird wiederseh'n....
Doch mit einmal ferne Sirenen ertön
und in der Höhe Motorengebrumm,
und der Sturmbannführer ist plötzlich stumm.*

*Die Lichter verlöschen – voll Hoffnung, doch bang,
stehen wir stumm zehn Minuten lang.
Die anderen rennen hin und her –
und fluchen noch mehr.*

*Hinterm Wald aufleuchtet Feuerschein,
taucht alles in fahles Licht hinein.
Es kommt der Befehl. Wir marschieren ab,
am Boden lag einer – fast noch ein Knab,
Kamerad, Kamerad 610.
Sollen wir stumm verzweifelt vorübergeh'n?*

*Einer tritt vor –
dort am Tor,
hat sich zu ihm niedergebückt,
die halboffenen Lieder zugedrückt.*

*„Und wenn die Welt voll Teufel wär –'
Das lasst uns singen zu seiner Ehr.
Nur zaghaft klingt erst der Gesang,
Dann aber schallt es das Tal entlang
„Groß Macht und viel List
Sein grausam Rüstung ist,
Ein Wörtlein kann ihn fällen.“*

Karl Regensburger schrieb das Gedicht „Nummer 610“ über die Erfahrungen seiner Internierung im Zwangsarbeitslager Sitzendorf/Thüringen, Herbst 1944 bis Anfang Frühjahr 1945.

(Quelle privat: Helmut Regensburger)

„Der Mensch muß beim Zurechtfinden mit wechselnden Umständen aus seinen Erfahrungen lernen und sich auf sie stützen. Mir gaben sie Hoffnung, eine Hoffnung, die gerade in schwersten und unmenschlichen Zeiten von ganz wenigen ausging, in einer Zweifel erregenden Flut von Haß. Mein Glaube an eine menschliche Gesellschaft überall erhielt seine Kraft vom Aufbruch zum Besseren. Mein Vertrauen in die sichtbare Festigung demokratischen Humanismus in der Nachkriegsgeschichte ist gewiß – in letzter Zeit.“

Dr. Abraham Bar Menachem, Schwiegersohn von Fritz und Frida Pulvermacher, 1992 im Vorwort zu seinem Buch „Bitterer Vergangeneheit zum Trotz“.

(Quelle: Bar Menachem, Abraham: Bitterer Vergangeneheit zum Trotz, Insel Verlag Frankfurt/Leipzig, 1992, S. 14)

„Ich weiß, dass meine Großeltern Michendorf geliebt haben.“

Edward Salier, Enkel von Georg und Friedericke Salier, 2021 in einer Mail an Anne Voß. Edward Salier hat freundlicherweise einige Bilder der Familie Salier zur Verfügung gestellt.

(Quelle privat: eMail Edward Salier – 05.03.2021)

„Es dauerte nicht lange, da begannen unsere Freunde und Nachbarn, uns zu meiden. Ich weiß jetzt, dass es aus Angst geschah, aber zu jener Zeit war es unbegreiflich und schmerzlich.“

Eva Salier beschreibt, wie sie Ausgrenzung als Jüdin erlebte.

(zitiert nach Rheinische Zeitung, Mai 2013, Quelle: https://www.mahnmal-koblentz.de/PDF/RZ_2013_Eva_Salier.pdf - 10.04.2021)

“Also I. Hilde, bleibe weiter recht schön gesund und schreibe recht bald wieder. Viele herzliche Grüße und Küsse von Papa, Hans und Alfred.“

Louis Lewin Scheidemann auf einer Postkarte um 1940 an seine Tochter Hildegard Scheidemann in London. Diese Postkarte wurde freundlicherweise von Mark Sassoon, einem Freund der Familie Minner, zur Verfügung gestellt.

(Quelle privat: Mark Sassoon)

„Seit einem Jahr keine Nachricht. Hoffe ihr seid alle gesund. Ist Alfred bei euch? Was macht Tante Rosa(,) Onkel Philipp. Wir sind gesund. Küsse Hilde“:

Hildegard Minner geb. Scheidemann 1942 aus London auf einer versuchten Mitteilung über das Rote Kreuz an ihre Familie in Berlin. Das Dokument wurde von Mark Sassoon, einem guten Freund der Familie Minner, freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

(Quelle privat: Mark Sassoon)

Direktor Bein und Frau ...

„grüßen und gratulieren herzlichst zur Einsegnung und wünschen den Konfirmanden alles Gute für die Zukunft. Beelitz 30. März 1924“

Grußbotschaft von Sally Bein, Schulleiter jüdisches Kinderheim in Beelitz, 1924

(Quelle: Autor unbekannt/CC0-Lizenz, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=65982968> – 10.04.2021)

„Durch meine Kriegsleiden und dauernde Krankheit dürfte mein Leben ein Kurzes sein und möchte ich nicht verfehlen für meine unglücklichen Kinder diesen Schritt [...] zu unternehmen.“

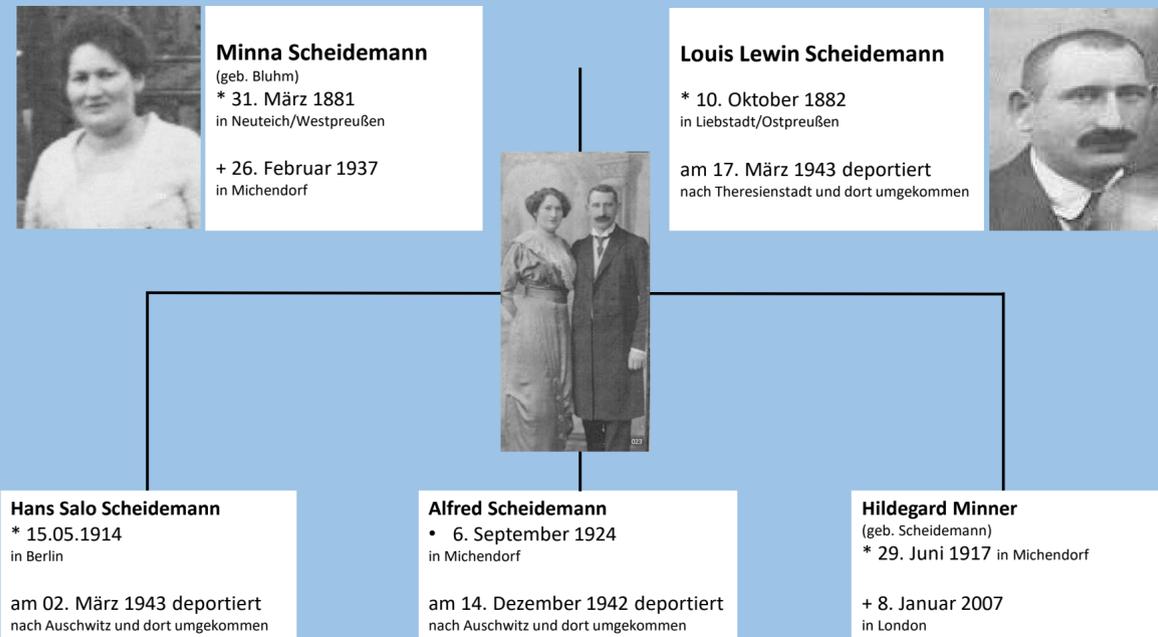
Wilhelm Theodor Keck 1937 im Antrag an den Regierungspräsidenten, seine Töchter für „arisch“ erklären zu lassen.

(Quelle: Blha, Rep. 2 A, I St Nr. 14298)

Louis Lewin Scheidemann

Kaufmann in Michendorf

Familienbaum



Lebensweg



Louis Scheidemann wurde am 10. Oktober 1882 in Liebstadt geboren. Nach den „Nürnberger Rassegesetzen“ von 1935 galt er als „Volljude“. Seine Eltern waren der Kaufmann Isaac Scheidemann und Rebekka Lippmann. Am 6. März 1913 heiratete er Minna Bluhm. Ihre Eltern waren Salomon Bluhm und Jeanette Bluhm (geb. Josephson). Die Hochzeit fand am 9. März 1913 im Hotel Atlas in Berlin statt. In der Heiratsurkunde ist Michendorf als Wohnort von Louis Lewin Scheidemann angegeben. Ob das junge Ehepaar ab 1913 gemeinsam in Michendorf wohnte, ließ sich nicht durch Dokumente nachweisen, ist aber stark anzunehmen. Ein Jahr später wurde ihr erster Sohn, Hans Salo Scheidemann in Berlin geboren. Michendorf war der Geburtsort von Sohn Alfred sowie der Tochter Hildegard. Die drei Kinder wuchsen in Michendorf auf und wurden dort vermutlich eingeschult. Für Alfred Scheidemann ist die Einschulung am 1. April 1930 durch ein Dokument belegt.

Louis Lewin Scheidemann führte in Michendorf ein Kaufhaus und betrieb ein Wandergewerbe. Am 26. Februar 1937 verstarb Minna Scheidemann im Alter von 55 Jahren. Alfred Schön beschreibt 1954 in seinem unveröffentlichten Manuskript der Geschichte des Dorfes Michendorf die Umstände ihres Todes: Weil sie ihren Mann im Hausierhandel unterstützte, „ist [sie] dabei ums Leben gekommen. Durch das anstrengende Laufen hatten sich die Beinvenen so stark erweitert, daß sie schließlich platzten. Da die Frau allein in der Wohnung war, ist sie verblutet. Als die Hausbewohner schließlich durch das Stöhnen aufmerksam wurden, kam die Hilfe zu spät. Eine Hausbewohnerin hatte den Bruder des Herrn Dr. Harling geholt, der seinen beurlaubten Bruder vertrat. Die Frau hatte es fertig gebracht, dem Arzt zu sagen: „Ich mache Sie aber darauf aufmerksam, daß es sich um eine Jüdin handelt.““ (Schön, S. 35). Aufgrund des Todes der Mutter wurde Alfred Scheidemann im Auerbach'schen Waisenhaus in Berlin untergebracht und ist dort am 12. April 1937 in die Klasse 1b eingetreten. Zu diesem Zeitpunkt lebte der älteste Sohn Hans Scheidemann bereits in Berlin. Die Tochter Hildegard emigrierte 1938/39 nach Großbritannien. Wann genau Louis Scheidemann Michendorf verließ und nach Berlin zog, ist unbekannt. Im März 1938 wurde in den Akten als Wohnort Kastanienstraße 21 in Michendorf angegeben, für Mai 1939 lässt sich durch die Volkszählung Rombergstraße 6 in Berlin (bei Julius) als Wohnort nachweisen. Allerdings findet sich auf der vorliegenden Ergänzungskarte der Volkszählung auch die Angabe Oderbergerstr. 44. Unter gleicher Adresse wird ebenfalls sein Sohn Hans Salo aufgeführt. Lewin Scheidemann wurde mit dem Zusatz Namen „Israel“ eingetragen: Der Vorname „Israel“ bzw. „Sara“ war seit August 1938 Vorschrift, um Juden kenntlich zu machen und zu diskriminieren. Belegt ist, dass Louis Scheidemann im Zeitraum vom Januar 1941 bis Februar 1943 in den Siemens-Schuckert Werken in Berlin arbeitete. Es ist nachgewiesen, dass dort Berliner Juden und Jüdinnen Zwangsarbeit verrichten mussten. Deshalb wird Louis Scheidemann dort Zwangsarbeiter gewesen sein.



Louis Scheidemann versuchte auch in den Jahren ab 1939, Kontakt zu seinen Kindern zu halten. Dies zeigt die Postkarte, die er an seine Tochter Hildegard nach London schrieb: „Also I. Hilde, bleibe weiter recht schön gesund und schreibe recht bald wieder. Viele herzliche Grüße und Küsse von Papa, Hans und Alfred.“



Mit dem 4. großen Alterstransport vom 17. März 1943 wurde Louis Scheidemann nach Theresienstadt ins Ghetto deportiert und ist dort umgekommen. Das Todesdatum ist nicht bekannt. Seiner Tochter Hildegard Minner, geb. Scheidemann wurde 1960 aufgrund ihrer Anfrage mitgeteilt, dass in den Theresienstädter Kremationslisten die Person Lewin Scheidemann aufgeführt wird. Die Kremation fand am 7. April 1944 statt. Ein Geburtsdatum wurde in dieser Liste nicht angegeben. Das Rote Kreuz in Prag gab Hildegard Minner im selben Jahr die Auskunft, der Name Lewin Louis Scheidemann, geboren am 10. Oktober 1882, sei in den vorhandenen Verzeichnissen des Konzentrationslagers Theresienstadt nicht eingetragen. Es ist zu vermuten, dass es sich bei dem auf der Kremationsliste angegeben Lewin Scheidemann um Louis Lewin Scheidemann handelt. Da sich der Nachweis nicht mit letztendlicher Sicherheit erbringen ließ, wurde Louis Scheidemann vom Amtsgericht Aachen 1978 für tot erklärt.

Louis Scheidemann – Kaufmann

Wie bereits sein Vater und auch sein Bruder Hermann Scheidemann in Stahnsdorf, war Louis Scheidemann Kaufmann. In seiner Heiratsurkunde von 1913 wird dies als sein Beruf festgehalten. Genaue Eckdaten für Geschäftsgründung und Schließung seines Kaufladens in Michendorf sind nicht vorhanden. Als Schriftstück liegt ein 1922 von Louis Scheidemann ausgestelltes Zeugnis für eine Angestellte vor. Sie war seit Mai 1921 in seinem Geschäft, dem „Kaufhaus Louis Scheidemann“ beschäftigt.



Es existieren zwei Fotografien vom Kaufhaus Scheidemann am Kreuzpunkt in Michendorf. Beide werden auch in der Ortschronik von Dr. Strich aufgeführt. Auffällig ist, dass auf der einen Aufnahme Hermann Scheidemann und auf der anderen Louis Scheidemann unter dem Schriftzug „Kaufhaus“ zu sehen ist. Obwohl sich nicht mit Sicherheit nachvollziehen lässt, welches Bild das ältere oder jüngere ist, kann man davon ausgehen, dass zunächst Hermann Scheidemann das Kaufhaus führte. Eine Postkarte mit einer Briefmarke Jahres 1917 zeigt den Kaufladen mit dem Namen Louis Scheidemann. In der Vergrößerung der Fotografie scheint es so zu sein, dass der Vorname „Hermann“ durch „Louis“ ersetzt wurde. Das würde bedeuten, dass Louis Scheidemann den Kaufladen von Hermann übernahm. Ähnlich uneindeutig sind die Angaben über die Schließung des Kaufhaus. In einer Akte aus dem 1938 findet sich in einem Satz der Hinweis, Louis Scheidemann habe bereits Anfang des Jahres 1932 sein Geschäft aufgegeben und sei für kurze Zeit nach Wildenbruch gezogen. Dr. Strich geht in der Ortschronik von einer Geschäftsaufgabe im Zeitraum von 1936-1938 aus. Spätestens mit der am 12. November 1938 erlassenen „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ war es Juden untersagt, Einzelhandelsverkaufsstellen zu führen.



Neben dem Kaufladen bzw. als Ersatz betrieb Louis Scheidemann ein sog. Wandergewerbe. Am 5. März 1938 wurde ihm per Bescheid des Regierungspräsidenten der dafür nötige Wandergewerbebeschein entzogen. Dagegen erhob Louis Scheidemann am 24. März 1938 Klage. Er berief sich darauf, dass er von 1930 bis 1937 „anstandslos“ den Wandergewerbebeschein erhalten habe und er zur Bestreitung seines Lebensunterhalts auf das Wandergewerbe angewiesen sei. Die Behauptung, er würde das Gewerbe zu „staatsfeindlichen Zwecken missbrauchen“, sei unbegründet, so Scheidemann. Er habe sein Gewerbe „immer, ohne jede Beanstandung ausgeübt“. Auch die Anschuldigung, er wäre Mitglied der Eisernen Front (= Bündnis gegen antidemokratische Parteien wie die NSDAP), könne nicht aufrecht erhalten werden. Als Antwort auf die Klage schrieb das Amt des Regierungspräsidenten, Bezirk Potsdam im Mai 1938 folgendes: „Es ist, zumal er Jude ist, die Annahme begründet, daß er auch heute noch die gleiche, dem nationalsozialistischen Staate feindliche Gesinnung besitzt. Damit ist die weitere Annahme gerechtfertigt, daß er das Wandergewerbe zu staatsfeindlichen Zwecken mißbrauchen wird. Ich bitte um Abweisung der Klage.“ (BLHA Rep. 31A Nr. 5086, Bl. 5) Am 6. Juli 1938 wurde per Reichsgesetz erlassen, dass Juden keine Wandergewerbebescheine mehr erhalten durften. Daraufhin musste die Klage zurückgezogen werden. Louis Scheidemann wurde dadurch die Existenzgrundlage genommen.

Louis Scheidemann – Wirken in Michendorf

Louis Lewin Scheidemann setzte sich für öffentliche Belange in Michendorf ein. Dies wird vom Ortschronisten Dr. Hans-Joachim Strich in seiner Michendorfer Chronik beschrieben. Über die Sparkasse, die es seit 1919 in Michendorf gab, notiert er: „Anfangs war es nur eine bescheidene Einrichtung in den Geschäftsräumen des damaligen Kaufmanns Scheidemann am Kreuzpunkt. „Seiner Initiative“ war es zu verdanken, dass Michendorf eine Nebenstelle der Kreissparkasse Zauch-Belzig bekam. Er stellte der Kreissparkassenverwaltung einen Raum seines Geschäfts im Hause Gerlach zur Verfügung.“ (Strich, S. 166) Für die Sparkasse wurde dieser Raum wegen zunehmender Kundschaft bald zu klein, so dass sie in größere Räumlichkeiten innerhalb Michendorfs wechselte. Auch wenn Dr. Strich hier nicht explizit den Vornamen Louis nennt, ist davon auszugehen, dass es sich um Louis Lewin Scheidemann handelte.

Sicher ist, dass Louis Scheidemann sich im Vorstand des „Volkshauses Michendorf“ engagierte. So ist er auf einem Gruppenfoto der Vorstandsmitglieder abgelichtet. (Strich, S. 87) Das Volkshaus war bis 1933 Treffpunkt für Gruppen der SPD und der Gewerkschaften von Michendorf und seiner Umgebung. Auch Louis Scheidemann war bis 1931 aktives Mitglied der SPD. Das bestätigten Alfred Schön. Nicht nur politisch, sondern auch im Geschäftsleben zeigte Louis Scheidemann soziales Engagement: „Er hatte auch soziales Verständnis für die Arbeit der Bevölkerung. Wenn die Frauen zu ihm kamen und ihm klagten, sie brauchten dieses und jenes nötig, dann gab er das Gewünschte auf Kredit und ist nicht immer zu seinem Gelde gekommen. Gerade die, die seine Gutmütigkeit am meisten in Anspruch nahmen, sind noch heute die eifrigsten Judenfreier gewesen.“, so Schön (Schön, S. 35).

Der Gastwirt Hammer aus Wilhelmshorst hatte Louis Scheidemann zu verdanken, dass er im Ersten Weltkrieg Kameraden in derselben Kompanie. In einem schweren Feuergefecht brachte Louis Scheidemann den verletzten Gastwirt in Sicherheit. Von 1914-1918 kämpfte er als Soldat an der Front und wurde wegen Tapferkeit zum Unteroffizier und Sergeanten befördert. Louis Scheidemann war Träger des Eisernen Kreuzes II. Klasse und des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer. Alfred Schön beendet 1954 den Abschnitten seiner Erinnerung an Louis Scheidemann mit den Worten: „Ich weiß nicht, ob Scheidemann selbst das Hitler-Regime lebend überstanden hat; aber ich muss hier seine Art Ehrenrettung für ihn vornehmen.“ (Schön, S. 35)

Bildquellen

- 021 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 022 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 023 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 024 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 025 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 026 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 027 Bundesarchiv, R 1509 Reichssippenamt, Ergänzungskarte der Volkszählung vom 17. Mai 1939 (R_1509_KARTEI_Haushalt_Scheidemann_2.jpg)
- 028 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 029 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 030 <https://www.statistik-des-holocaust.de/GAT4-23.jpg> - 10.04.2021
- 031 Strich, Dr. Hans-Joachim: Michendorfer Chronik, Hrsg. Ortsausschuss u. Heimatverein Michendorf e.V., 3. erw. Aufl. 2015, S. 166
- 032 Privates Foto von Postkarte (Anne Voß)
- 033 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 31A Bezirksausschuss/Bezirksverwaltungsgericht Potsdam Nr. 5086

Textquellen

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 31A Bezirksausschuss/Bezirksverwaltungsgericht Potsdam Nr. 5086
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 33568
- Schön, Alfred: Geschichte des Dorfes Michendorf, unveröffentlichtes Manuskript von 1954
- Strich, Dr. Hans-Joachim: Michendorfer Chronik, Hrsg. Ortsausschuss u. Heimatverein Michendorf e.V., 3. erw. Aufl. 2015
- <http://www.verfassungen.de/de33-45/juden38-6.htm> - 10.04.2021
- <http://www.verfassungen.de/de33-45/juden38-3.htm> - 10.04.2021

Hildegard Minner geb. Scheidemann

von Michendorf nach London

Hildegard Scheidemann und ihre Familie

Familie Scheidemann bestand aus den Eltern Louis Lewin und Minna sowie den Kindern Alfred, Hildegard und Hans Scheidemann. Hildegards Vater Louis Lewin Scheidemann war Kaufmann und besaß ein Geschäft für Textilwaren und Seife in Michendorf. Nachdem er seinen Kaufladen aufgeben musste, unterstützte ihre Mutter seinen Hausiererhandel. Infolge dieser Tätigkeit starb Minna Scheidemann 1937 in Michendorf. Zu dieser Zeit wurde das Leben der Familie durch zunehmende Einschränkungen und Diskriminierungen durch die Nationalsozialisten immer schwieriger. Hildegard Scheidemann überlebte als Einzige in der Familie den Holocaust, weil sie 1938/39 nach England fliehen konnte.



Das Ehepaar Minna und Louis Lewin Scheidemann mit den Kindern Hans und Hildegard



Minna Scheidemann mit Tochter Hildegard



Hildegard Scheidemann

Hildegard Hedwig Johanna Scheidemann wurde am 29. Juni 1917 als zweites Kind der Familie Scheidemann in Michendorf geboren. In den Adressbüchern aus den 1920er/1930er Jahren werden für Familie Scheidemann als Adressen die Potsdamer Straße, Akazienallee und die Kastanienstraße 21 in Michendorf angegeben.

Ein Beleg für die Einschulung von Hildegard Scheidemann in Michendorf liegt nicht vor. Es lässt sich aber vermuten, dass sie die ersten Schuljahre in Michendorf besuchte. Sicher ist, dass sie Schülerin am Beethoven-Lyzeum (Mädchengymnasium) in Nowawes/Babelsberg war. Nach dem Schulabschluss hatte sie als junge jüdische Frau keine Perspektive: Die Nürnberger Rassengesetze wurden 1935 erlassen und mit der „Reichspogromnacht“ im November 1938 war durch die organisierten gewalttätigen Übergriffe deutlich geworden, dass das Leben für Juden in Deutschland nicht mehr sicher war. Die Möglichkeit der Auswanderung nach England war für Hildegard Scheidemann im Grunde ein Zufall. Sie übernahm von einer jüdischen Freundin das Visum, weil diese den Schritt zur Emigration im letzten Moment nicht mehr gehen wollte.

Hildegard Minner geb. Scheidemann in London

Das genaue Datum der Auswanderung von Hildegard Scheidemann ist nicht bekannt. Als erstes schriftliches Zeugnis liegt ihre Flüchtlingskartei vor. Diese wurde am 13. Dezember 1939 in England erstellt. Hintergrund dafür war ein englisches Gesetz, welches die Registrierung und gründliche Untersuchung von deutschen Flüchtlingen vorsah, um nach Kriegsbeginn das eigene Land vor Spionen zu schützen.

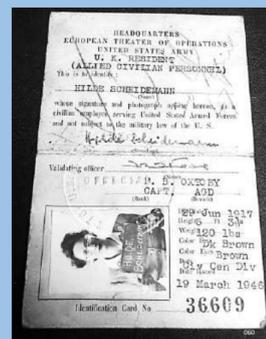
Als jüdischer Flüchtling war die Situation für Hildegard Scheidemann schwierig. Auch sie wurde wie alle deutschen Flüchtlinge als „enemy alien“, also feindlicher Ausländer, betrachtet. So musste sie sich einer gründlichen politischen Untersuchung unterziehen. Sie wurde als politisch unbedenklich eingestuft und durfte ohne Internierung in London weiterarbeiten. Ihr späterer Ehemann, Kurt Minner, wurde in ein Internierungslager, dem Kitchener Camp, Kent, gebracht. Dort verblieb er während eines Großteils des Krieges. Auch er war als Jude aus Deutschland geflohen.

Am 1. April 1950 heiratete Hildegard Scheidemann den aus Berlin stammenden Kurt Minner und nahm den Nachnamen Minner an. Ein Jahr später wurden Hildegard und Kurt Minner in England eingebürgert. Im amtlichen Teil der „London Gazette“ wurden die Einbürgerungen veröffentlicht. Für Hildegard und Kurt Minner ist als Wohnort die Dean Road, 18 in London angegeben. Als Hildegard Minner's Beruf wird „Beltmaker“ (Gürtelmacher) genannt, als Kurt Minner's Beruf „Stockkeeper“ (Lagerhalter).

Das Ehepaar Minner hatte zwei Kinder. Der Sohn verstarb bei einem tragischen Unfall im Alter von nur 29 Jahren. Die Tochter Michelle Minner wurde mit dem Down-Syndrom geboren. Hildegard Minner kümmerte sich um sie. Ihr Mann führte ein Geschäft für Kfzwaren. In den 1960/70er Jahren nahmen die Minners deutsche Student:innen in ihrem Haus in London auf. Mark Sassoon, der heutige Betreuer von Michelle Minner, ist ein guter Freund der Familie. Er berichtete, wie sehr er von Hildegard Minner's Freundlichkeit und Offenheit beeindruckt war.

Im Oktober 1987 verstarb Kurt Minner. Am 8. Januar 2007 verstarb Hildegard Minner. Sie wurde auf dem Rainham Jewish Cemetery beigesetzt. Vor ihrem Tod verfügte sie, dass mit ihrem Nachlass die Minner-Scheidemann Charity gegründet wurde.

Registrierung Hildegard Scheidemann in englischer Flüchtlingskartei



Dienausweis für Hildegard Scheidemann als Übersetzerin, US-Army 1946



Hildegard Minner, geb. Scheidemann

Hildegard Minner's Suche nach ihrer Familie

Nachricht von Hildegard Scheidemann an ihren Vater, 1942

Seit ihrer Emigration versuchte Hildegard Scheidemann Kontakt zu ihrer Familie in Deutschland zu halten bzw. herzustellen. Anfangs bestand noch Kontakt über Postkarten. Spätestens mit dem Jahr 1941 brach diese Kontaktmöglichkeit ab. Über das Britische Rote Kreuz versuchte sie 1942 an ihren Vater zu schreiben: „Seit einem Jahr keine Nachricht. Hoffe ihr seid alle gesund. Ist Alfred bei euch? Was macht Tante Rosa (,) Onkel Philipp. Wir sind gesund. Küsse Hilde“.

Ob diese Nachricht ihren Vater erreichte, ist ungewiss. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges übernahm Hildegard Scheidemann für das US-Amerikanische Militär den Dienst als Übersetzerin in Deutschland. Sie war in Offenbach bei Frankfurt stationiert. Hier gab sie eine Zeitungsanzeige auf, um etwas über den Verbleib ihrer Familie in Erfahrung zu bringen.

1960 stellte sie eine Suchanfrage an das Rote Kreuz der Tschechoslowakei. Es wurde ihr mitgeteilt, dass der Name Louis Lewin Scheidemann nicht in den vorhandenen Verzeichnissen des Konzentrationslagers Theresienstadt eingetragen, aber auf den dortigen Kremationslisten ein Lewin Scheidemann ohne Geburtsdatum verzeichnet wäre.

Das Schicksal der Familienmitglieder, die nicht aus Deutschland hatten fliehen können, konnte Hildegard Minner nicht endgültig aufklären.

Fest steht, dass sie die einzig Überlebende ihrer Familie war.

Am 4. Oktober 1978 wurden die Familienmitglieder von Hildegard Minner durch Beschluss des Amtsgerichtes Aachen offiziell für tot erklärt:

- Louis Scheidemann geb. 10.10.1872 in Liebstadt,
- Hans Scheidemann geb. 15.05.1914 in Berlin,
- Alfred Scheidemann geb. 06.09.1924 in Michendorf,
- Emilie Scheidemann geb. am 26.01.1879 in Liebstadt,
- Max Scheidemann geb. 21.06.1869 in Liebstadt,
- Klara Linder geb. Scheidemann geb. am 24.12.1875 in Liebstadt,
- Adolf Scheidemann,
- Ella Scheidemann,
- Salom Scheidemann,
- Jenny Scheidemann, wohnhaft gewesen in Stahnsdorf.

Jenny, auch Jeanette Scheidemann, geb. Kerbs, verh. mit Hermann Scheidemann, Hermann Scheidemann, geb. 04.03.1872 in Liebstadt, ist nachweislich am 2. März 1943 im Ghetto Theresienstadt umgekommen.

Bildquellen

- 055 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 056 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 057 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 058 HO 396 WW2 Internees (Aliens) Index Cards 1939-1947, The National Archives, Kew, London, England
- 059 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 060 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 061 Privates Foto (Mark Sassoon)
- 062 Privates Foto (Mark Sassoon)

Textquellen

- London Gazette vom 16.10.1951 Page 5373, unter: <https://www.thegazette.co.uk/London/issue/39359/page/5373/data.pdf> - 10.04.2021
- ITS Archives, Bad Arolsen: DokumentAlfred[8115] Archiv Hessen, Copy of 6.3.3.2 / 111010712
- Brandenburgisches Landesarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 33568
- Federation of Synagogues: Rainham Federation Cemetary. Main index, London 2015, unter: <https://www.jewishgen.org/jcr-uk/Cemeteries/Federation/Rainham/iinmi.htm> - 10.04.2021
- Strickhausen, Waltraud: Großbritannien. In: Claus-Dieter Krohn (Hrsg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt, 1998, S. 251–270.
- Tauch, Heike: Vom Flüchtling zum Lagerinsassen, unter: https://www.deutschlandfunkkultur.de/brinson-und-kaczynski-fleeing-from-the-fuehrer-vom.1270.de.html?dram:article_id=386639-10.04.2021

Henryk Eugeniusz Herman

Ausweisung eines jüdischen Bürgers von Michendorf

Henryk Eugeniusz Herman in Michendorf

Am 17.06.1919 wurde Henryk Eugeniusz Herman in Lemberg (Lwiw) in Polen geboren. Seine Eltern waren Jozef Herman und Roza, genannt Stella geb. Burstin. Beide hatten 1914 geheiratet und waren jüdisch. Anfang der 1920er Jahre verstarben sowohl die Mutter (um 1922 evtl. in Barcelona, Spanien) als auch sein Vater. Deshalb kam Henryk Herman 1925 als Vollwaise nach Michendorf in das jüdische Kindersanatorium von Dr. Levy-Jessel. Zu diesem Zeitpunkt war er sechs Jahre alt. Als Kind und Jugendlicher wurde er oft Rico genannt. Er wuchs in Michendorf auf, ging hier vermutlich auch zur Schule. Später legte er sein Abitur in Berlin ab. In seinem am 5. November 1935 in Berlin ausgestellten polnischen Pass war als Wohnsitz Michendorf eingetragen. Im Juni 1938 wurden ihm nach bestandener Prüfung gute Englischkenntnisse bescheinigt. Er hätte gerne Literatur und Geschichte studiert. Dies wurde ihm jedoch seiner jüdischen Herkunft wegen verweigert. Am 28./29. Oktober 1938 wurde Henryk Eugeniusz Herman im Zuge der sog. „Polenaktion“ völlig unvorbereitet von Michendorf nach Bentschen/Zbaszyn deportiert. Später berichtete er seinem Sohn Peter Herman über die Deportation: Der Beamte, der ihn verhaftete, schien selbst verlegen darüber zu sein, Henryk Herman deportieren zu müssen. Deshalb gestattete er ihm, ohne seine Begleitung zum Packen nach Hause gehen zu dürfen. Er war 19 Jahre alt, als er abgeschoben wurde.



Eltern: Jozef Herman und Roza (Stella) geb. Burstin

Definition „Polenaktion“

Das NS-Regime verhaftete Ende Oktober 1938 ca. 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, die im Deutschen Reich lebten, und deportierte sie an die polnische Grenze. Diese Zwangsausweisung gilt als erste Massendeportation von Juden während der NS-Herrschaft.

Deportation nach Polen

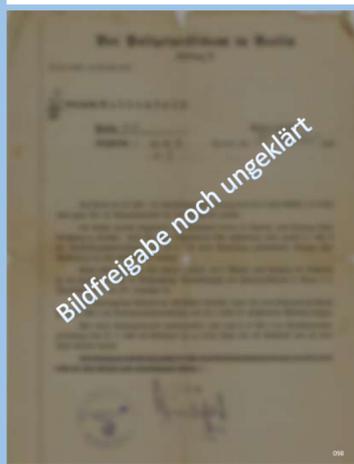
Henryk Herman erinnerte sich, dass der Zug, mit dem die Ausgewiesenen nach Zbaszyn transportiert wurden, ca. eine Meile vor seinem Ziel anhielt und alle Personen die restliche Strecke zu Fuß gehen mussten. Anders als von ihm erwartet, bekam Henryk Herman sein im Zug verbliebenes Gepäck in Zbaszyn zurück. Die Situation in Zbaszyn beschrieb er als schlecht. Es gab für die Deportierten keine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln. Deshalb war Henryk Herman sehr froh, Ende November 1938 über seinen Cousin Maurice Metal die Möglichkeit für eine Auswanderung nach England bekommen zu haben. Zwei Monate später, Ende Januar 1939 reiste er von Polen aus nach Großbritannien ein.

Henryk Eugeniusz Herman in Großbritannien

Am 29. Januar 1939 erreichte Henryk Herman Großbritannien.

Mit dem Überfall auf Polen durch die deutsche Wehrmacht am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Henryk Herman entschloss sich, mit den britischen Streitkräften gegen das „Dritte Reich“ zu kämpfen und wurde deshalb von der polnischen Armee freigestellt. Im Dezember 1941 trat er in die Royal Air Force ein und wurde Navigator in den sog. Mosquito-Flugzeugen. Er war beteiligt an der Bombardierung des Gestapo-Hauptquartiers in Aarhus, Dänemark, bildete innerhalb der Royal Air Force aus und wurde selbst in Krisensituationen (Absturz in Kanada) als standhaft erlebt. Nach Kriegsende wurde er von der dänischen Widerstandsbewegung und dem König von Dänemark wegen des Angriffs auf das Gestapo-Hauptquartier am 31. Oktober 1944 ausgezeichnet. Er erhielt zudem den britischen Militärorden „France and Germany Star.“ Am 18. September 1946 verließ er die britische Luftwaffe und wurde Chemiker.

Am 4. August 1945 heiratete er die britische Staatsbürgerin Freda Olive Audrey Long aus Brentford. Wegen seiner Tätigkeit als Abteilungsleiter in der Firma „Columbia Fur Dressers & Dyers“ zogen beide nach London. Offiziell in Großbritannien eingebürgert wurde er am 19. Juni 1947. Im selben Jahr wurde der gemeinsame Sohn John Philip Herman geboren (*30.11.1947) und drei Jahre später der Sohn Peter Anthony Herman (*01.10.1950). Mitte der 1950er Jahre zog die Familie nach Worcester Park, Surrey, bis sie 1969 nach Illogan in Cornwall umsiedelte. Am 16. Dezember 1980 verstarb Henryk Eugeniusz Herman an einem Schlaganfall. Seine Söhne, John und Peter Herman besuchten 2018 Michendorf, um den Ort zu sehen, in dem ihr Vater aufgewachsen war.



Erteilung des Aufenthaltsverbots durch den Polizeipräsidenten in Berlin am 28.10.1938 vor der Deportation an die polnische Grenze.



Freda Herman, geb. Long und Henryk Herman



John und Peter Herman in Michendorf, 2018

„Die Polenaktion“

Vorgeschichte

1938 verstärkte das NS-Regime die staatliche Diskriminierung und Entrechtung von Juden, um diese zu isolieren, ihnen die Lebensgrundlage zu entziehen und sie zu vertreiben.

„Die Verordnung zur Anmeldung des Vermögens von Juden“ oder die Vorschrift, dass jüdische Betriebe sowie Grundbesitz registriert werden mussten, sollten Juden aus dem Wirtschaftsleben ausschalten. Seit August 1938 war angeordnet, dass jeder Jude zwangsweise den Zusatznamen Israel, jede Jüdin den Zweitnamen Sara zu tragen hatte. Alle Reisepässe von Juden wurden Anfang Oktober 1938 für ungültig erklärt oder mit einem sog. „Judenstempel“ gekennzeichnet.

Die steigenden Repressalien bewirkten eine Zunahme der Fluchtbewegungen deutscher Juden, in der Hoffnung, das Leben im Ausland retten zu können. Viele europäische Länder beschränkten daraufhin ihre Einwanderungsmöglichkeiten.

Polen befürchtete wegen der ansteigenden Verfolgung der Juden im Deutschen Reich die Rückkehr der Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit. Um dieser Situation vorzubeugen, erließ die polnische Regierung ein Gesetz, das die Ausbürgerung polnischer Juden vorsah, wenn diese länger als fünf Jahre im Ausland gelebt hatten. Bis zum 15. Oktober 1938 sollten sich im Ausland lebende Juden deshalb im Konsulat einen Kontrollvermerk in ihren Pass eintragen lassen. Wenn man diesen Vermerk nicht hätte, würden die Pässe ihre Gültigkeit verlieren und eine Einreise nach Polen wäre ab dem 29. Oktober 1938 untersagt.

Reaktion des NS-Regimes

Die NS-Regierung war mit den Entscheidungen Polens nicht einverstanden, denn sie plante die Ausweisung ausländischer Juden. Deshalb stellte das NS-Regime am 26. Oktober 1938 ein Ultimatum an Polen, die Anordnung binnen zwei Tagen zu widerrufen. Würde dies nicht geschehen, würden alle polnischen Juden aus dem Deutschen Reich deportiert werden. Ohne auf eine Antwort Polens zu warten, ordnete Reinhard Heydrich, General der Polizei und Leiter des Reichssicherheitshauptamts, die Ausweisung der jüdischen Bevölkerung mit polnischer Nationalität an. Am nächsten Tag erhielten die Staatspolizeistellen die Anweisung, alle polnischen Juden in Deportationshaft zu nehmen und an die polnische Grenze zu transportieren.



Reinhard Heydrich: SS-Obergruppenführer, General der Polizei, Leiter des Reichssicherheitshauptamts

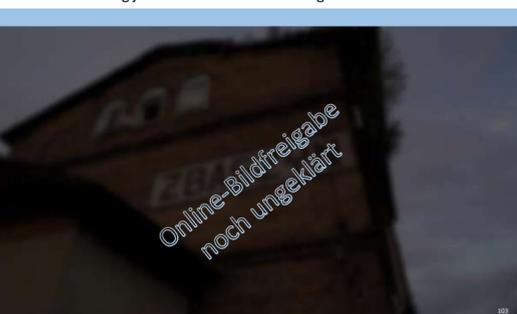
Durchführung der Deportationen

Am 28. und 29. Oktober 1938 wurden polnische Juden im Deutschen Reich brutal aus ihren Wohnungen geholt, verhaftet und anschließend in Gefängnisse und zu Sammelstellen gebracht. Die Ausweisungen wurden regional unterschiedlich vollzogen: In manchen Orten wurde ganze Familien, in anderen lediglich Männer mitgenommen. Oft wurde den polnischen Juden das Einpacken von persönlichen Dingen untersagt. Es wurde ihnen die Mitnahme von Bargeld nur in Höhe von 10 Reichsmark erlaubt. Für religiöse Juden war auch das festgesetzte Datum der „Polenaktion“ Schikane, denn die Deportation fand an einem Sabbat statt, dem für Juden von der Thora vorgeschriebenen Ruhetag. Der Großteil der Deportierten wurde an die Grenzstädte Neu-Bentschen/Zbaszryn, Konitz oder Beuthen transportiert, wo ihnen die Einreise nach Polen jedoch untersagt wurde.

So mussten ca. 8.000 Menschen in der Kleinstadt Zbaszyn (Bentschen) Monate unter katastrophalen Bedingungen in einem Lager verbringen. Henryk Eugeniusz Herman aus Michendorf war einer von ihnen.



Ausweisung jüdischer Polen aus Nürnberg am 28. Oktober 1938



Bahnhof in Zbaszyn (Bentschen)

Bildquellen

097 Privates Foto (Peter Herman)
098 Abschiebungsbescheid des Polizeipräsidenten Berlin für Meilech Wolkenfeld, Berlin 28. Oktober 1938, Papier, Stempelfarbe, 29,5 x 21 cm; Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. 2013/263/14, Schenkung von Jack Wolkenfeld, Foto: Roman März
099 Privates Foto (Peter Herman)
100 Privates Foto (Peter Herman)
101 Bundesarchiv, Bild 152-50-10 / Friedrich Franz Bauer / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5338498> - 10.04.2021
102 Bundesarchiv, Bild 146-1984-092-26 / Großberger, H. / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5483228> - 10.04.2021
103 ZDF, Sendung: Frontal 21 - Dokumentation Ausgewiesen! Die "Polenaktion" 1938"

Textquellen

Koch, Jörg: Der 9. November in der Deutschen Geschichte, Freiburg 2009
<https://www.holocaust.cz/de/geschichte/endloesung/general/1938-das-wendjahr/> - 10.04.2021
<https://www.jmberlin.de/thema-polenaktion-1938> - 10.04.2021
<https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/de615498> - 10.04.2021
<https://www.thegazette.co.uk/London/issue/38019/page/3349/data.pdf> - 10.04.2021
<http://www.verfassungen.de/de33-45/juden38-2.htm> - 10.04.2021
https://www3.sachsen.schule/fileadmin/_special/benutzer/8/docs/sdm_16.pdf - 10.04.2021

9. November 1938 – Reichspogromnacht

Verlauf im Deutschen Reich

7./8. November 1938

Am 7. November verübte der junge polnische Jude Herschel Feibel Grynszpan ein Attentat auf den Legationssekretär Ernst vom Rath. Dies gab dem NS-Regime den Anlass zu einem organisierten, reichsweiten Pogrom. Die NS-Propaganda stellte den Tod vom Raths als erstes Opfer des Kampfes des „Weltjudentums“ gegen das „Dritte Reich“ dar. Bereits in der Nacht vom 7. auf den 8. November 1938 kam es in Kassel und Magdeburg zu Aktionen gegen Juden. Obwohl sie von lokalen Parteifunktionären organisiert wurden, stellte die NS-Propaganda diese so dar, als seien sie durch die „kochende Volksseele“ entstanden.

9. November 1938

Am 9. November veranstaltete die Führung der NSDAP den alljährlichen Kameradschaftsabend in München. Aus Paris bekam Hitler hier die Nachricht über den Tod vom Raths. In Absprache mit ihm, hielt Goebbels eine Hetzrede, die die „Reichspogromnacht“ landesweit ins Rollen brachte. Daraufhin gaben anwesende SA-Führer telefonisch von München aus entsprechende Befehle an untergeordnete Dienststellen weiter. Das Telegramm der „SA Nordsee“ ist ein Beispiel aus jener Nacht:

„Sämtliche jüdische Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Uniform zu zerstören. Nach der Zerstörung hat eine SA-Wache aufzuziehen, die dafür zu sorgen hat, dass keinerlei Wertgegenstände entwendet werden können. Die Presse ist heranzuziehen. Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken, jüdische Symbole sind sicherzustellen. Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. Es sind nur Wohnhäuser arischer Deutscher zu schützen, allerdings müssen die Juden raus, da Arier in den nächsten Tagen dort einziehen werden. Der Führer wünscht, dass die Polizei nicht eingreift. Sämtliche Juden sind zu ent Waffen. Bei Widerstand sofort über den Haufen schießen.“ (zitiert nach SWR)



Zerstörtes jüdisches Geschäft in Magdeburg, 1938



Baden-Baden: Im Zuge des Pogroms wurden Juden zur sogenannten „Schutzhaft“ ins KZ gebracht.

9./10. November 1938

Während der Nacht kam es in ganz Deutschland zu Gewalttaten gegen jüdische Bürger:innen. An den Übergriffen beteiligten sich SA und NSDAP Mitglieder, Angehörige der Hitler-Jugend und weitere Gruppen. Die Aktionen wurden durch zuschauenden nicht-jüdische Bürger:innen bejubelt, schweigend oder gleichgültig hingenommen.

Die heutige Geschichtsforschung geht davon aus, dass ungefähr 35.000 jüdische Männer verhaftet oder in Konzentrationslager gebracht wurden. 8.000 Geschäfte von Juden und 1.400 Synagogen wurden in Brand gesteckt und zerstört. Ebenso waren jüdische Häuser von der Zerstörung betroffen. Durch den Pogrom starben ca. 1.300 Personen.

10./11./12. November 1938

Im Laufe des 10. Novembers und in den folgenden Tagen nahm das NS-Regime die wirtschaftlichen Folgen der Zerstörungen und Plünderungen in den Blick. Die Gestapo wies alle Polizeistellen an, weitere Wertzerstörungen zu vermeiden und härter gegen Plünderungen vorzugehen. Am 12. November erließ Hermann Göring die „Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit“. In dieser Verordnung wurden die jüdischen Bürger, die Opfer des Pogroms, verpflichtet selbst für die Schäden, die in der Reichspogromnacht entstanden sind, aufzukommen. Von ihnen wurde verlangt eine Milliarde Reichsmark an das Deutsche Reich zu zahlen.

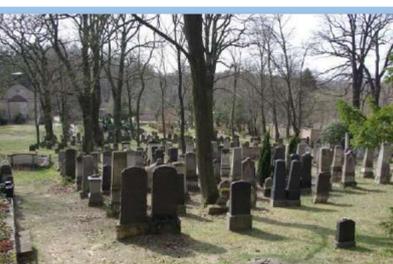


„Verordnung über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit vom 12. November 1938“ (R.G.B.I. I S. 1579)

Spätestens seit der Reichspogromnacht 1938 hätte jede:r in Deutschland sehen können, dass Antisemitismus und Rassismus bis hin zum Völkermord Staatsziel waren.

Die „Pogromnacht“ in Potsdam

Aufgrund vernichteter Akten und fehlender Regional- und Lokalstudien lässt sich über den Verlauf der Reichspogromnacht in Potsdam und Umgebung nichts Eindeutiges aussagen. Jedoch steht fest, dass der Pogrom im Großen und Ganzen im gesamten Reich sehr ähnlich verlief. NS-Instanzen führten vor Ort die erhaltenden Anweisungen in unterschiedlicher Härte aus. In Potsdam lässt sich der genaue Zeitpunkt der Ausschreitungen nicht feststellen. Sicher ist, dass die Potsdamer Synagoge in der Wilhelmstraße (heute „Platz der Einheit“) am frühen Morgen des 10. Novembers 1938 zerstört wurde. Beteiligt waren unter Leitung des Potsdamer Sturmbandführers Götz, Männer der SS und „eine Gruppe von 20 bis 25 weiteren Männern“. „Die Fenster werden mit hölzernen Übungsgranaten eingeschlagen, sämtliche Leuchter heruntergerissen, die Bänke zerschlagen, die Frauenempore demoliert, die Sitze des Rabbiners und des Vorstehers zerhackt, die Vorhänge des Thoraschreins zerfetzt, die Thorarollen in Stücke gerissen, der große Chanukkaleuchter als Brechstange benutzt.“ (zitiert nach Edda Weiß, S. 273) Die Synagoge wurde nicht in Brand gesteckt, um Nachbarhäuser, u.a. das Postgebäude nicht zu gefährden. Über den Vorgang der Zerstörung der jüdischen Trauerhalle am Pfingstberg sind die Informationen der Quellen unterschiedlich. Einige sprechen von versuchten Brandstiftung und Plünderung durch die SA, andere von Brandlegung durch die SS. Die SA-Truppen zerstörten sämtliche jüdischen Geschäfte in der Brandenburger Straße und deren Nebenstraßen. Im Zuge der Reichspogromnacht wurden alle jüdischen Mitarbeiter bei Karstadt 1938 entlassen.

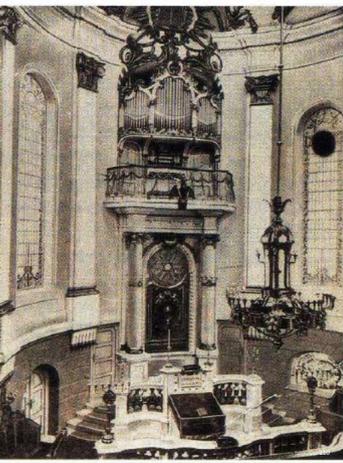


Jüdischer Friedhof auf dem Pfingstberg, Potsdam mit Trauerhalle hinten links im Hintergrund

Auch aus dem Potsdamer Umland liegen Berichte über den Novemberpogrom vor. So wurde am Morgen des 10. Novembers 1938 das jüdische Landschulheim in Caputh überfallen. Die dort untergebrachten Kinder und ihre Lehrer:innen wurden gedemütigt und aus Caputh in den Wald getrieben. Das Heim selbst wurde stark beschädigt. In Beelitz kam es im Zuge der Pogromnacht zu Ausschreitungen, zerstörten Schaufensterscheiben und Einschüchterungen der jüdischen Bewohner:innen. In einem Bericht vom 21. November 1938 erklärte die Staatspolizeistelle Potsdam, die Aktion sei abgeschlossen und weitere Maßnahmen seien nicht mehr durchzuführen. Die bereits festgelegten und noch kommenden antijüdischen Verordnungen zeigten ihre Wirkung in Potsdam. Alle Geschäfte sollten „arisiert“ werden. 1939, im Jahr des Kriegsbeginns, lebten nur noch 175 Menschen jüdischen Glaubens in Potsdam.

Potsdam - Innenansicht der neuen Synagoge. 1903 geweiht - 1945 zerstört

Abbildung aus: Robert Kaelter, Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Potsdam, 1903



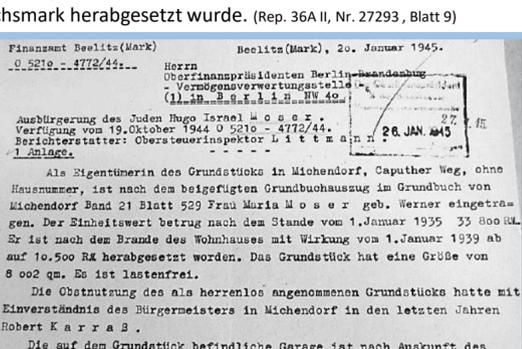
Die „Pogromnacht“ in Michendorf

Übergriffe auf jüdische Mitbürger:innen und ihr Eigentum in Michendorf lassen sich zeitlich nicht mehr genau rekonstruieren. So schreibt Alfred Schön in seinem unveröffentlichten Manuskript zur Geschichte des Dorfes Michendorf: „Das Hitler-Regime hat sich auch hier in Michendorf ausgewirkt. Bald nach der 'Kristallnacht' ging die Mosersche Villa in Flammen auf.“ (Schön, S. 34).

Diese Angabe wird bestätigt durch Akten, die sich heute im Hauptarchiv des Landes Brandenburg befinden: Das Finanzamt Beelitz stellte fest, dass der Einheitswert von Haus und Grundstück des jüdischen Ehepaares Moser „nach dem Brande des Wohnhauses“ mit Wirkung vom 1. Januar 1939 von 33.800 Reichsmark auf 10.500 Reichsmark herabgesetzt wurde. (Rep. 36A II, Nr. 27293, Blatt 9)

Dass Brandstiftung als Ursache anzunehmen ist, belegt die Recherche des Michendorfer Ortschronisten Dr. Hans-Joachim Strich. Er schreibt: „Im Heideweg wurde das Haus des jüdischen Kunsthändlers Moser durch Brandstiftung zerstört.“ (Strich, S. 15)

Eigentümerin war Maria Moser, Ehefrau des jüdischen Kunsthändlers Hugo Moser. Das Grundstück im Caputher Weg (heute Heideweg) hatte eine Größe von 8.002 qm. Was Haus war ein Holzbau und nach persönlicher Erinnerung von Alfred Schön „eine Zierde für unseren Ort [, die] in wenigen Stunden durch Feuer vernichtet [wurde], das von Hitlerleuten gelegt worden war.“ (Schön, S. 34) Als Haupttäter wird ein Eisenwarenhändler Karrenbach benannt.



Akte über Grundstück der Mosers

Auch Kaufmann Louis Scheidemann hat in Michendorf Demütigungen erleben müssen. Belegt ist, dass ihm auf offener Straße das Band des Eisernen Kreuzes, das er am Knopfloch trug, abgerissen wurde. Er hatte das Eisernen Kreuz nach dem Ersten Weltkrieg als Auszeichnung für seinen Einsatz erhalten. Ob dieser oder weitere Übergriffe im zeitlichen Zusammenhang der Reichspogromnacht stehen, lässt sich nicht genau feststellen.

Bildquellen

- 107 Bundesarchiv, Bild 146-1979-046-23 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5419115> – 10.04.2021
- 108 Von Bundesarchiv, Bild 183-86686-0008 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5431739> – 10.04.2021
- 109 Deutsches Reichsgesetzblatt Teil I 1867-1945, 1938, Seite 1579, unter: <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex-show?call=dra> [1938] [0004] [00001579] [tif] [45] - 10.04.2021
- 110 Unbekannt; evtl. Robert Kaelter - Robert Kaelter: Geschichte der jüdischen Gemeinde zu Potsdam, 1903, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=4274872> – 10.04.2021
- 111 Clemensfranz - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=14792222> – 10.04.2021
- 112 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 27293

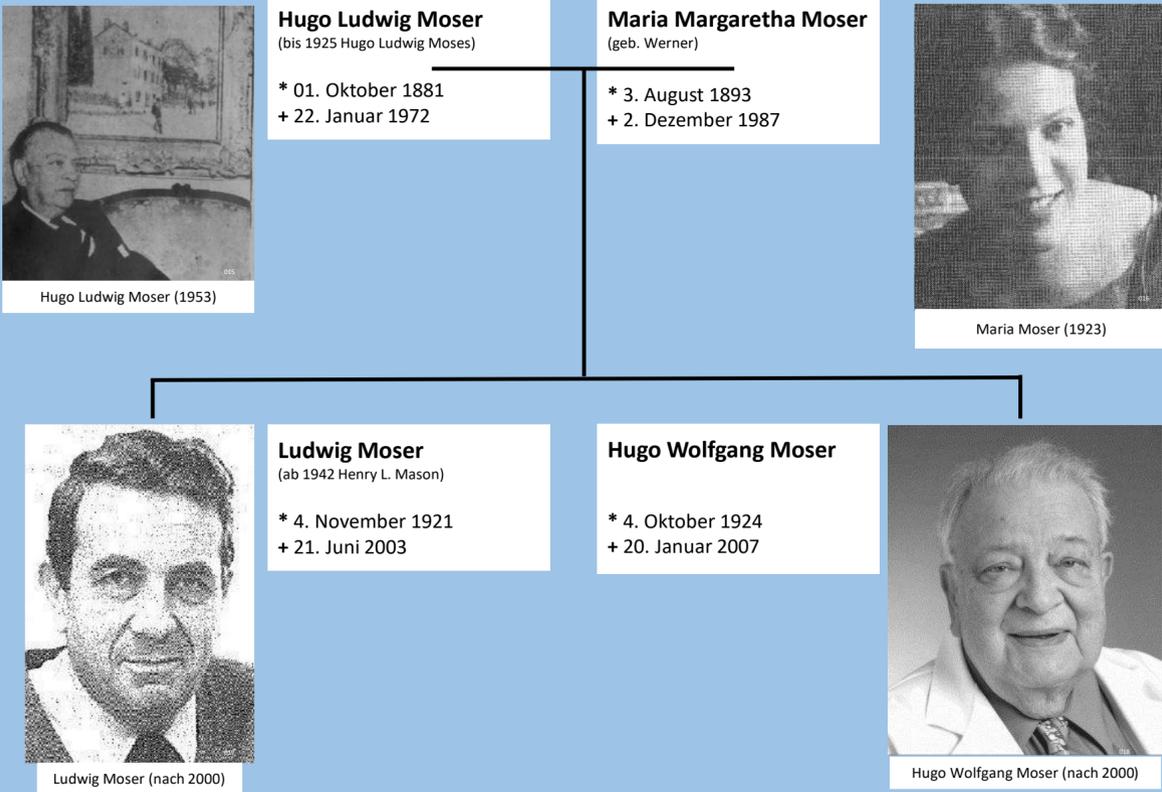
Textquellen

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 27293
- Weiß, Edda: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg 1933-1945, Berlin 2003
- SWR - Reitz, Michael: Die Reichspogromnacht 1938 – Faln des größten Verbrechens der Geschichte, unter: <https://www.swr.de/swr2/wissen/reichspogromnacht-1938-108.html> - 10.04.2021
- Strich, Dr. Hans-Joachim: Michendorfer Chronik, Hrsg. Ortsausschuss u. Heimatverein Michendorf e.V., 3. erw. Aufl. 2015
- Schön, Alfred: Geschichte des Dorfes Michendorf, unveröffentlichtes Manuskript von 1954
- Barkow, Ben/Gross, Raphael u.a. (Hrsg.): Novemberpogrom 1938, Frankfurt am Main 2008
- Goll, Thomas/bpb: Die inszenierte Empörung – Der 9. November 1938, unter: <https://www.bpb.de/shop/lernen/themen-und-materialien/37143/die-inszenierte-empoeung-der-9-november-1938> - 10.04.2021
- lpb-bw (Hrsg.): Die Nacht als die Synagogen brannten, unter: <https://www.lpb-bw.de/publikationen/pogrom/pogrom.htm> - 10.04.2021
- Zschieck, Marco: Von der Diskriminierung zur Verfolgung. 80 JAHRE NOVEMBERPOGROM. Was in Potsdam und der Mittelmark am 9. November 1938 geschah - und wie heute daran erinnert wird. In: PNN vom 09.11.2018, unter: https://bib-potsdam.genios.de/document/PNN_13454198%7CPNNA_13454198 – 10.04.2021
- <http://www.verfassungen.de/de33-45/juden38-5.htm> - 10.04.2021

Familie Moser

Das Haus in Michendorf und ihre Flucht

Familienbaum



Leben und Arbeiten vor der NS-Zeit

Treptow/Rega – Berlin

Hugo Ludwig Moser verbrachte seine Kindheit und Jugend in Treptow an der Rega. Seine Familie war jüdisch. Sie zog 1900 nach Berlin um. Nach abgebrochener Lehre in einem Kurzwarengeschäft begann Hugo Ludwig Moser ein Kunststudium am Kunstzentrum in Weimar. Er beendete sein Studium und eröffnete 1905 seine erste Kunsthandlung. Im Ersten Weltkrieg diente Hugo Ludwig Moser als Soldat. Er verkaufte Kunstwerke, um seine Familie in Berlin zu unterstützen. 1920 heiratete er die Katholikin und Düsseldorfer Schauspielerin Maria Werner, die ursprünglich in Wien beheimatet war. Mit ihr bekam er seine beiden Söhne Ludwig und Hugo Wolfgang Moser.

Michendorf

Familie Moser besaß in Michendorf ein bebautes Wochenendgrundstück. Das Haus wird im unveröffentlichten Manuskript von Alfred Schön über die Geschichte des Dorfes Michendorf beschrieben: „Seine Villa war ein Holzbau, der mit 75.000 Mark veranschlagt war und von einer schlesischen Spezialfirma ausgeführt wurde. Der leitende Architekt gestattete mir einmal die Besichtigung und führte mich selbst durch das Haus. Er machte mich auf alle Einzelheiten und praktischen Einrichtungen aufmerksam. Das Haus war im Innern ein wahrer Schmuckkasten, und seine äußere Gestaltung eine Zierde für unseren Ort“ (Schön, S. 34). Das Haus der Mosers wurde 1938 „durch Feuer vernichtet, das von Hitlerleuten angelegt worden war“. (ebd.) Der Hauptwohnsitz der Familie Moser war in Berlin. Bis 1933 lebte sie in einer geräumigen 8-Zimmerwohnung in der Matthäikirchstraße in Berlin, unweit der Tiergartenstraße und des Potsdamer Platzes. Zum Hausstand gehörten ein Koch, ein Chauffeur, ein Dienstmädchen und eine eigene Krankenschwester. Das Wohnhaus wurde im Zweiten Weltkrieg vollständig zerstört. Heute befindet sich dort der Kammermusiksaal der Berliner Philharmonie.

Beispiel für Kunsthandel

Das Gemälde „Der Tanz“ von Watteau befand sich im Besitz des im Exil lebenden ehemaligen deutschen Kaisers Wilhelm II. 1932 beauftragte er Hugo Moser, es auf der Retrospektive französischer Kunst in London zu verkaufen. Der Wert wurde auf 1,3 Mio. Reichsmark geschätzt. Allerdings zeigte keiner der Händler Interesse. Es wurde aus dem Verkauf genommen und kehrte wahrscheinlich zurück ins kaiserliche Exil nach Schloss Doorn.



Jean Antoine Watteau „Der Tanz“

Kunsthandlungen Moser in Berlin

- 1913-1914 Potsdamer Straße 118c
- 1919-1921 Kurfürstenstraße 56 I
- 1921-1922 Lützowstraße 87
- 1926-1930 Friedrich-Ebert Straße 21
- 1930-1933 Matthäikirchstraße 32

Flucht in die USA

Berlin (1900-1933)

Schweiz (1933-1934)

Nach der Machtübernahme Hitlers 1933 verließ die jüdische Familie Moser Berlin und zog in die Schweiz. Sie musste ein Jahr später auch Zürich wieder verlassen, weil dem Ehepaar Moser und ihren Söhnen keine Aufenthaltserlaubnis gegeben wurde.

Niederlande (1934-1940)

Für sechs Jahre fand Familie Moser Zuflucht in den Niederlanden. Dort lebte sie in einem kleinen Dorf bei Haarlem. In der Nähe wohnten auch Verwandte der Mosers, die Familie Rosen. Rosa Rosen war die Schwester von Hugo Ludwig Moser. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges zeichnete sich ab, dass das Leben von Juden auch in den Niederlanden nicht sicher bleiben würde. Im Februar 1940 entschied sich Familie Moser zur Ausreise. Familie Rosen verblieb in den Niederlanden. Rosa Rosen wurde ins Vernichtungslager Sobibor deportiert und ist dort am 13. März 1943 ermordet worden. Auch ihr Ehemann Gotthold Rosen wurde Opfer des Holocaust. Von der Familie Rosen überlebte nur der Sohn Ernst Rosen.

Zwischenstationen in Europa (1940)

Wenige Monate vor dem Einmarsch deutscher Truppen in die Niederlande gelang es Familie Moser, das Land zu verlassen. Die Familie fand zunächst Unterkunft in der Vatikanstadt in Italien. Mit Hilfe der katholischen Kirche gelangten sie kurze Zeit später nach Spanien und erreichten danach per Schiff die Insel Kuba.

Kuba (1940)

Familie Moser musste in Kuba einige Monate auf das Visum für die Einreise in die USA warten. Am 1. Dezember 1940 verließen sie Havanna und konnte sich so in die USA retten.

USA (ab 1940)

Passagierliste S.S. Oriente, Dezember 1940

Weiterer Lebensweg

Hugo Ludwig Moser und Maria Moser

Hugo und Maria Moser zogen nach ihrer Ankunft in Baltimore nach New York City und eröffneten dort erneut eine Kunsthandlung. Einige ihrer Gemälde hatten sie sich zuvor in die USA schicken lassen können. Nach dem Krieg kehrten sie nur zeitweise auf Reisen zurück nach Europa.

Ludwig Moser

Ludwig Moser wurde kurze Zeit nach seiner Ankunft in die US-Army eingezogen. Er diente als Geheimdienstoffizier und befragte Gefangene. Deshalb ließ er zum Schutz seinen Namen in Henry L. Mason umbenennen. Danach studierte er bis 1949 Politikwissenschaften und forschte eine Zeit lang in den Niederlanden. Nach einer kurzen Professur an der Louisiana State University wechselte er 1952 an die Tulane University, an der er 51 Jahre lang unterrichtete. Er war mit Mathilde Jessé Mason verheiratet und hatte zwei Kinder und drei Enkelkinder.

Hugo Wolfgang Moser

Hugo Wolfgang Moser besuchte in den USA zunächst die Schule und studierte anschließend. Im November 1943 wurde er in die US-Army eingezogen. 1944 begann er ein Medizinstudium an der Columbia University, das er vier Jahre später abschloss. Nach weiterer medizinischer Ausbildung diente er 1952 als Arzt im Koreakrieg. 1954 kehrte er zurück in die USA, forschte und wirkte v.a. am Kennedy Krieger Institute und der John Hopkins University. 1972 wurde er zum Professor für Neurologie ernannt. Ein Schwerpunkt seiner Forschung war die Suche nach Heilungsmöglichkeiten für die gefährliche Nervenerkrankung ALD. Diese Krankheit wird im Spielfilm „Lorenzos Öl“ (1992) thematisiert. Die Rolle des H.W. Moser wird im Film von Peter Ustinov verkörpert. Beruflich erlangte er internationale Anerkennung und wurde mit mehreren Preisen geehrt. In zweiter Ehe war er verheiratet mit Ann Moser. Beide arbeiteten gemeinsam bis zum Lebensende von Hugo Ludwig Moser in der ALD-Forschung. Er hatte vier Kinder und mehrere Enkelkinder.

Bildquellen

- 015 Privates Foto (Ann Moser)
- 016 Privates Foto (Ann Moser)
- 015 Privates Foto (Ann Moser)
- 018 <https://marlin-prod.literatumonline.com/cms/attachment/c37ca678-69f9-4a43-8404-1d5df43450ef/fx1.jpg>, unter: <https://www.thelancet.com/journals/lancet/article/PIIS0140673607602207/fulltext> - 10.04.2021
- 019 [https://www.meisterdrucke.de/kunstwerke/500px/Jean%20Antoine%20Watteau%20-%20The%20Dance%20or%20Lis%201719-20%20-%20\(MeisterDrucke-213543\).jpg](https://www.meisterdrucke.de/kunstwerke/500px/Jean%20Antoine%20Watteau%20-%20The%20Dance%20or%20Lis%201719-20%20-%20(MeisterDrucke-213543).jpg) - 10.04.2021
- 020 Passenger Lists of Vessels Arriving at New York, New York, 1820-1897. Microfilm Publication M237, 675 rolls. NAI: 6256867. Records of the U.S. Customs Service, Record Group 36. National Archives at Washington, D.C.

Textquellen

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 27293
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 2A Regierung Potsdam I LW, Nr. 173
- Schön, Alfred: Geschichte des Dorfes Michendorf, unveröffentlichtes Manuskript von 1954
- Strich, Dr. Hans-Joachim: Michendorfer Chronik. Hrsg. Ortsausschuss u. Heimatverein e.V., 3. erw. Aufl. 2015
- Holley, Joe: Neurological Authority Hugo Moser. In: The Washington Post 26.01.2007, unter: <https://www.washingtonpost.com/archive/local/2007/01/26/neurological-authority-hugo-moser/4b4eb8f9-1b39-4e4f-869b-3d41e344837f/> - 10.04.2021
- https://www.usshm.org/online/hsv/person_view.php?PersonId=1754487 - 10.04.2021
- https://www.imdb.com/title/tt0104756/?ref_=fn_al_tt - 10.04.2021

Georg Tobias Levy-Jessel

Georg Levy-Jessel in Michendorf

Am 20. Mai 1923 wurde Georg Tobias Levy-Jessel in Michendorf geboren. Seine Eltern waren Rosa und Dr. Henry Levy-Jessel. Sein Vater war Landarzt und leitete das jüdische Kindersanatorium in der Bahnstraße in Michendorf. Dass Georg Levy-Jessel in seiner Kindheit viel Kontakt mit den im Sanatorium untergebrachten Kindern hatte, zeigt eine schriftliche Erinnerung eines Verwandten der Familie, Herbert Jessel. Er schrieb: „*Ich erinnere mich, wie sie [Renate Orland, geb. Ritter] von ihm erzählte, als Georg ca. 10 Jahre alt war. Renate war damals oft in Michendorf. Georg war der „König“ des Kinderheims, alle Kinder hatten ihm zu folgen, da doch sein Vater der „Chef“ war.*“ (S. 3) Auch wenn diese Notiz einen subjektiven Eindruck wiedergibt, spiegelt sie vielleicht einen Teilaspekt der Kindheit von Georg Levy-Jessel, der keine Geschwister hatte. Ob er am individuellen Unterricht teilnahm, der am Sanatorium für die Kinder angeboten wurde, lässt sich nicht sagen. Es könnte ebenfalls sein, dass er die Dorfschule in Michendorf besuchte.

Im August 1938 verstarb sein Vater. Sein Tod und die zunehmende Diskriminierung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland veranlassten seine Mutter, ihn ins Ausland in Sicherheit zu bringen. Georg Levy-Jessel war 15 Jahre alt, als er Michendorf verließ und allein nach England emigrierte.



Georg Tobias mit seinem Vater Dr. Henry Levy-Jessel



Georg Tobias Levy-Jessel

Georg Levy-Jessel in Großbritannien

In einem Schreiben vom 3. Dezember 1938 teilte das Finanzamt Beelitz der Gestapo in Potsdam mit, Rosa Levy-Jessel habe für ihren Sohn Georg Jessel als „*vorbereitende Maßnahme der Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland*“ eine steuerliche „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ beantragt (Rep.36 A, F 1139, Bl. 39). Als Ziel der Auswanderung wurde „unbekannt“ angegeben. Dass Georg Levy-Jessel nach Northwood Hills im Nordwesten von London emigrierte, geht aus Briefen seiner Mutter Anfang des Jahres 1939 an den Oberfinanzpräsidenten von Brandenburg-Berlin hervor: Sie bittet darum, ihrem Sohn sein Fahrrad nachsenden zu dürfen, das er für die Fahrt vom Wohnort Northwood Hills zur 12 km entfernten Schule dringend benötigte. Wo er in dieser Zeit untergebracht war und wie seine Ausreise nach England verlief, ließ sich nicht genauer klären. Es spricht allerdings einiges dafür, dass Georg Levy-Jessel im Rahmen der sog. Kindertransporte in Sicherheit gebracht wurde.

Kindertransporte 1938/39

Nach den Novemberpogromen 1938 versuchten viele Juden, Deutschland zu verlassen. Die Emigration war jedoch sehr schwierig, denn mögliche Aufnahmeländer hatten strenge Einreisebestimmungen und beschränkten die Einwanderung. Einige Länder erklärten sich bereit, jüdische Kinder aufzunehmen. Vor allem Großbritannien erlaubte die Einreise: Von Dezember 1938 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 wurden dort 10.000 jüdische Kinder in Sicherheit gebracht. Der erste Kindertransport verließ am 1. Dezember 1938 das Deutsche Reich und erreichte einen Tag später Großbritannien. Die britische Regierung stellte für die Kinder Gruppenvisa aus, um eine möglichst schnelle Ausreise zu ermöglichen. Weitere 10.000 jüdische Kinder wurden in die Niederlande und Schweiz und nach Belgien, Frankreich und Schweden gebracht. Die NS-Regierung erlaubte den Kindern nur die Mitnahme eines Koffers, Bargeld in Höhe von 10 Reichsmark und einer kleinen Tasche. Manche der geflüchteten Kinder konnten bei Verwandten unterkommen, die bereits in den Aufnahmeländern lebten. Der Großteil von ihnen wurde jedoch in Pflegefamilien oder Heimen untergebracht. Die Trennung der jüdischen Kinder von ihren Eltern war für beide Seiten traumatisch. Sie war jedoch die Möglichkeit, die Kinder zu retten.



Ankunft erschöpfter Kinder am 2. Dezember 1938 in Harwich, England



Emigration jüdischer Flüchtlinge aus dem Deutschen Reich von 1933-1939

Georg Levy-Jessel in Australien

Mit dem Eroberungsfeldzug der deutschen Wehrmacht im Westen nahm in Großbritannien im Frühjahr 1940 die Angst vor einem deutschen Angriff zu. Man befürchtete, dass unter den Emigrant:innen aus Deutschland und Österreich, die in England lebten, deutsche Spione und Kollaborateure sein könnten. Deshalb wurden sie als sog. "enemy aliens" in Lager untergebracht. Von dieser Internierung waren auch jüdische Flüchtlinge betroffen. Im Sommer 1940 begann die britische Regierung mit der Verschiffung einer großen Zahl der internierten "enemy aliens" nach Kanada und Australien. Georg Levy-Jessel war einer der jüdischen Flüchtlinge, die nach Australien gebracht wurden. Sein Name ist auf der „*Offizielle Liste der deutschen und österreichischen Internierten, die an Land gehen*“, zu finden. Diese Angabe ist Erica Fischer zu verdanken, die in ihrem 2012 erschienen Roman „*Königskinder*“ die Geschichte ihrer Eltern erzählt, die als jüdische Flüchtlinge nach England gekommen waren. Ihr Vater wurde wie Georg Levy-Jessel mit dem britischen Militärschiff HMT Dunera im Sommer 1940 von Großbritannien nach Australien verschifft. Ihrem Roman liegen diese historischen Tatsachen zugrunde.

So beschreibt auch Dr. Christiane Kolbet in „*Die Internierung deutscher Juden in Australien - die Dunera-Affäre*“ die katastrophalen Zustände während der Verschiffung nach Australien: „*Ein einziges Schiff nahm Kurs nach Australien: Es war die „Dunera“, ein ehemaliger Truppentransporter, der nun dazu diente, zweieinhalbtausend überwiegend jüdische Häftlinge ans andere Ende der Welt zu schaffen. Die Lebensbedingungen auf der „Dunera“ waren hart; die Passagiere wurden wie Gefangene hinter Stacheldraht gehalten. An Bord herrschte drangvolle Enge, die Schlafplätze reichten bei weitem nicht aus und die hygienischen Bedingungen waren katastrophal.*“ (<https://www.hagalil.com/archiv/2000/06/australien.htm>) Im September 1940 erreichte das Schiff Australien. Die ca. 2.000 internierten jüdischen Flüchtlinge wurden auf die beiden Lager „Camp Hay“ und „Internment Camp Tatura“ verteilt. Georg Levy-Jessel war im Lager Tatura interniert, von September 1940 bis zu seiner Einwanderung in Palästina am 22. August 1942.

Der Ausweis, am 13. Mai 1942 in Melbourne ausgestellt, gab als „*gegenwärtigen Aufenthaltsort Nr. 2 Internment Camp Tatura*“ an. Als sein vorheriger letzter fester Wohnsitz wurde dort die Adresse „10 Church Path. Merton, London“ notiert.

Es gibt keine persönlichen Berichte darüber, wie die Lebensumstände in der zweijährigen Internierungszeit für Georg Levy-Jessel im Lager Tatura waren, aber das Gedicht „*Wer sind wir*“, das Oswald Volkman 1940/41 verfasste, beschreibt die dortige Situation. Er war ebenfalls mit der „Dunera“ nach Australien gebracht und im Lager Tatura interniert: „*Wir sind keine Kriegsgefangenen, aber man bewacht uns und obwohl wir keine Nazis, hat man im Verdacht uns. Deutsche sind wir, doch wir kriegen niemals einen Pass mehr. Denn man weiß, auf solche Leute ist ja kein Verlass mehr. Wohnten wir auch lang in England, sind wir doch nicht britisch. Nicht mal arisch sind wir alle, viele sind semitisch. Unsre Reise nach Australien macht uns nicht australisch. Einige sind zwar entlassen, aber nur moralisch. Draußen sucht man Arbeitskräfte. Wir sind Arbeitslose, doch zum Trost kriegt jeder eine blaue Werkmannshose. Der Amerikanerkonsul gibt uns keine Visa. Rücktransport nach England leidet unter Schiffahrtskrisen. Selbst die braven Pioniere lässt man lange warten. Antwort auf die Überschrift: Wir sind --- die Genarrten.*“ (zitiert nach <https://www.germanaustralia.com/d/primary/volkman.htm>)

Georg Levy-Jessel wird einer der „*braven Pioniere*“ gewesen sein, von denen in diesem Gedicht die Rede ist: Am 22. August 1942 kam er von Australien nach Palästina, um als Landarbeiter den Kibbuz Lehavot mitaufzubauen. Als Kibbuz wird eine ländliche Siedlung in Palästina/Israel bezeichnet, die sich durch basisdemokratische Strukturen und gemeinschaftlichen Besitz auszeichnet.



Das britische Militärschiff HMT Dunera, mit dem Georg Levy-Jessel 1940 nach Australien gebracht wurde.



Australischer Ausweis G. Levy-Jessel, 1942



Einbürgerungsurkunde von George Tobias Jessel am 19.08.1945 in Palästina

Georg Levy-Jessel in Palästina/Israel

Georg Tobias Levy-Jessel war 19 Jahre, alt als er nach Palästina einwanderte. Eingebürgert wurde er mit dem Namen George Tobias Jessel am 19. August 1945. Als Adresse wurde der Kibbuz Lehavot genannt. George Jessel war zu diesem Zeitpunkt von Beruf Landarbeiter und unverheiratet.

1946 reiste seine Mutter Rosa Levy-Jessel von New York aus nach Palästina, um ihn zu besuchen. Beide sahen sich das erste Mal nach sieben Jahren wieder. Wie abgelegen und schwer erreichbar der Kibbuz Lehavot damals war, geht aus einem Schriftwechsel hervor, den seine Mutter mit den Behörden in Palästina führte. Sie bat um eine Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung bis September 1946, weil sich die Treffen mit ihrem Sohn aufgrund der ländlichen Lage und des Umzugs des Kibbuz Lehavot verzögerten. George Jessel ist in den folgenden Jahrzehnten im Kibbuz Lehavot geblieben. Er heiratete und bekam drei Kinder.

1989 erschien in der Zeitschrift „*New York Magazine*“ ein Bericht über eine Gruppe Jugendlicher aus Brooklyn, New York, die im Frühjahr 1989 zehn Wochen im Kibbuz Lehavot, Habashan im Norden Israels verbrachten. Angeregt und begleitet wurde dieser Aufenthalt von George Jessel. Als sein Beruf wird in dem Artikel „*welder*“ (Schweißer) genannt. Der Kibbuz Lehavot, Habashan ist u.a. heute bekannt für die Herstellung von Brandschutz- und Löschgeräten. Georg Levy-Jessel wurde nach wie vor in dem von ihm mitaufgebauten Kibbuz Lehavot leben. Leider waren bislang keine aktuelleren Informationen über ihn zu finden.



Kibbuz Lehavot HaBashan im Aufbau 1945

Passagierliste der Rückreise von Rosa Levy-Jessel nach Besuch ihres Sohnes in Palästina nach New York im September 1946



George Jessel (vorne rechts) mit Jugendlichen aus New York 1989

Bildquellen

- 140 Privates Foto (aus Fundus des Michendorfer Ortschronisten Dr. Hans-Joachim Strich)
- 141 Privates Foto (aus Fundus des Michendorfer Ortschronisten Dr. Hans-Joachim Strich)
- 142 Bundesarchiv, Bild 183-1987-0928-501 / CC-BY-SA 3.0, CC BY-SA 3.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5424101> - 10.04.2021
- 143 Copyright: © 2018 Anne Frank Stichting, Amsterdam
- 144 Not stated in the AWM record, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=84376804> - 10.04.2021
- 145 archives.gov.il: George Tobias Jessel, S. 7, <https://www.archives.gov.il/en/archives/Archive/0b0717068002258e/File/0b0717068568938f> - 10.04.2021
- 146 archives.gov.il: George Tobias Jessel, S. 11/12, <https://www.archives.gov.il/en/archives/Archive/0b0717068002258e/File/0b0717068568938f> - 10.04.2021
- 147 לזר דייר - This is available from Jewish National Fund photo archive, under the digital ID missing. <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=68165547> - 10.04.2021
- 148 Passenger Lists of Vessels Arriving at New York, New York, 1820-1897. Microfilm Publication M237, 675 rolls. NAI: 6256867. Records of the U.S. Customs Service, Record Group 36. National Archives at Washington, D.C.
- 149 New York Magazine 12. Juni 1989, Seite 63

Textquellen

- Jessel, Herbert: Lieber Tommy, unter: <https://archive.org/details/lieberrtomif001> - 10.04.2021
- Brandenburgisches Landesarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) F 1139
- Fischer, Erica: Königskinder, Rowohlt Verlag Berlin 2012
- Kolbet, Dr. Christiane: Die Internierung deutscher Juden in Australien, unter: <https://www.hagalil.com/archiv/2000/06/australien.htm> - 10.04.2021
- Volkman, Oswald: Wer sind wir?, unter: <https://www.germanaustralia.com/d/primary/volkman.htm> - 10.04.2021
- https://www.deutschlandfunk.de/deportation-ins-outback.700.de.html?drum:article_id=235166 - 10.04.2021
- <http://www.keyfitz.org/nathan/memoir/17.html> - 10.04.2021
- <https://www.jmberlin.de/thema-kindertransport> - 10.04.2021
- New York Magazine 12. Juni 1989, Seite 56-66

Georg und Friedericke Salier

Sie mussten alles zurücklassen



Die Eheleute Georg und Friedericke Salier



Das Haus der Salier's in Michendorf

Familie Salier in Berlin

Georg Salier (geb. 1877 in Berlin) und Friedericke Salier (geb. 1884 in Hannover) waren ein jüdisches Ehepaar, das in Berlin am Bundesratufer 7 lebte. Ihre zwei Söhne hießen Felix Julius Alexander (geb. 1914) und Max Wilhelm Julius (geb. 1916). Georg Salier war ein bekannter Berliner Rechtsanwalt und Notar. Er besaß eine Praxis in der Alexandrinenstraße 42 in Berlin.

Nach der Machtübernahme Hitlers wurden Juden diskriminiert und ausgegrenzt. Durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ von 1933 verlor auch Georg Salier Einnahmen in seiner Anwaltspraxis. Deshalb zog die Familie von ihrer ursprünglichen Wohnung in der Claudiusstraße zum Bundesratufer. Die zweite Wohnung war wesentlich kleiner als die erste. Viele wertvolle Möbel, die die Familie zuvor in der alten Wohnung besaß, mussten aus Platz- und Geldmangel verkauft werden.

Neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt war Georg Salier viele Jahre stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der W. Zinnert A. G. Konservenfabrik in der Holzmarktstraße 2 in Potsdam .



Postkarte der Konservenfabrik W. Zinnert A. G.

Familie Salier in Michendorf



Familie Salier besaß zwei Grundstücke in Michendorf, die auf den Namen Friedericke Salier im Grundbuch eingetragen waren. Eines davon war ein circa 5 Morgen großes Stück Obstland. Hier machte die Familie große Obstvorräte in Konserven ein. Durch den Enkelsohn Edward Salier, der heute in den USA lebt, ist bekannt, dass sich auf einem der Grundstücke ein kleines Wochenendhaus befand. Die Familie Salier war wohlhabend und besaß unter anderem Kunstgegenstände von hohem Wert.

Auswanderung und Fluchtsteuer

Wegen zunehmender Repressalien gegen Juden entschloss sich die Familie am 22. August 1936 auszuwandern, denn die jüdische Familie wäre zur damaligen nationalsozialistischen Zeit in Deutschland nicht länger sicher gewesen. Sie ließen ihren Besitz zurück in Deutschland.

Die Familie emigrierte zunächst nach Amsterdam. Vor ihrer Auswanderung nach Holland zahlten die Saliers die Reichsfluchtsteuer nicht. Dem Juristen Georg Salier wird bewusst gewesen sein, dass die von der NS-Diktatur festgelegte Reichsfluchtsteuer gegen humanitäres Recht verstieß und das Ziel verfolgte, emigrierende Juden auszuplündern.

In Deutschland wurde ein Steuersteckbrief gegen Georg und Friedericke Salier erlassen. Schon kurze Zeit später wurden Friederike und Georg Salier wegen Steuerflucht am 5. Dezember 1938 vom Landesgericht Berlin zu sechs Monaten Gefängnisstrafe und zusätzlicher Geldstrafe in Höhe von 30.000 Reichsmark verurteilt.

Ihr gesamter Besitz der Wohnung wurde nach der Flucht vom Finanzamt beschlagnahmt und alle erreichbaren Vermögenswerte eingezogen. Denn auf Gesetzesgrundlage der Weimarer Republik führte das NS-Regime die Reichsfluchtsteuer weiter aus und verschärfte das Gesetz. Am 18. Mai 1934 änderte Adolf Hitler die Vorschriften über die Reichsfluchtsteuer (siehe Abbildung). Nun mussten Bürger, die über ein Vermögen von mehr als 50.000 Reichsmark verfügten, bei Auswanderung ein Viertel ihres Vermögens an das Finanzamt zahlen.

Darüber hinaus wurde eine Sicherheitsleistung nach Ermessen des Finanzamtes festgelegt. So konnte die Reichsfluchtsteuer verlangt werden, ohne dass eine konkrete Auswanderung geplant war. Die Sicherheitsleistung war vollstreckbar. Außerdem wurde die Zeit für die Zahlung der Reichsfluchtsteuer von zwei Monaten auf einen Monat verkürzt.

Diese neuen Vorschriften waren Teil der finanziellen Ausplünderung von Juden.

Bei Nichtzahlen der Reichsfluchtsteuer und Auswanderung aus Deutschland erfolgte eine Vermögensbeschlagnahme und es wurde ein Steuersteckbrief verfasst. Jener Steuersteckbrief wurde im Reichsanzeiger und im Reichssteuerblatt publiziert und forderte auf, den betroffenen Steuerzahler bei Erkennung umgehend festzunehmen und dem Haftrichter zu melden.



Familie Salier in den USA

Im Juli 1939 erreichte die Familie Salier von Holland aus über Southampton die USA. In New Jersey siedelten sich die Saliers neu an. Georg Salier konnte in den USA nicht als Jurist tätig sein. Er gründete mit seiner Frau eine Geflügelfarm in Vineland. Georg Salier starb am 7. November 1971 im Alter von 91 Jahren. Sechs Jahre zuvor, am 22. Juli 1965, verstarb Friedericke Salier mit 81 Jahren. Friederike Salier wurde ebenso wie ihr Ehemann in Pittsgrove Township, New Jersey in den USA beerdigt. Der Sohn Felix Salier heiratete Anne Rubin. Beide hatten ein Kind, Margie Salier. Anne Salier starb 2005 in Seattle und wurde in Chicago beigesetzt. Ihr Ehemann Felix Salier starb mit 82 Jahren 1997 in Chicago.

Max und Eva Salier

Sohn Max Salier lernte in den USA seine spätere Ehefrau Eva, geb. Hellendag kennen. Eva Hellendag wurde am 26. März 1923 in Koblenz geboren und wuchs dort auf. Die Familie war jüdisch. Als Schülerin erlebte sie die zunehmende Diskriminierung gegenüber Juden. Sie wurde in ihrer Heimatschule ausgegrenzt und von der Schule verwiesen, da die Schule „judenrein“ werden sollte. Ihre Mutter Antonie Hellendag schickte ihre Tochter 1936 in die Niederlande zu Verwandten, um ihr dort weiterhin Bildungschancen zu ermöglichen. Später zog ihre Mutter ebenfalls nach Holland. Nach der Invasion Hollands durch die deutsche Wehrmacht musste Eva Hellendag 1940 ihre Schule verlassen und konnte nicht aus den Niederlanden fliehen. Mit anderen jüdischen Kindern sollte sie in ein Arbeitslager gebracht werden, doch versehentlich wurde sie nicht mitgenommen. Ihre Mutter Antonie Hellendag, ihre Großmutter und sie selbst wurden kurze Zeit später von den Nationalsozialisten gefunden und selektiert: Eva Hellendag verblieb als Arbeiterin im Lager, ihre Mutter Antonie Hellendag und ihre Großmutter Bertha Loebenber wurden deportiert und 1943 in Auschwitz umgebracht.

1944 wurde auch Eva Salier in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert. Sie wurde dort als arbeitsfähig eingestuft und überlebte den Holocaust. Am 1. Mai 1945 wurde Eva Hellendag aus dem Lager befreit und vom Roten Kreuz nach Malmö in Schweden gebracht. Von dort emigrierte sie in die USA, lernte Max Salier kennen und heiratete ihn.

Eva Salier war für ihre Gemälde und Bücher bekannt. Sie schrieb Bücher in denen sie über ihre Zeit im Konzentrationslager berichtet. In ihrem späteren Wohnort Vineland, war sie dafür bekannt, Kunstwerke zu zeichnen und zu verkaufen. Eva Salier wurde die Zeichnerin für eine Zeitung aus Vineland, bei der sie Karikaturen zeichnete und beim Design und Layout der Zeitung mitarbeitete. Zudem lehrte sie auch anderen Menschen ihre Kunst und nahm an vielen Kunstausstellungen teil. Einige ihrer Gemälde befinden sich in Museen und auch in ihrer Heimatstadt Koblenz.



Für Eva Salier ist an ihrem letzten deutschen Wohnsitz ein Stolperstein in der Emser Straße 269 in Koblenz verlegt worden. So wird noch heute an sie und ihre Geschichte erinnert.

„Es dauerte nicht lange, da begannen unsere Freunde und Nachbarn, uns zu meiden. Ich weiß jetzt, dass es aus Angst geschah, aber zu jener Zeit war es unbegreiflich und schmerzlich.“

Eva Salier

Bildquellen

- 034 Privates Foto (Edward Salier – mit Dank an Familie Salier)
- 035 Privates Foto (Edward Salier)
- 036 http://www.grussauspotsdam.de/f_pics600/00004820.jpg - 10.04.2021
- 037 Ehepaar Salier in Michendorf - Privates Foto (Edward Salier)
- 038 Georg Salier mit anderen vor dem Haus in Michendorf - Privates Foto (Edward Salier)
- 039 <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1931&page=829&size=45> - 10.04.2021
- 040 https://www.mahnmal-koblenz.de/wikipedia/01_Erweiterung_Lesemappen/45_Eva%20Salier/ES15 - 10.04.2021
- 041 https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/f/f3/Stolpersteine_Emser_Stra%C3%9F%20Eva_Hellendag_187-045-eva-salier-geb-hellendag-juedisches-maedchen-aus-koblenz-horchheim - 10.04.2021
- 132 Rheinische Zeitung, Mai 2013, unter: https://www.mahnmal-koblenz.de/PDF/RZ_2013_Eva_Salier.pdf - 10.04.2021

Textquellen

- Sammelakte Anklage Saliers wegen Steuerflucht, vermutlich 1938. Landesarchiv Berlin, A Rep.359-02, Berlin, Nr. 99551, S.1-3
- Sammelakte Rückerstattung Eigentum Familie Salier, 1952-1998. Landesarchiv Berlin, B Rep. 025-05, Berlin, Nr. 3032/50, Bl. 17-66
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr.32797
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr.32798
- Fritz Bauer Institut (Hrsg.): Arisierung im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt am Main 2000
- Goschler, Constantin und Ther, Phillip (Hrsg.): Raub und Restitution, Frankfurt am Main, 2003
- Schumacher, Dr. Jürgen: Eva Salier, geb. Hellendag. Es war eine Fahrt durch die Hölle, unter: <https://www.mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/187-045-eva-salier-geb-hellendag-juedisches-maedchen-aus-koblenz-horchheim> - 10.04.2021
- Senatsverwaltung für Finanzen (Hrsg.): Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe, unter: <https://www.berlin.de/sen/finanzen/ueber-uns/architektur-geschichte/artikel.5183.php> - 10.04.2021
- <http://www.documentarchiv.de/ns/beamten.html> - 10.04.2021
- Passenger Lists of Vessels Arriving at New York, New York, 1820-1897. Microfilm Publication M237, 675 rolls. NAI: 6256867. Records of the U.S. Customs Service, Record Group 36. National Archives at Washington, D.C.

Frida und Fritz Pulvermacher

von Michendorf nach Tel Aviv

Von den Schwierigkeiten der genauen Recherche

Die Recherche zu Frida Pulvermacher kann vielleicht beispielhaft die Schwierigkeiten und Chancen des Projektes „Auf vergangenen Spuren: Jüdisches Leben in Michendorf und Umgebung“ zeigen. Am Beginn der Recherche lag nur der Name Frida Pulvermacher im Zusammenhang mit ehemaligen jüdischen Bürger:innen von Michendorf vor. Die Ortschronistin des Heimatvereins Michendorf, Edith Volkmer, konnte diesen Namen nennen. Auch dass Frida Pulvermacher vor ihrer Heirat den Familiennamen Weissenberg trug und ein Grundstück in Michendorf besessen haben soll, war in Erinnerung. Allein mit diesen Informationen begann die Suche. Im Brandenburgischen Landeshauptarchiv fanden sich sowohl zu Frieda Pulvermacher als auch zu Dr. Fritz Pulvermacher Akten. Dass der Vorname (Frieda, Frida, Friederike) in diesen Akten unterschiedlich geschrieben wurde, ließ vermuten, in den Schriftstücken könnten unterschiedliche Personen gleichen Namens gemeint sein. Die genaue Durchsicht ergab zum einen, dass in den 1930er Jahren in Berlin sowohl Frieda Pulvermacher, verehelichte Badt als auch Frida Pulvermacher, geb. Weissenberg gelebt hatten. Zum anderen waren in den Akten Unterlagen zu Dr. Fritz Pulvermacher (geb. am 22. Februar 1896, Ehemann von Frida Pulvermacher) und Dr. Fritz Pulvermacher (geb. am 24. Dezember 1893, Ehemann von Hildegard Pulvermacher) zu finden. Bei der Recherche im Internet wurde auf der Website der „Association of Israelis of Central European Origin“ (Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft) ein Eintrag gefunden, der den weiteren Lebensweg von Dr. Frida und Dr. Fritz Pulvermacher in Israel beschrieb. Dieser Eintrag war von ihrer Tochter Johanna Bar Menachem, geb. Pulvermacher erstellt worden. Über einen persönlichen Kontakt nach Israel konnte schließlich bestätigt werden: Dr. Frida Pulvermacher, geb. Weissenberg, die in der Orionstraße in Michendorf ein Grundstück besessen hatte, war mit ihrem Ehemann Dr. Fritz Pulvermacher 1938 gemeinsam mit ihren Töchtern Ruth und Johanna Pulvermacher nach Palästina (Israel) ausgewandert. Johanna Pulvermacher heiratete später Abraham Bar-Menachem. Dieser setzte sich seit den 1960er Jahren für eine Versöhnung zwischen Israel und Deutschland ein.

Biografie

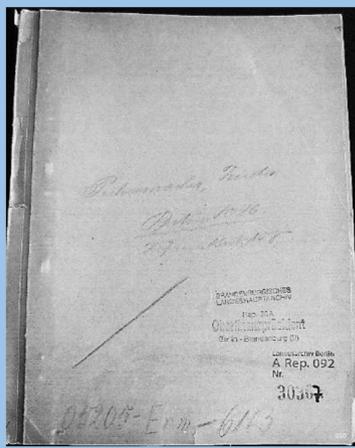
Michendorf

Frida Weissenberg

- geb. am 09.02.1895 in Kattowitz
- Studium der Medizin
- 20.01.1922 Dissertation
„Über Nierentumore im Kindesalter und ihre operative Beeinflussung an der Hand von sieben Fällen der Heidelberger Chir. Universitätsklinik“
- 1929 Dr. Frida Pulvermacher, Ärztin, Augsburg Str. 47 in Berlin

Fritz Pulvermacher

- geb. am 22.02.1896 in Berlin
- Studium der Medizin
- Facharzt für Orthopädie
- 1929 Dr. Fritz Pulvermacher, Arzt, Augsburg Str. 47 in Berlin



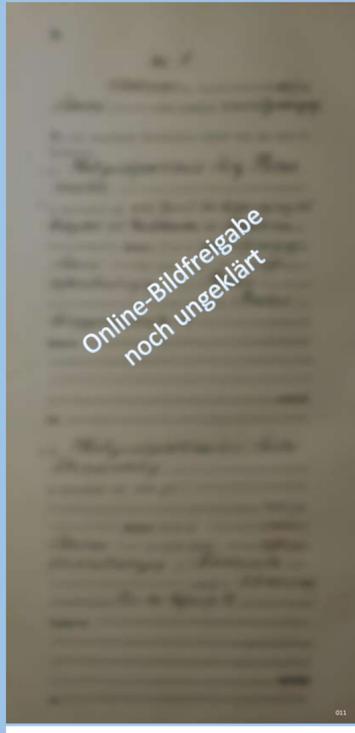
Akte Frida Pulvermacher im Brandenburgisches Landeshauptarchiv

Berlin

Heirat am 08.02.1921

Dr. Frida und Dr. Fritz Pulvermacher

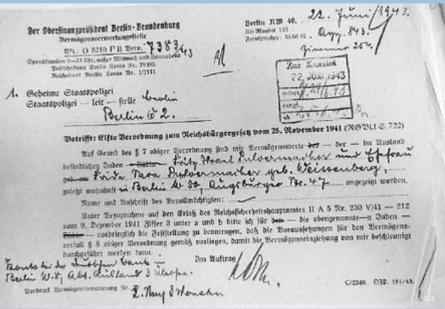
Frida Pulvermacher war als Kinderärztin in Berlin tätig, wo sie mit ihrem späteren Ehemann Fritz Pulvermacher eine Praxis betrieb. Dieser war ebenfalls Mediziner. Die beiden heirateten 1921 in Berlin. Ob Frida und Fritz Pulvermacher zeitweise auch im jüdischen Kindersanatorium des Dr. Levy-Jessel in Michendorf tätig waren, lässt sich nur vermuten. Frida Pulvermacher besaß ein Grundstück in Michendorf. Am 28.11.1922 wurde die Tochter Johanna in Berlin geboren. Am 10.03.1927 kam die Tochter Ruth in Berlin zur Welt.



Heiratsurkunde - Frida und Fritz Pulvermacher

Tel-Aviv

1933



Gestapo-Akte 1943: Das Vermögen „der im Ausland befindlichen Juden“ Fritz und Frida Pulvermacher soll eingezogen werden.



Frida und Fritz Pulvermacher um 1938

Auswanderung und Leben in Israel

Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers nahmen in Deutschland nicht nur antisemitische Äußerungen und Handlungen zu, rassistisch motivierte Ausgrenzung von Juden wurde staatlich legitimiert. Das Ehepaar wanderte deshalb 1933 mit ihren Töchtern Johanna und Ruth nach Palästina in das Gebiet des heutigen Israels aus. 1938 wurde sie in Palästina eingebürgert. In Palästina und später im Staat Israel nahmen Dr. Frida und Dr. Fritz Pulvermacher ihre Tätigkeit als Ärzte wieder auf. Zunächst wohnte die Familie in Tel Aviv in der Bialikstraße 13.

Dr. Fritz Pulvermacher starb 1970 in der Schweiz. Im Jahr 1988 verstarb Dr. Frida Pulvermacher in Israel. Die Tochter Johanna Pulvermacher lernte in Israel Alfred Gutsmuth kennen, der sich in Abraham Bar Menachem umbenannte. Auch er stammte aus Deutschland und war vor dem NS-Regime geflohen. Er hatte in Gießen Rechtswissenschaften studiert. 1933/34 emigrierte er zunächst in die Niederlande und gelangte 1938 nach Palästina. Er half beim Aufbau mehrerer Kibbuzim (kleinere Siedlungen mit basisdemokratischem System). Von Beruf war er Jurist und viele Jahre als Oberbürgermeister der Stadt Netanya tätig. Seine Ehefrau Johanna Bar Menachem war von Beruf Krankenschwester. Das Ehepaar Bar Menachem hatte drei Kinder: Amikam (geb. 1947), Nacham (geb. 1950) und Shlomit (geb. 1955) Bar Menachem. Am 24.03.2017 verstarb Dr. Abraham Bar Menachem im Alter von 104 Jahren, wenige Jahre nach seiner Frau Johanna Bar Menachem geb. Pulvermacher.

Aussöhnung zwischen Deutschland und Israel



Ministerpräsident Volker Bouffier und seine Ehefrau Ursula besuchen Johanna geb. Pulvermacher – Gießener Allgemeine 06.07.2011 (Foto: pv)

Dr. Abraham Bar-Menachem (Schwiegersohn von Frida und Fritz Pulvermacher) hat sich engagiert für eine Aussöhnung zwischen dem jüdischen und deutschen Volk eingesetzt. Für seine Verdienste erhielt er zahlreiche Auszeichnungen. Er war u.a. Träger des Dienstkreuzes 1. Klasse der Bundesrepublik Deutschland, des Hessischen Verdienstordens, der Wilhelm Leuschner-Medaille des Landes Hessens und der Hedwig-Burgheim-Medaille der Universitätsstadt Gießen. Außerdem war er seit 1987 Ehrenbürger der Stadt Gießen. Die Städtepartnerschaft zwischen Gießen und Netanya, die er mitinitiierte, besteht seit über 40 Jahren. Er war damit einer der Wegbereiter für Austausch und Begegnung von Menschen aus Israel und Deutschland.

Auch das **Wolkenberg-Gymnasium** in Michendorf pflegt eine Schulpartnerschaft mit Israel: Seit 2009 begegnen sich regelmäßig Schüler:innen der Ramon High School in Hod HaSharon, Israel und des Wolkenberg-Gymnasiums in Michendorf.

Bildquellen

- 010 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr.30367
- 011 Landesarchiv Berlin, P Rep.731, Nr. 25, Reg-Nr. 1/1921
- 012 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 30368
- 013 archives.goi.il: Fritz Pulvermacher, S. 11, unter: <https://www.archives.gov.il/en/archives/Archive/Ob07170680034dc1/File/Ob07170680e028bd> - 10.04.2021
- 014 PV in: Gießener Allgemeine vom 06.07.2011, unter: <https://android-hybrid.giessener-allgemeine.de/regional/stadtgiessen/Stadt-Giessen-Bouffier-trifft-Ehrenbuerger-Bar-Menachem-99;art71,60583,F:pic276,56311> - 10.04.2021

Textquellen

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr.30367
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 30368
- Die Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft (Hrsg.): Pulvermacher, Frida, unter: <http://irgun-jekes.org/%d7%a4%d7%95%d7%9c%d7%91%d7%a8%d7%9e%d7%9b%d7%a8-%d7%a4%d7%a8%d7%99%d7%93%d7%94-%d7%93%d7%a8/>
- Die Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft (Hrsg.): Pulvermacher, Fritz, unter: <https://irgun-jekes.org/%d7%a4%d7%95%d7%9c%d7%91%d7%a8%d7%9e%d7%9b%d7%a8-%d7%a4%d7%a8%d7%99%d7%93-%d7%99%d7%a9%d7%a8%d7%90%d7%9c-%d7%93%d7%a8/>
- 10.04.2021
- <https://www.hagalil.com/archiv/2005/05/40jahre.htm> - 10.04.2021
- <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/gerettete-geschichten/149158/palaestina-als-zufuchtsort-der-europaeischen-juden> - 10.04.2021
- <https://www.giessen.de/Bar-Menachem-OB-Grabe-1894-2017-bei-Trauerfeier-in-Netanya.php?object-tx,2253.1.1&ModID=7&FID=1894.24060.1&sNavID=2253.3&mNavID=2253.1&NavID=2253.3&La=1> - 10.04.2021
- <https://www.nordstadtblogger.de/mitbegruender-der-staedtepartnerschaft-dortmund-netanya-alt-oberbuergermeister-starb-kurz-vor-dem-105-geburtstag/> - 10.04.2021

Fritz Freuthal

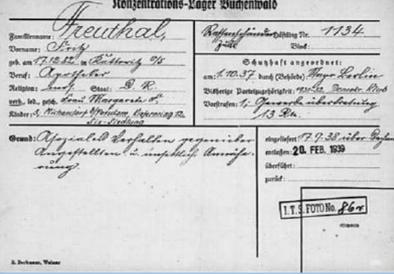
Diskriminierung, Konzentrationslager und Flucht

Fritz Freuthal war mit Margarete Brinkmann, geb. Benisch verheiratet. Diese wohnte mehr als 30 Jahre in der Siedlung Six in Michendorf. Auch wenn die Ehe geschieden wurde, nehmen wir diese Ausstellung zum Anlass, an seinen Lebenslauf und an sein Schicksal zu erinnern.

Die „Nürnberger Gesetze“

Die „Nürnberger Gesetze“ ließ Hitler auf dem Nürnberger Parteitag, am 15.09.1935, verabschieden. Sie bestanden u.a. aus dem „Reichsbürgergesetz“ und dem „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. Für Fritz Freuthals Lebensweg ist besonders das sogenannte „Blutschutzgesetz“ von Bedeutung: Das Gesetz verbot nicht nur die Eheschließung zwischen Juden und „Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“, sondern auch den sexuellen Verkehr zwischen diesen. Außerdem durften Juden weibliche Staatsangehörige „deutschen oder artverwandten Blutes“ nicht in ihrem Haushalt beschäftigen. Bestraft wurden Verstöße durch Zuchthaus, Gefängnis- oder Geldstrafen.

Dieses Gesetz löste, wegen dessen scheinbaren Bruchs durch Fritz Freuthal, das unten beschriebene Verfahren aus.



Akte Fritz Freuthal – KZ Buchenwald mit Informationen zum Inhaftierungsgrund und Angaben zur Person
Text (von oben nach unten):
„Rassenschänder, Jude“
„Grund: Asoziales Verhalten gegenüber Angestellten und unsittliche Annäherung“



Akte Fritz Freuthal - KZ Buchenwald mit Angaben u.a. zum Besitz und Entlassungsort



Brief von Fritz Freuthal 1946 aus Shanghai an das Berliner Polizeipräsidium, wegen Rückfragen bezüglich seiner Apotheke, seiner Lizenz und Auswanderung.



„**Stimmen aus Buchenwald**“: Hanns Berke, der in Buchenwald inhaftiert war, erinnert sich an „den jüdischen Häftling Fritz Freuthal, der schwer leidend war.“ Er habe ihm durch heimliches Weiterleiten von Briefen „zur schnelleren Auswanderung verholfen, weil es für diesen Mann unbedingt zur Erhaltung seines Lebens notwendig war.“ (S. 81)

Lebenslauf Fritz Freuthal

(nach den „Nürnberger Gesetzen“: „Volljude“)

- * 17.12.1882 in Kattowitz
- Pharmaziestudium
- Promotion Universität Berlin
- 1916: Im Ersten Weltkrieg Infanterist (Leibgrenadier-Regiment Nr. 8/Frankfurt (Oder))
- 01.01.1917 bis 01.10.1936: Inhaber der Kronen-Apotheke (Schönwalderstraße 26 in Spandau)
- 21.06.1937 – 09.09.1937: Untersuchungshaft in der Strafanstalt Plötzensee. Haft auf Grund §§ 176, 177 StGB (Sexualstraftrecht; tatsächlicher Grund unbekannt)
- 11.10.1937: Einstellung des Verfahrens wegen Mangel an Beweisen
- April 37 - Juli 1938: Gerichtsverfahren wegen angeblichem Verstoß gegen die „Nürnberger Gesetze“ („Rassenschande“) mit seiner Angestellten Auguste Baldig
- 20.11.1937: Einlieferung ins Konzentrationslager Dachau
- 17.09.1938 Verlegung nach Buchenwald Planung der Emigration mit Hilfe seiner Schwester Paula Bloch
- 20.02.1939: Entlassung nach Michendorf
- Emigration nach Shanghai
- Übersiedlung nach Hong Kong
- + 15. März 1956 in Hong Kong

Lebenslauf Margarete Benisch

(nach den „Nürnberger Gesetzen“: „arisch“)

- * 28.12.1910 in Schmiedeberg (Bezirk Hirschenberg)
- Oktober 1930- September 1932: Praktikum in der „Kronen Apotheke“
- ab 01.12.1932: Apothekerassistentin
- März – November 1933: Studium
- 27.11.1933: Hochzeit mit Fritz Freuthal
- 28.04.1934: Geburt Sohn Peter (JINN)¹
- 24.11.1935: Geburt Tochter Barbara (JINN)¹
- 1938: Umzug nach Michendorf (Siedlung Berghede Six, Nr. 24 in Michendorf heute: Kiefernring 12, Wildenbruch)
- 22.02.1939: Scheidung von Fritz Freuthal
- Juli 1939: Hochzeit mit Ingenieur Walter Brinkmann.
- ab 1940 – 1960er : Arbeit als Apothekenassistentin in der Michendorfer Apotheke
- weiterer Lebensweg unbekannt

¹ bezieht sich auf die Großeltern der Person: J=Ja für jüdisch; N=Nein für nicht jüdisch, Abkürzung aus den Ergänzungskarten der Volkszählung (1939)

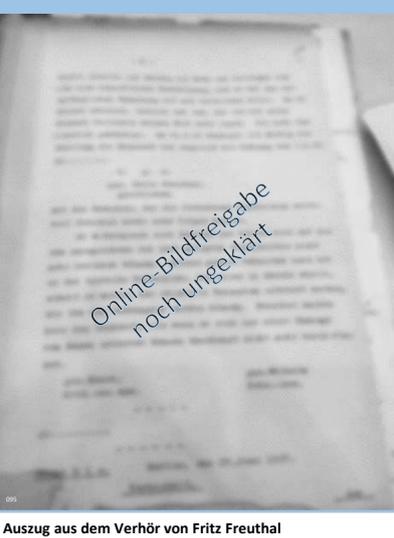


Foto der Apotheke in Spandau

Justiz im Willkür-Staat

Hitler verfolgte im Rahmen seiner Herrschaftssicherung das Prinzip der Gleichschaltung von Volk und Staat: das bedeutet die Kontrolle aller politischen Instanzen und deren Gleichsetzung auf einer ideologischen Ebene. Neben politischen Parteien und anderen Organisationen wurde ebenfalls die Justiz gleichgeschaltet. Diese Gleichschaltung der Justiz wurde vor allem durch die oftmals konservative Einstellung der Richter und anderer im Justizwesen Tätige begünstigt. Im NS-Regime wurde keine neue Rechtsordnung installiert, sondern die bestehende Rechtsordnung im Rahmen des „Normen und Maßnahmenstaats“ grenzenlos ausgehöhlt, so Ernst Fraenkel in seiner „Doppelstaatentheorie“ (1940/41). „Normen“, die den Nationalsozialisten von Nutzen waren, wurden beibehalten, „Maßnahmen“ veränderten die bestehenden Gesetze willkürlich. Das vorherrschende Legalitätsprinzip wurde durch eine ideologische Prägung ersetzt. In diesem Zusammenhang, wurde besonders die Strafjustiz indoktriniert, um Entscheidungen möglichst im Sinne der „Volksgemeinschaft“ (= der „arische Teil“ der Bevölkerung unter Ausgrenzung „minderwertiger Rassen“) zu fällen. Neben politischen Gegnern litten Juden unter dieser Justiz, sie waren den willkürlichen Urteilen und der antisemitischen Ausrichtung der meisten Justizbeamten ausgeliefert. Nach Veröffentlichung der „Nürnberger Gesetze“ wurden bis 1940 allein wegen „Rassenschande“ 1.911 Personen rechtskräftig verurteilt, darunter auch Fritz Freuthal.

Gerichtsprozess



Auszug aus dem Verhör von Fritz Freuthal Abbruch und antisemitisches Vokabular



Beurteilung des Gerichts der Widersprüche in den Aussagen von Auguste Baldig

Fritz Freuthal, Eigentümer der „Kronen-Apotheke“ in Berlin Spandau, wurde 1937 in Berlin als Jude angeklagt, eine weibliche, „arische Frau“ unter 45 Jahren im Haushalt beschäftigt zu haben. Dieses beinhaltet einen Verstoß gegen § 3, Absatz 3 des „Gesetzes zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ vom September 1935. Beschuldigt wurde Fritz Freuthal von Auguste Baldig, Auguste Baldig, 1901 geboren, d.h. zu dem Zeitpunkt 34 Jahre alt, sowie ihr Mann arbeiteten für den „Juden Fritz Freuthal“.

Der Prozess gegen Fritz Freuthal begann im April 1937 mit dem Verhör Baldigs: Auguste Baldig, Handelshilfsarbeiterin, war bis Dezember 1935 stundenweise als Haushaltshilfe bei dem Angeklagten beschäftigt worden. Nach dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze 1936 wurde Baldig, ihren Angaben nach, im Frühjahr vom Angeklagten dazu beauftragt, in seiner Wohnung Hausarbeiten zu verrichten, woraufhin sie an „2 oder 3 Tagen [...] Hausarbeiten verrichtete“. Entscheidend für diese Zeit sind allerdings nicht die Angaben Baldigs zur damaligen Situation, sondern das von ihr selbst gezogene Fazit, in welchem sie Freuthal als „jüdische[n] Ausbeuter“ und „gerissen“ darstellte. Am 22. und 25. Juni 1937 stellte auch Freuthal seine Ansichten dar, die sich in vielen Punkten von denen Baldigs unterschieden.

Das Verhör Freuthals wurde abgebrochen, da dieser sich laut dem Gericht selbst widersprach und sich scheinbar nicht für die ihm vorgelegten Taten zur Verantwortung ziehen lassen wollte. Dieses ist allerdings eine Behauptung seitens der Verhörenden, da keine Widersprüche zu erkennen sind. Laut dem Gericht entspreche sein „Verhalten dem eines „Talmudjuden“, welcher alles in Abrede stelle, sobald objektive Tatsachen erörtert werden, die ihm zum Verhängnis werden können.“ Er mache außerdem den Eindruck, als könne er sich „aus einer Unmenge der Namen arischer Frauen [...] nicht mehr [zurechtfinden].“ Nach Weiterführung des Verhörs, drei Tage später, wurde deutlich, dass Auguste Baldig nach Inkrafttreten des „Blutschutzgesetzes“ nicht im Haushalt beschäftigt wurde, da sie nur das Nachtdienstzimmer der Apotheke säuberte, welches aber nicht zum Haushalt Freuthals gehörte.

Die Hauptverhandlung fand am 2. Juli 1938 statt. Die Tat wurde auf folgendes festgelegt: Baldig heizte im Frühjahr 1936 die Öfen, dann nach dem Umzug Margartes nach Schönwalde, bereitete sie Essen zu, servierte dieses auf einem Klaviersessel und wusch ab. All das ist durch die Nürnberger Gesetze verboten. Freuthal gab an, von den angegebenen Tätigkeiten nichts zu wissen, bezeichnete die Aussage als un wahr und führte sie auf „Rachsucht und Gehässigkeit“ Baldigs zurück. Das Gericht folgte aber dieser Ansicht nicht. Schon vor der Hauptverhandlung wurde angedeutet, dass Freuthal „durch die Aussage [...] Baldig[s] überführt“ wurde, dieses ohne in der Verhandlung darzulegen, beweist die Diskriminierung schon im Verhör. Außerdem änderte Baldig ihre Aussagen. So gab sie in ihren Aussagen von 1937 an, mehrmals mit dem Ofenheizen beschäftigt gewesen zu sein, gab in der Hauptverhandlung von 1938 allerdings an, sich „genau nur [an] das einmalige Ofenheizen [erinnern] zu können.“ Auch berichtete sie, dass es sich statt um einen Tisch nur um einen Klaviersessel handelte. Trotz der von ihr widerlegten eigenen Aussagen wurde Baldig Glauben geschenkt und davon ausgegangen, dass sie sich der Bedeutung ihrer Aussagen bewusst sei. Trotzdem hielt das Gericht die Aussagen nicht für falsch und äußerte sogar, dass kein Hinweis auf einen Meineid (ein Eid, bei dem jmd. vorsätzlich etwas Unwahres schwört) vorlag. Stattdessen lobte das Gericht eher die Einschränkung ihrer Aussage und unterstützte sie demnach.

Bewertung des Prozesses

Die Verhandlung zeigt besonders das politische Ziel der Nationalsozialisten: die Entrechtung der Juden in allen Lebensbereichen. Es verdeutlicht zudem, dass der Angeklagte keine Chance auf eine rechtsstaatliche Verhandlung hatte.

Zu 40 Tagen Gefängnis verurteilt wurde, beweist die menschenverachtende und rassistische Logik des Urteils.

Die antisemitischen und rassistischen Einstellungen der Klägerin, Verhörenden sowie des Gerichts spiegeln deutlich die damalige Mentalität wider. Das antisemitische verwendete Vokabular sowie die offensichtlichen Widersprüche in den Aussagen Baldigs stellen sie als eher unglaubwürdig dar. Das Gericht beachtete dies aber in keiner Weise, was die Verankerung des nationalsozialistischen Denkens im Justizwesen belegt. Dagegen widerspricht einem Rechtsstaat, in welchem die Gerichte unabhängig sind und dadurch einer staatlichen Willkür vorgebeugt werden soll. Genau diese Art von Willkür ist hier allerdings zu erkennen.

Bildquellen

- 090 Arolsen Archives: Nr. 5890142 – Fritz Freuthal, unter: <https://collections.arolsen-archives.org/G/SIMS/01010503/1216/53607276/001.jpg> - 10.04.2021
- 091 Arolsen Archives: Nr. 5890143 – Fritz Freuthal, unter: <https://collections.arolsen-archives.org/G/SIMS/01010503/1216/53607277/001.jpg> - 10.04.2021
- 092 Sammelakte Fritz Freuthal mit Urteil u.a., 1983, Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-02, Nr: 114544
- 093 Privates Foto (Anne Voß)
- 094 Sammelakte Fritz Freuthal u.a., Landesarchiv Berlin, B Rep. 025-05, Nr: 166/49
- 095 Sammelakte Fritz Freuthal mit Urteil u.a., Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-02, Nr: 114544
- 096 Sammelakte Fritz Freuthal mit Urteil u.a., Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-02, Nr: 114544

Textquellen

- Sammelakte Fritz Freuthal mit Urteil u.a., 1983, Landesarchiv Berlin, A Rep. 358-02, Nr. 114544
- Sammelakte Fritz Freuthal u.a., Landesarchiv Berlin, B Rep. 025-06, Nr. 3060/55
- Sammelakte Fritz Freuthal u.a., Landesarchiv Berlin, B Rep. 025-05, Nr.166/49
- Sammelakte Fritz Freuthal u.a., Landesarchiv Berlin, B Rep. 025-05, Nr. 163/49
- Sammelakte Spandauer Apotheke u.a., Landesarchiv Berlin, B Rep. 012, Nr. 687-688
- Brandenburgisches Landesarchiv (BLH) Rep. 401, VdN, Nr. 5671
- Berke, Hanns: der Fall des Juden Ritter. In: Kirsten, Holm u. Wulf (Hrsg.): Stimmen aus Buchenwald, Göttingen 2002
- http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF_Lehrveranstaltung%202008_2009/13_Nuernberger_Gesetze.pdf - 10.04.2021
- <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung-und-verfolgung/nuernberger-gesetze-1935.html> - 10.04.2021
- https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0007_nue&l=de - 10.04.2021
- https://docupedia.de/zg/Fraenkel_Der_Doppelstaat - 10.04.2021

Familie Lewin in Wildenbruch

Bianca Lewin und Sonja Schein

Die Jüdin Bianca Schein wurde am 22. Oktober 1889 in Schildberg in Polen geboren. In Kattowitz heiratete sie einen Juden namens Lewin. Am 24. August 1915 kam ihr Sohn Paul Lewin zur Welt. Die Familie zog 1915 wahrscheinlich zunächst nach Berlin. Davon geht Christa Weber in ihrer Recherche aus. Der Gedenkstein, der für Bianca Lewin und ihre Familie in Wildenbruch errichtet wurde, nennt für das Jahr 1915 bereits Wildenbruch als deren Lebensort. Folgt man der Annahme von Christa Wolf, so ist könnte die Familie seit ca. 1926 in Wildenbruch in der Potsdamer Straße 16 gewohnt haben (heute Potsdamer Allee 26).

Schon bevor Bianca Lewin nach Wildenbruch zog, war ihr Ehemann verstorben. Nach seinem Tod fand sie einen neuen Partner. Er hieß Franz Pluskotta und war kein Jude. Dies geht aus der sog. Ergänzungskarte der Volkszählung im Mai 1939 hervor: Ihre gemeinsame Tochter Sonja Schein wurde dort entsprechend der Einordnung der „Nürnberger Rassengesetze“ als „Halbjüdin“ verzeichnet. Sonja Schein wurde am 20.07.1925 in Berlin geboren. Nach dem Tod ihres Vaters Franz Pluskotta lebten Sonja Lewin und Bianca Schein zu zweit in Wildenbruch, denn Sohn Paul Lewin zog nach Berlin. Das genaue Datum ist allerdings nicht bekannt.

Bianca Lewin und Sonja Schein überlebten den Holocaust. Grund dafür war, dass sie unter dem Schutz der Dorfbewohner von Wildenbruch standen. Sie gaben Bianca Lewin Arbeit, damit sie Geld verdienen konnte. Da sie als Jüdin weniger Lebensmittelkarten bekam, wurden ihr im Lebensmittelladen von Frau Block oft zusätzliche Lebensmittel zugesteckt. Selbst ihr Nachbar, Herr Vogt, der Ortsgruppenführer der NSDAP war, meldete Bianca Lewin und ihre Tochter nicht. Auch andere Bewohner von Wildenbruch hätten sie verraten können und die kleine Familie wäre entdeckt worden. Doch für die Wildenbrucher war sie einfach „eine von uns“. Bianca Lewin wohnte bis zu ihrem Tod am 29. Juli 1952 in ihrem Haus in Wildenbruch.



Gedenkstein für Bianca Lewin

Nach dem Krieg wurde Bianca Lewin als „Opfer des Faschismus“ anerkannt. Der Wildenbrucher Heimatverein sorgte dafür, dass ein Gedenkstein auf dem Friedhof am Feldweg in Wildenbruch zu Ehren von Bianca Lewin aufgestellt wurde. So wird ihre Grabstelle in Zukunft erhalten bleiben.

Sonja Seiffert, geb. Schein

Im Kindesalter verlief die geistliche Entwicklung bei Sonja Schein langsamer als üblich. In Folge einer Infektionskrankheit kam bei ihr eine Sprachstörung dazu. Da sie von anderen deshalb schwer zu verstehen war, verzögerte sich ihre Entwicklung. Sie besuchte die Dorfschule in Wildenbruch bis zum 14. Lebensjahr, kam aber über die 4. Klasse nicht hinaus.

1933 wurde vom NS-Staat das sogenannte „Erbgesundheitsgesetz“ erlassen. Sonja Schein musste aufgrund dieses Gesetzes eine Zwangssterilisation erliden. Wegen einer leichten Behinderung wurde sie schon in jungen Jahren zwangssterilisiert.

Als Sonja Schein später Herrn Seiffert heiratete, kaufte dieser das Haus ihrer Mutter in Wildenbruch. Nach dem Tod ihres Ehemannes, lebte sie noch eine Weile allein in dem Haus und wurde dabei von Dorfbewohnern unterstützt. Später zog Sonja Seiffert, geb. Schein in das Seniorenheim „Wachtelwinkel“ in Werder.

Paul, Herta und Judis Lewin

St.Nr.	Name	Vorname	geb. am	Ort	Beruf	rel.	Sta.	Während	Eintritt	Abreise	Bemerkungen	
671	Lewy	Paul	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	26	42	1939	31.08.1943	2025
672	Lewy	Herta	21.10.1889	Schildberg	Polen		24	27	42	1939	31.08.1943	2025
673	Lewy	Judis	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	28	42	1939	31.08.1943	2025
674	Lewy	Sonja	20.07.1925	Berlin	Polen		24	28	42	1939	31.08.1943	2025
675	Lewy	Bianca	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	29	42	1939	31.08.1943	2025
676	Lewy	Paul	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	30	42	1939	31.08.1943	2025
677	Lewy	Sonja	20.07.1925	Berlin	Polen		24	31	42	1939	31.08.1943	2025
678	Lewy	Bianca	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	32	42	1939	31.08.1943	2025
679	Lewy	Paul	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	33	42	1939	31.08.1943	2025
680	Lewy	Sonja	20.07.1925	Berlin	Polen		24	34	42	1939	31.08.1943	2025
681	Lewy	Bianca	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	35	42	1939	31.08.1943	2025
682	Lewy	Paul	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	36	42	1939	31.08.1943	2025
683	Lewy	Sonja	20.07.1925	Berlin	Polen		24	37	42	1939	31.08.1943	2025
684	Lewy	Bianca	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	38	42	1939	31.08.1943	2025
685	Lewy	Paul	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	39	42	1939	31.08.1943	2025
686	Lewy	Sonja	20.07.1925	Berlin	Polen		24	40	42	1939	31.08.1943	2025
687	Lewy	Bianca	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	41	42	1939	31.08.1943	2025
688	Lewy	Paul	22.10.1889	Schildberg	Polen		24	42	42	1939	31.08.1943	2025

Deportationsliste vom 30. Osttransport am 26. Februar 1943

Paul Lewin war der Sohn von Bianca Lewin. Er heiratete Herta Markus. Beide wurden nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ als „Volljuden“ eingestuft.

Paul Lewin wurde in Chorzow/ Königshütten in Polen geboren. Es ist nicht bekannt, seit wann er mit seiner Ehefrau Herta Lewin in Berlin lebte. Auf der Ergänzungskarte der Volkszählung 1939 wurde als ihr Wohnort „Kurfürstendamm Nr. 140“ angegeben. Am 17. Oktober 1941 kam ihre Tochter Judis Lewin zur Welt.

Paul und Herta Lewin wurden mit ihrer nur eininhalb Jahre alten Tochter Judis am 26. Februar 1943 von Berlin aus nach Auschwitz deportiert. Auf der Deportationsliste wird als ihr letzter Wohnort „An der Stechbahn“ in Berlin festgehalten. Paul Lewin, Herta Lewin und Judis Lewin sind im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz umgekommen.

Zwangsterilisation wegen „Erbgesundheitsgesetz“

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ (auch „Erbgesundheitsgesetz“) trat am 14. Juli 1933 in Kraft und legte die Sterilisation von Menschen mit einer Behinderung fest. Das Gesetz war Ausdruck der rassistischen und menschenverachtenden Ideologie des Nationalsozialismus. Es sollte „verhindern, dass Erbkrankheiten weiter gegeben werden“.

Die NS-Propaganda erweckte auf Plakaten den Eindruck, „minderwertige Menschen“ würden sich stark vermehren. Über erbliche Krankheiten gab es kaum Kenntnisse. So wurden zum Beispiel Blindheit, Taubheit oder körperliche Missbildungen als Erbkrankheiten betrachtet.

Auch wer als „geistig zurückgeblieben“ oder als „Schwächling“ galt, wurde zu „erbnützlich“ erklärt. Ebenso wurde bei „sozialen Abweichungen“ davon ausgegangen, sie seien genetisch bedingt und vererbbar. Zu dieser Personengruppe wurden Bettler, Landstreicher, Prostituierte und Homosexuelle gezählt. Bei ihnen, den sog. „Asozialen“ wurde als Grund der Sterilisation „angeborener Schwachsinn“ angegeben. Bei rund 50 Prozent der sterilisierten Personen war dies der offiziell bescheinigte Grund.

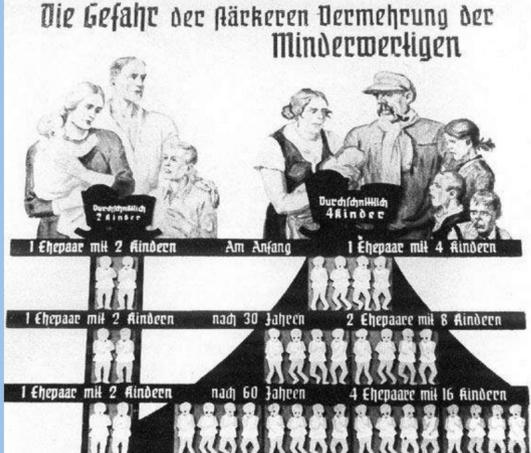
Das Gesetz legte in § 2 fest, dass die „erbkrankte Person“ oder deren gesetzlicher Vertreter den Antrag auf Sterilisation stellen konnten. Daneben war dies auch einem beamteten Arzt und dem Leiter einer Pflegeanstalt möglich.

Nur wenige Menschen haben selbst einen Antrag gestellt. Im Jahre 1934 waren es 12% der Antragsteller, 1935 waren es 6%. Das bedeutet: ca. 90% der Anträge auf Sterilisation wurden von Ärzten oder Anstaltsleitern gestellt.

In § 12 wird deutlich, dass die Menschen gezwungen werden konnten, sterilisiert zu werden. Wurde ein vom Arzt oder Anstaltsleiter gestellter Antrag auf Sterilisation gerichtlich beschlossen, konnte die Person, die sterilisiert werden sollte, nichts dagegen unternehmen.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden ungefähr 300.000 bis 400.000 Menschen sterilisiert. Bei diesen Eingriffen wie auch bei erzwungenen Abtreibungen sind ca. 5000 bis 6000 Frauen und 600 Männer gestorben. Die Eingriffe wurden oft nachlässig durchgeführt. Ein erhöhtes Sterberisiko war von den Ärzten von Anfang an einkalkuliert.

Propagandaplakate zur „Vermehrung der Minderwertigen“ aus der Zeit des Nationalsozialismus:



„Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 (Erbgesundheitsgesetz)“

§ 1 „(1) Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, dass seine Nachkommen an schweren körperlichen und geistigen Erbschäden leiden werden.“

§ 2 „(1) Antragsberechtigt ist derjenige, der unfruchtbar gemacht werden soll. Ist dieser geschäftsunfähig oder wegen Geistesschwäche entmündigt oder hat er das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist der gesetzliche Vertreter antragsberechtigt.“

§ 3 „Die Unfruchtbarmachung können auch beantragen:
1. der beamtete Arzt,
2. für die Insassen einer Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt oder einer Strafanstalt der Anstaltsleiter.“

§ 12 „(1) Hat das Gericht die Unfruchtbarmachung endgültig beschlossen, so ist sie auch gegen den Willen des Unfruchtbarzumachenden auszuführen, sofern nicht dieser allein den Antrag gestellt hat. Der beamtete Arzt hat bei der Polizeibehörde die erforderlichen Maßnahmen zu beantragen. Soweit andere Maßnahmen nicht ausreichen, ist die Anwendung unmittelbaren Zwanges zulässig.“

(zitiert nach: <https://www.euthanasiegeschaeftigte-zwangsterilisierte.de/themen/gesetz-zur-verhuetung-erbkranken-nachwuchses-vom-14-juli-1933-erbgesundheitsgesetz/>)

„Ehegesundheitsgesetz“

Das „Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes“ (auch „Ehegesundheitsgesetz“) trat am 18. Oktober 1935 in Kraft. Es legte u.a. fest, dass Menschen „mit erblichen Krankheiten“ nicht mehr heiraten durften. Eine Ausnahme wurde für sterilisierte „erbkrankte“ Personen gemacht. Dies sollte Betroffene dazu bringen, eine Sterilisation vornehmen zu lassen.

Auch das sog. „Ehegesundheitsgesetz“ zeigte die Unmenschlichkeit der NS-Ideologie.

„Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes vom 18. Oktober 1935 (Ehegesundheitsgesetz)“

§ 1 „(1) Eine Ehe darf nicht geschlossen werden,
a) wenn einer der Verlobten an einer mit Entdeckungsfahr verbundenen Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teiles oder der Nachkommen befürchten lässt,
b) wenn einer der Verlobten entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
c) wenn einer der Verlobten, ohne entmündigt zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen lässt,
d) wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet.“

(2) Die Bestimmung des Absatzes 1 Buchstabe d steht der Eheschließung nicht entgegen, wenn der andere Verlobte unfruchtbar ist.“

(zitiert nach: <http://www.verfassungen.de/de33-45/ehegesundheits35.htm>)

Bildquellen

- 063 Privates Foto (Floriane Sievert)
- 064 <http://www.statistik-des-holocaust.de/OT30-31.jpg> - 10.04.2021
- 065 https://www.gagegeschichte.de/ns_zeit_gap_bilder/zwangsterilisation_nsgrafik_2.jpg - 10.04.2021
- 066 Gedenkportal Korbach/ Marion Lilienthal - <http://www.gedenkportal-korbach.de/images/zwangsterilisation2.jpg> - 10.04.2021

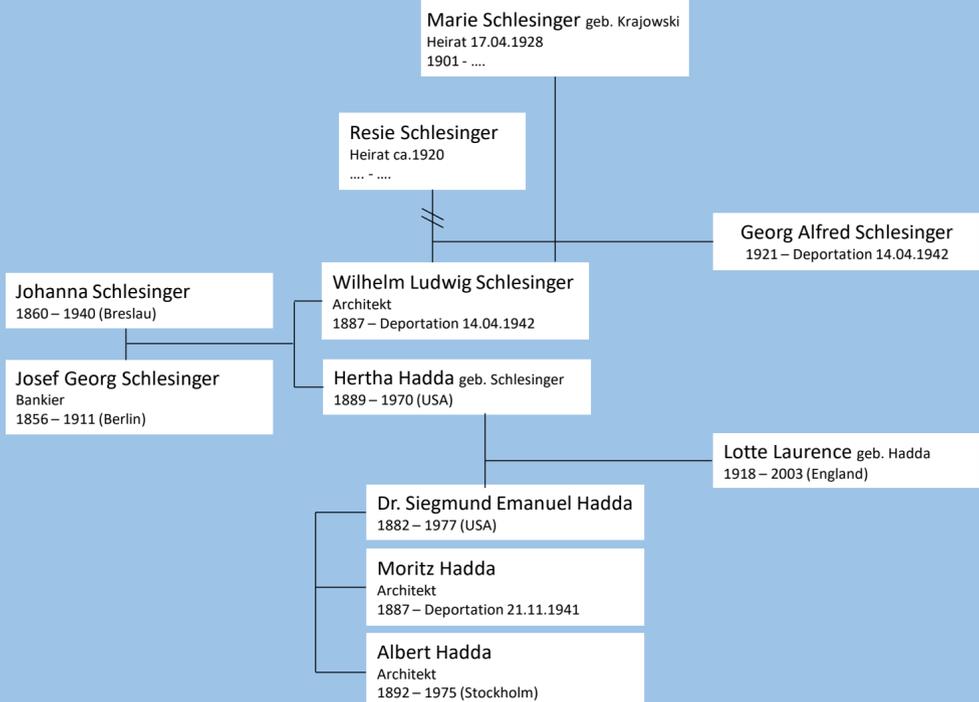
Textquellen

- Weber, Christa: Geborgen in der Dorfgemeinschaft. Die Jüdin Bianca Lewin in Wildenbruch unter der Vernichtung entging. Unveröffentlichtes Manuskript, 2000
- Scharsach, Hans-Henning: Die Ärzte der Nazis. Wien, 2000
- Vellguth, Klaus: Aktion T4 – Mord mit System. Nationalsozialismus, 2014
- Georg, Uta: Behinderung, Krankheit und Euthanasie im Nationalsozialismus. Zwangssterilisation, unter: <https://www.inklusion-als-menschenrecht.de/nationalsozialismus/materialien/behinderung-krankheit-und-euthanasie-im-nationalsozialismus/euthanasie-zwangsterilisationen/> - 10.04.2021
- Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (Hrsg.): Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933 (Erbgesundheitsgesetz), unter: <https://www.euthanasiegeschaeftigte-zwangsterilisierte.de/themen/gesetz-zur-verhuetung-erbkranken-nachwuchses-vom-14-juli-1933-erbgesundheitsgesetz/> - 10.04.2021
- Verfassungen.de (Hrsg.): Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz), unter: <http://www.verfassungen.de/de33-45/ehegesundheits35.htm> - 10.04.2021
- Steglich, Jens: Wie Wildenbruch in dunklen Zeiten eine Jüdin errettete. In: In: Die Juden in Wildenbruch 1910-2018, unter: <https://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Michendorf/Wie-Wildenbruch-in-dunklen-Zeiten-eine-Juedin-schuetzte> - 10.04.2021

Familie Schlesinger

Jüdische Architekten zur Zeit des Nationalsozialismus

Familienbaum Schlesinger und Hadda



Familie Schlesinger

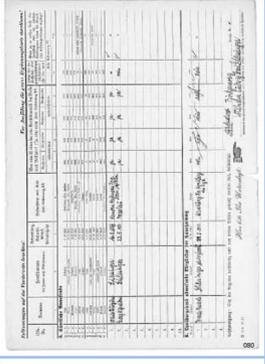
Wilhelm Ludwig Schlesinger war ein jüdischer Architekt. Er stammte ursprünglich aus Breslau. Im Breslauer Adressbuch von 1927 findet sich der Eintrag: Architekturbüro, Raumkunst, Kunstgewerbe „Hadda & Schlesinger“ in der Viktoriastraße 115. Der erste schriftliche Eintrag über seinen Wohnsitz in Wilhelmshorst findet sich im Adressbuch von Wilhelmshorst aus den Jahren 1936/37. Bis kurz vor seiner Deportation im Jahr 1942 lebte er mit seinem Sohn im Birkenweg. Wilhelm Ludwig Schlesinger und sein Sohn Georg Alfred Schlesinger wurden Opfer des Holocaust. Die Gemeinde Michendorf hat beschlossen, Stolpersteine zu verlegen, um ihrer zu gedenken.



Grabstätte Familie Schlesinger in Breslau



Bürogebäude Agnesstr. 2 in Breslau, das von den Architekten Hadda & Schlesinger entworfen wurde.



Ergänzungskarte der Volkszählung am 17. Mai 1939 – ausgefüllt von Wilhelm Ludwig Schlesinger

Wilhelm Ludwig Schlesinger wurde am 16. November 1887 in Kempen geboren. Sein Vater war Bankier. Nach dessen Tod war Wilhelm Ludwig Schlesinger durch das väterliche Erbe finanziell abgesichert - so schätzte es zumindest später seine Nichte, Lotte Laurence geb. Hadda, in ihren unveröffentlichten Memoiren ein. Sie erinnerte sich an ihren Onkel als einen gutaussehenden und sympathischen Mann, den sie sehr gemocht hat.

Beruflich war er als Architekt in Breslau tätig. Gemeinsam mit Moritz Hadda, einem renommierten Architekten der Zeit, entwarf er Gebäude im Stil der Moderne. Erhalten ist heute noch das von beiden gestaltete Bürogebäude in Breslau in der Agnesstraße 2.

Auch familiär waren beide verbunden: Hertha Schlesinger heiratete Dr. Siegmund Hadda. Wann genau das gemeinsame Architekturbüro aufgegeben wurde, ist nicht bekannt. Dass Wilhelm Ludwig Schlesinger spätestens 1928 in Berlin wohnte, lässt sich schriftlich durch die Heiratsurkunde mit seiner zweiten Ehefrau, Marie Krajowski, belegen.

In Breslau wurde zuvor am 23. Mai 1921 sein Sohn Georg Alfred Schlesinger geboren. Mit seiner Mutter Resie Schlesinger war Wilhelm Ludwig Schlesinger in erster Ehe verheiratet gewesen.

Als Architekt war er Mitglied im Deutschen Werkbund (Vereinigung von Künstlern, Architekten u.a. der modernen Funktionalität). Mit der Gründung der Reichskammer 1933 trieben die Nationalsozialisten die Gleichschaltung von Kultur und Gesellschaft voran. Jeder in der Kunst beruflich Tätige musste einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Reichskammer stellen. Auch Wilhelm Ludwig Schlesinger stellte als Architekt diesen Antrag an die Reichskammer für Bildende Künste. Da er nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ als „Volljude“ galt, wurde sein Antrag abgelehnt und er konnte nicht mehr offiziell als Architekt arbeiten.

Irgendwann in dieser Zeit zog Wilhelm Ludwig Schlesinger zusammen mit seiner zweiten Ehefrau und seinem Sohn nach Wilhelmshorst in den Birkenweg. Auf der sog. Ergänzungskarte der Volkszählung vom 17. Mai 1939 werden sie gemeinsam als in einem Haushalt lebend gelistet, auch wenn Marie Krajowski dort unter „Vorübergehend abwesende Mitglieder der Haushaltung“ eingetragen wurde.

Am 8. Februar 1940 wurde die Ehe geschieden. Marie Krajowski zog daraufhin nach Berlin. Hintergründe der Scheidung sind nicht bekannt. Oft erlebten Ehepaare in sog. „Mischehen“, dass sie zur Scheidung gedrängt wurden. Lotte Laurence erinnerte sich, dass Marie Krajowski zum Judentum übergetreten war und sich fürsorglich um Georg Alfred Schlesinger kümmerte. Auch auf der Ergänzungskarte der Volkszählung findet sich ein Hinweis für einen möglichen Übertritt zum Judentum: In roter Farbe ist dort die Angabe zur „Rasse der Großeltern“ von Marie Krajowski überschrieben mit „Ja“, d.h. jüdisch. Allerdings wurde in Akten, die den Vorgang des späteren Verkaufes des Hauses im Birkenweg dokumentieren, ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Marie Krajowski „arisch“ sei.

Vor der Deportation war jeder Jude dazu gezwungen, eine Vermögenserklärung abzugeben. Aus der von Wilhelm Ludwig Schlesinger und seinem Sohn geht hervor, dass beide 1942 als Maschinen-/Kunststoffarbeiter bei „Rüger & Malon“ in Berlin arbeiten mussten. Es handelte sich dabei vermutlich um Zwangsarbeit. Zu diesem Zeitpunkt wohnten Vater und Sohn in einer Dachstube bei Wilhelm Rockholtz im Hubertusweg/An der Aue in Wilhelmshorst zur Untermiete. Das Haus im Birkenweg musste verkauft werden. Die Verkaufssumme kam auf staatliche Sperrkonten bzw. wurde vom NS-Staat eingezogen.

Am 14. April 1942 wurden Wilhelm Ludwig Schlesinger und Georg Alfred Schlesinger ins Warschauer Ghetto deportiert und sind dort umgekommen.

Verkauf des Hauses in Wilhelmshorst

Mit der „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“ vom Dezember 1938 wurde Juden auferlegt, u.a. ihren Grundbesitz zu verkaufen. Der NS-Staat ordnete die „Arisierung“ an. Es wurden von staatlichen Stellen Listen angelegt, die die Grundstücke jüdischer Eigentümer:innen aufführten. Die Liste des Kreises Zauch-Belzig nennt auch das Wohngrundstück von Wilhelm Ludwig Schlesinger mit einer Größe von 2.280 qm.

Die Umsetzung der „Arisierung“ wurde über mehrere Jahre hin betrieben. Wilhelm Ludwig Schlesinger und seine geschiedene Frau Marie Krajowski verkauften als gemeinsame Eigentümer am 4. Februar 1942 Haus und Grundstück im Birkenweg an die Witwe Erika Schwaiger geb. Hollmann für 23.000 Reichsmark. Die Übergabe von Haus und Grundstück wurde auf den 1. April 1942 festgelegt.

In der Vermögenserklärung vom 12. April 1942 wurde entsprechend als Wohnort von Wilhelm Ludwig Schlesinger und seinem Sohn nicht mehr der Birkenweg, sondern eine Dachstube im Hubertusweg angegeben. Zwei Tage später wurden beide deportiert. Mit der Deportation „verfiel“ der Anteil des Hausverkaufs von Wilhelm Ludwig Schlesinger „dem Reich“, d.h. das Vermögen wurde von den NS-Behörden beschlagnahmt.

Die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung des Kaufvertrages durch den Landrat wurde erst im März 1943 erteilt. Ausdrücklich wurde hier erlaubt, den Anteil der Kaufsumme an Marie Krajowski auszuzahlen. Dass die Käuferin im April 1943 bereits im Birkenweg wohnte, ist schriftlich belegt.



Birkenweg 4, Wilhelmshorst – heute

Jüdische Architekten



Einfamilienhausentwurf – Moritz Hadda für Werkbund-Ausstellung in Breslau 1929



Das Haus heute in der Werkbundsiedlung: ul. Zielonego Dębu 19, Wrocław

Vor 1933 lebten und wirkten mehr als 450 jüdische Architekten in Deutschland. Die deutliche Mehrheit von ihnen stammte aus Berlin. Die Technische Hochschule Charlottenburg in Berlin war Hauptstudienort für viele von ihnen.

Myra Warhaftig stellt 500 Biographien deutscher jüdischer Architekten vor und nach 1930 dar und beschreibt deren Schicksale: Mindestens 146 jüdische Architekten verließen nach der Machtübernahme Hitlers Deutschland, 175 jüdische Architekten gelang die Flucht, 84 wurden deportiert und ermordet und 18 jüdische Architekten starben oder begangen Selbstmord.

In der Weimarer Republik war Deutschland zu einem Zentrum für einen neuen und modernen Architektur- und Baustil geworden. Auch der Werkbund orientierte sich in diese Richtung. Der Werkbund führte 1929 in Breslau eine Bauausstellung zum Thema „Zeitgemäß Wohnen“ durch. Moritz Hadda beteiligte sich mit einem Entwurf. Das von ihm entworfene Gebäude befindet sich noch heute in Breslau.

Hingewiesen wurde oben bereits auf das im funktionalen und modernen Stil erbaute Bürogebäude des gemeinsamen Architekturbüros „Hadda & Schlesinger“. Durch Einkerbungen in der Fassade an den Fenstern wurde ein sehr guter Lichteinfall gewährleistet.

Selbstverständlich verfolgten jüdische Architekten in den 20er/30er Jahren nicht nur *einen* gemeinsamen Baustil. In der Verflechtung sind nicht *sinnvoll*. Dennoch lässt sich mit Myra Warhaftig feststellen: „Bei der Betrachtung der vorliegenden Zusammenfassung der Bauwerke deutscher jüdischer Architekten ist auffällig, dass sich die Mehrheit der Architekten der modernen Bewegung verpflichtet fühlte und ihre Bauten im Sinn des Neuen Bauens errichtete.“ (s.32) Sie schufen damit bleibende Werte. Dem NS-Regime galt diese Art des Bauens als „entartete Kunst“.

Bildquellen

- 078 Tomasz Gąsior - Praca własna, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=46856829> – 10.04.2021
- 079 Volens nolens kraplak - Praca własna, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=39192359> – 10.04.2021
- 080 Bundesarchiv, R 1509 Reichssippenamt, Ergänzungskarte der Volkszählung vom 17. Mai 1939 (R_1509_KARTE1_Haushalt_Schlesinger_2.jpg)
- 081 Privates Foto (Julius Matthesius)
- 082 Fotoarchiv des Kunstgeschichtlichen Seminars der Universität Hamburg: Architekt Moritz Hadda, Werkbund-Ausstellung Wohnung und Werkraum 1929 in Breslau
- 083 Volens nolens kraplak - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=38942941> – 10.04.2021

Textquellen

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 36A Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg (II) Nr. 34055 Warhaftig, Myra: Deutsche jüdische Architekten vor und nach 1933 - Das Lexikon: 500 Biographien, Berlin 2005
- Kolodziejczyk, Aleksandra: Hadda Moritz. Virtuelles Shtetl, unter: <https://sztetl.org.pl/de/biogramen/6078-hadda-moritz> – 10.04.2021
- Jüdische Allgemeine: Gibt es jüdische Architektur?, unter: <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/gibt-es-juedische-architektur/> – 10.04.2021
- Adressbuch Breslau 1927, unter: <https://www.verfassungen.de/de33-45/kulturwroc.pl/dlibra/publication/9272/edition/8354/content> – 10.04.2021
- <http://www.verfassungen.de/de33-45/kulturwroc.pl/dlibra/publication/9272/edition/8354/content> – 10.04.2021
- <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=dra&datum=19380004&seite=00001709&zoom=2> – 10.04.2021

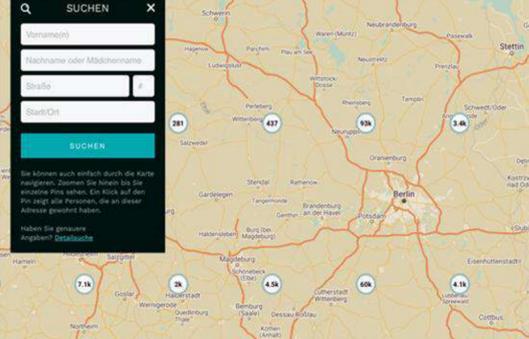
Karl Regensburger

Eine Spur in Wilhelmshorst

Auf unserer Spurensuche nach jüdischen Bürger:innen nutzten wir die Recherche-Plattform Mapping the Lives. Unter dem Suchbegriff „Wilhelmshorst“ taucht dort der Name von Karl Regensburger auf. Unsere weitere Recherche ergab, dass Karl Regensburger nicht dauerhaft in Wilhelmshorst lebte, sondern dort Verwandte hatte.

Mapping the Lives nutzt als eine ihrer Hauptdatenquellen Angaben der sogenannten Ergänzungskarten der Volkszählung vom 17. Mai 1939. Zum Zeitpunkt der Volkszählung war Karl Regensburger zu Besuch in Wilhelmshorst bei dort ansässigen Verwandten – der Familie Zschege.

Durch die „Nürnberger Rassengesetze“ als „jüdischer Mischling 1. Grades“ eingestuft, wurde Karl Regensburger ausgegrenzt, diskriminiert, beruflich eingeschränkt und im Arbeitslager Sitzendorf inhaftiert. An das Unrecht, das er und seine Familie während des NS-Regimes erleiden musste, soll hier erinnert werden.



Suchmaske von Mapping the Lives

Angaben zu Familie Regensburger

Auf Mapping the lives sind unter der Adresse „An der Trift, Wilhelmshorst“ aufgeführt: Karl Regensburger (* 21.04.1905) und sein Sohn Helmut Regensburger (* 23.07.1935).

Nach Auskunft von Helmut Regensburger hielt sich seine Mutter Hellen Regensburger geb. Zschege zum Zeitpunkt der Volkszählung am 17. Mai 1939 in einer Lungenheilstätte auf. Sein Bruder Martin Regensburger (geb. 14. Oktober 1933) war deshalb zeitweise bei seiner Patentante in Berlin untergebracht. Karl und Helmut Regensburger waren damals zu Gast im Haus der Familie Zschege. Marie Zschege (1882-1947) und Adolf Zschege (1873-1941) waren die Schwiegereltern von Karl Regensburger.

Mapping The Lives

Mapping the Lives ist eine interaktive Recherche-Plattform von Tracing The Past e.V., einem Berliner Verein, der 2014 von Roderick Miller und Partner:innen ins Leben gerufen wurde. Die gemeinnützige Organisation widmet sich der Erforschung und Erinnerung der in Europa Verfolgten von 1933 bis 1945.

Grundlage der Informationen sind Angaben aus der Volkszählung von 1939 mit mehr als 406.000 Einträgen. Sie wurden ergänzt durch Informationen aus der „Liste jüdischer Einwohner im Deutschen Reich 1933-1945“ des Bundesarchivs (sog. Residentenliste). Auf Mapping the Lives werden u.a. angegeben Ort und Datum der Emigration, Inhaftierung, Ausweisung und Deportation, das Sterbedatum, biographische Details wie Schulbildung oder die Herkunft der Großeltern und die Ausweisnummern jüdischer Kennkarten.

Das Ziel von Mapping the Lives ist „die zwischen 1933 und 1945 existierenden Wohngegenden in Europa auf Graswurzel-Ebene virtuell nachzubilden und dadurch jeden Bewohner und jede Bewohnerin Europas in einer Weise zu erreichen, wie es kein typisches Gedenkbuch mit einer Liste von Namen jemals könnte: Mapping the Lives gibt den Opfern des NS-Regimes einen physischen Ort zurück, eine „Heimstatt“, da für viele verfolgte Europäer eine Adresse oder ein Straßennamen die letzte verbleibende Spur ihrer Existenz darstellt.“

(<https://tracingthepast.org/mapping-the-lives/>)

Ergänzungskarten „für Angaben über Abstammung und Vorbildung“

Wurde in der Volkszählung von 1933 noch allgemein nach der Religionszugehörigkeit gefragt, änderte sich 1939 die Befragung in deutlich rassistischer Weise. Entsprechend der „Nürnberger Rassengesetze“ wurde am 17. Mai 1939 ausschließlich nach „jüdischer Abstammung“ gefragt. Unter Androhung hoher Strafen bei Falschangaben war es für alle Haushalte, in denen sich Bewohner jüdischer Herkunft aufhielten, Pflicht, eine sog. Ergänzungskarte auszufüllen. Anzugeben waren auf dieser Karte Namen, Adressen, Geburtsdaten sowie Abstammung und Hochschulabschlüsse. Auch vorübergehend abwesende Mitglieder des Haushaltes mussten genannt werden. In die Spalte „War oder ist einer der vier Großeltern der Rasse nach Volljude“ musste jeweils „Ja oder Nein“ eingetragen werden. Sofern die Frage nach einem jüdischen Großeltern mit „Ja“ beantwortet wurde, gelangten diese Ergänzungskarten an das Reichssippenamt. Das Reichssippenamt war die Behörde, die für Abstammungsnachweise sowie für Familienforschung zuständig war.

In den Ergänzungskarten sind ca. 130.000 Haushalte verzeichnet, in denen mindestens eine Person als „jüdisch“ nach den „Nürnberger Rassegesetzen“ eingestuft worden war.

Die Auflistung von N. Zimmermann gibt einen Überblick über die Erhebung am 17. Mai 1939:

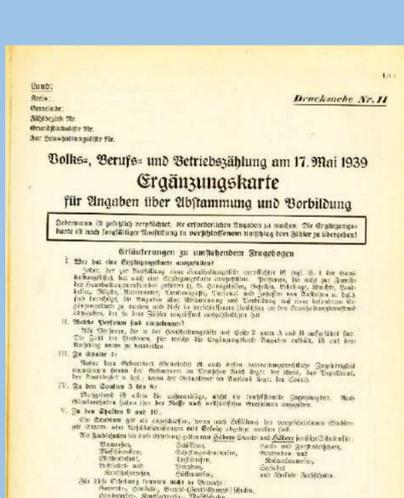
Abstammung nach der NS-Klassifikation	offizielles Ergebnis	überlieferte Ergänzungskarten
„Volljuden“	233.646	203.765
„Jüdische Mischlinge 1. Grades“	52.005	45.982
„Jüdische Mischlinge 2. Grades“	32.669	27.784
„Jüdische Abstammung“ GESAMT	318.320	277.531

(Quelle: https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeztze/aufsatz-zimmermann-ergaenzungskarten.pdf?__blob=publicationFile)

Heute werden die Ergänzungskarten im Bundesarchiv aufbewahrt. Sie sind eine Informationsquelle für Hinterbliebene, Wissenschaftler:innen und Familienhistoriker:innen.

Vor allem aber sind sie, wie Helmut Regensburger, Sohn von Karl Regensburger, in einer E-Mail schrieb: „*Ein erschreckender Baustein zur Vernichtung von Millionen von Menschen*“.

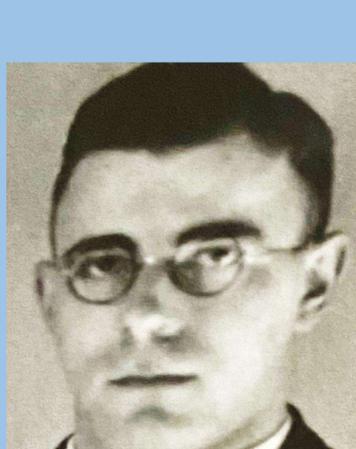
(Helmut Regensburger am 01.03.2020)



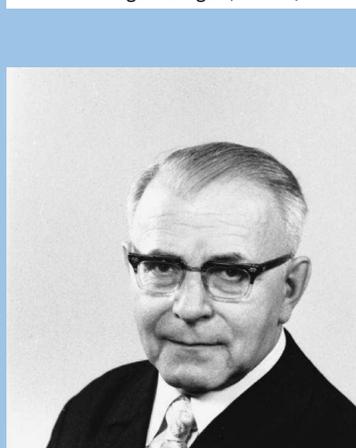
Formular „Ergänzungskarte“ (Volkszählung 1939)

Karl Regensburger (1905 – 1976)

- * 21. April 1905 in Freising/Oberbayern
Eltern: Dr. Paul Regensburger und Frieda geb. Kitzinger
- sein Vater war 1902 mit Taufe in Freising vom Judentum zum Christentum konvertiert
- 1911 wird Dr. Paul Regensburger Studiendirektor am Fürstin-Anna-Lyzeum in Wernigerode
- Karl Regensburger besucht in Wernigerode die Mittelschule und das humanistische Gymnasium
- 1924-1928 Studium der Evangelischen Theologie in Erlangen, Tübingen und Halle
- am 17. August 1930 in Magdeburg Ordination zum Pfarrer
- 1930 zunächst Hilfsprediger in Zschornegosda/Niederlausitz in der Provinz Brandenburg, ab 1933 dort Pfarrer, baut reges Gemeindeleben auf, nebenamtlich Jugendpfarrer des Kirchenkreises Elsterwerda
- am 28.11.1932 Heirat mit Hellen Zschege
- am 14.10.1933 Geburt des Sohnes Martin Regensburger
- 1933 erlässt das NS-Regime den „Arierparagraphen“: Beamte und Personen des öffentlichen Lebens werden per Gesetz gezwungen, einen sog. „Ariernachweis“ zu erbringen
- sein Vater, Dr. Paul Regensburger, wird 1933 in Wernigerode als rassistischen Gründen als Direktor amtsenthaben, er gilt als „Volljude“. Dr. Paul Regensburger ist Mitglied der Bekennenden Kirche.
- im Mai 1934 wird gegen Karl Regensburger Beschwerde wegen „*jüdischer Handlungsweise*“ bei der Kanzlei der DEK (= Vereinigung evangelischer Landeskirchen 1933-45) eingereicht, zunehmende Kampagne gegen ihn mit Behauptungen wie: „*Ein nicht arischer Pfarrer sei der Gemeinde nicht zuzumuten*“ (zitiert nach H. Ludwig, S. 286)
- 1935 Redeverbot für Karl Regensburger in der Provinz Brandenburg
- am 23.07.1935 Geburt des Sohnes Helmut Regensburger
- im Dezember 1935 wegen Redeverbots in Brandenburg Versetzung in die Nachbargemeinde Hirschfeld in Sachsen, leitet aktives Gemeindeleben
- 1941 Deportation von Helene, Martha und Regina Regensburger (Tanten von Karl Regensburger) nach Riga, dort ermordet
- 1941 Einberufung zur Wehrmacht
- am 19.06.1942 stirbt sein Vater an den Folgen mehrmaliger Verhaftungen und Misshandlungen durch die Gestapo
- im August 1943 mit der rassistischen Begründung „Halbjude“ aus Wehrmacht entlassen
- 1944 Verhaftung und Internierung im Zwangsarbeitslager Sitzendorf/Thüringen
- Ende März/Anfang April 1945 Fluchtversuch, versteckt in Hirschfeld
- nach Kriegsende 1945 Pfarrer in Hirschfeld, aktive Beteiligung am Wiederaufbau des Ortes, Hilfspolizist, Standesbeamter und zeitweise Leiter der Schule
- ab November 1950 Pfarrer in Plessa
- 1957 Pfarrer in Wandersleben bei Erfurt
- seit März 1971 im Ruhestand, Weiterbetreuung der Gemeinde in Wandersleben bis Mai 1972
- + 14. Dezember 1976 verstorben in Arnstadt



Karl Regensburger (undatiert)



Karl Regensburger um 1970

Bildquellen

- 005 <https://www.mappingthelives.org/> - 10.04.2021
- 006 Bestand R 1509 Reichssippenamt: VZ-Ergänzungskarte Faksimile blanko1. Seite-1 (Bundesarchiv)
- 007 Bestand R 1509 Reichssippenamt: VZ-Ergänzungskarte Faksimile blanko2. Seite-2 (Bundesarchiv)
- 008 Privates Foto (Helmut Regensburger)
- 009 Privates Foto (Helmut Regensburger)

Textquellen

- Ludwig, Hartmut/Röhm, Eberhardt u.a. (Hrsg.): Evangelisch getauft als „Juden“ verfolgt, Stuttgart 2014
- https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Publikationen/Aufsaeztze/aufsatz-zimmermann-ergaenzungskarten.pdf?__blob=publicationFile - 10.04.2021
- https://www.deutschlandfunkkultur.de/website-mapping-the-lives-juedisches-leben-im-gedaechtnis.1079.de.html?dram:article_id=490090 - 10.04.2021
- <https://www.mappingthelives.org/> - 10.04.2021
- <https://tracingthepast.org/mapping-the-lives/> - 10.04.2021
- <https://tracingthepast.org/die-volkszaehlung-von-1939/> - 10.04.2021
- <https://tracingthepast.org/uber-uns/> - 10.04.2021

Erinnern – Gedenken in Wernigerode: Programm vor 80 Jahren in Wernigerode. Als Christ getauft - als Jude verfolgt, unter:

<https://www.youtube.com/watch?v=xwEJLMFYy0> - 10.04.2021

Raus hier - Das Schicksal von Juden in Wernigerode während der NS-Zeit – u. a. Dr. Paul Regensburger, unter: <https://www.youtube.com/watch?v=eIRCrYw0YB4> - 10.04.2021

Rudolf Lisser aus Wilhelmshorst

Das Leben „jüdischer Mischlinge“ unter dem Nationalsozialismus

Lebensgeschichte

Rudolf Lisser wurde am 30. Januar 1921 in Berlin-Wilmersdorf als Sohn des Ingenieurs Ludwig Lisser und seiner Ehefrau Ida Klara, geb. Hindemith geboren. Sein Vater war der Religion nach jüdisch, seine Mutter christlich. Er selbst war getauft und wurde 1936 in der Kirchengemeinde Wilhelmshorst konfirmiert. Familie Lisser war wohnhaft in Wilmersdorf in der Wilhelmsaue 9. Rudolf Lisser besuchte zunächst die Babelsberger Volksschule und später die „Mittelschule am Hindenburgpark“ in Berlin-Wilmersdorf.

Im Jahr 1933 wurde seine Familie mit antisemitischen Maßnahmen der Nationalsozialisten konfrontiert. So schrieb Rudolf Lisser: „Da mein Vater Jude ist, wurden ihm starke Schwierigkeiten als Oberingenieur bei dem Elektrizitätswerk „Süd-West“ 1933 in den Weg gelegt“. Dies führte dazu, dass er und sein Vater nach Wilhelmshorst zogen. Warum seine Mutter nicht mit ihnen kam, erklärte Rudolf Lisser in dem folgenden Zitat: „Meiner Mutter als Kristin [Christin] war es nicht würdig genug mit einem Juden zusammen zu wohnen und so lebte sie in Berlin getrennt von ihm.“

Nachdem er seine Schulausbildung 1937 beendet hatte, begann er eine Lehre im Fach Elektromaschinenbau in Berlin-Schöneberg. Nach seiner dreijährigen Lehrzeit wurde er von der Wehrmacht zum Wehrdienst einberufen. Als Soldat kämpfte an der Ostfront in Russland und wurde kurz vor Moskau mit einem Kniegelenksdurchschuss verwundet. Am 3. August 1942 wurde er mit der Begründung aus dem Wehrdienst entlassen, dass er „Mischling 1. Grades“ sei. Zurück in seiner Heimat, nahm er seine Arbeit als Elektromaschinenbauer wieder auf.

Im Jahr 1944 verschärfte das NS-Regime die Maßnahmen gegen die sog. „jüdischen Mischlinge“. So wurde Rudolf Lisser am 6. November 1944 aus seinem Betrieb geholt. Er musste im „Sonderkommando J“ unter der „Organisation Todt“ Zwangsarbeit ableisten. Man brachte ihn zunächst zum Güterbahnhof Potsdam und noch am selben Tag in das Mischlingslager Zerbst/Anhalt. Das Lager lag in der Nähe eines Militärflugplatzes. Während seines Aufenthaltes im Mischlingslager Zerbst/Anhalt war er in den sogenannten „Elektrotrupp“ eingeteilt. Seine Aufgaben waren das Schleppen und Aufstellen von Elektromasten.

Anfang Mai 1945 wurde das Arbeitslager durch die Rote Armee befreit und Rudolf Lisser konnte am 12. Mai 1945 nach Wilhelmshorst zurückkehren. Dort erwartete ihn seine zukünftige Ehefrau, die er am 19. Mai 1945 heiratete. Aus den Quellen lässt sich der Name der Ehefrau nicht erschließen, jedoch kann man dem Brief Lissers entnehmen, dass sie die polnische Staatsangehörigkeit hatte und acht Tage zuvor aus einem Konzentrationslager entlassen worden war. Beide konnten zur Zeit des NS-Regimes nicht heiraten, weil sie polnische Staatsangehörige und er als „jüdischer Mischling“ eingestuft war.

Am 9. Januar 1946 verstarb sein Vater Ludwig Lisser. Als Todesgrund wird u.a. Unterernährung angegeben. Rudolf Lisser übernahm die Wohnung seines Vaters in Wilhelmshorst. Nach dem Krieg ging er zunächst keiner festen Tätigkeit nach. Er stellte im Juni 1946 an die Provinzverwaltung der Mark Brandenburg den Antrag, als „Opfer des Faschismus“ (OdF) anerkannt zu werden. Wie dieses Verfahren entschieden wurde, ist unbekannt, da sich seine Spur im Anschluss verliert.

Im Adressbuch von Wilhelmshorst aus dem Jahr 1949 findet sich noch der Eintrag „Lisser Rudolf Elektr.Masch.Bauer Eulenkamp“. Über seinen weiteren Lebensweg liegen keine Informationen vor.

Durch den Holocaust verlor Rudolf Lisser einen großen Teil seiner Angehörigen väterlicherseits. Er nennt in seinem Antrag auf Anerkennung als OdF seine Tanten Henni, Frida und Käthe: „Alle drei Tanten zuletzt Theresienstadt (keine Nachricht) höchstwahrscheinlich im KZ vergast“.

Nebenstehend handschriftlicher Lebenslauf von Rudolf Lisser vom 6. Juni 1946 Antrag auf Anerkennung als „Opfer des Faschismus“ (OdF).

Rudolf Lisser
Wilhelmshorst
Am 6. Juni 1946

Im Jahr 1921 geboren, besuchte die Volksschule in Babelsberg, die Mittelschule in Berlin-Wilmersdorf.

Mein Lebenslauf

Als ich am 30. I. 1921 in Berlin-Wilmersdorf geboren wurde, besuchte ich die Volksschule in Babelsberg, die Mittelschule in Berlin-Wilmersdorf. Im Jahr 1933 wurde ich als „Mischling 1. Grades“ eingestuft. Ich wurde aus dem Elektrizitätswerk „Süd-West“ entlassen und zog mit meinem Vater nach Wilhelmshorst. Meine Mutter lebte getrennt von uns in Berlin.

Nachdem ich meine Schulausbildung 1937 beendet hatte, begann ich eine Lehre im Fach Elektromaschinenbau in Berlin-Schöneberg. Nach meiner dreijährigen Lehrzeit wurde ich zum Wehrdienst einberufen. Als Soldat kämpfte ich an der Ostfront in Russland und wurde kurz vor Moskau verwundet. Am 3. August 1942 wurde ich aus dem Wehrdienst entlassen. Zurück in meiner Heimat, nahm ich meine Arbeit als Elektromaschinenbauer wieder auf.

Im Jahr 1944 wurde ich aus meinem Betrieb geholt und musste Zwangsarbeit leisten. Ich wurde in das Mischlingslager Zerbst/Anhalt gebracht. Dort wurde ich in den „Elektrotrupp“ eingeteilt. Meine Aufgabe war das Aufstellen von Elektromasten.

Anfang Mai 1945 wurde das Lager durch die Rote Armee befreit. Ich kehrte am 12. Mai 1945 nach Wilhelmshorst zurück. Dort erwartete mich meine zukünftige Ehefrau. Am 19. Mai 1945 heiratete ich sie.

Am 9. Januar 1946 verstarb mein Vater Ludwig Lisser. Ich übernahm die Wohnung meines Vaters in Wilhelmshorst.

Nach dem Krieg ging ich zunächst keiner festen Tätigkeit nach. Im Juni 1946 stellte ich einen Antrag auf Anerkennung als „Opfer des Faschismus“.

Wie dieses Verfahren entschieden wurde, ist mir unbekannt.

Meine Tanten Henni, Frida und Käthe wurden in Theresienstadt ermordet.

Ich bitte um Anerkennung als „Opfer des Faschismus“.

Rudolf Lisser

II.

Als ich am 30. I. 1921 in Berlin-Wilmersdorf geboren wurde, besuchte ich die Volksschule in Babelsberg, die Mittelschule in Berlin-Wilmersdorf. Im Jahr 1933 wurde ich als „Mischling 1. Grades“ eingestuft. Ich wurde aus dem Elektrizitätswerk „Süd-West“ entlassen und zog mit meinem Vater nach Wilhelmshorst. Meine Mutter lebte getrennt von uns in Berlin.

Nachdem ich meine Schulausbildung 1937 beendet hatte, begann ich eine Lehre im Fach Elektromaschinenbau in Berlin-Schöneberg. Nach meiner dreijährigen Lehrzeit wurde ich zum Wehrdienst einberufen. Als Soldat kämpfte ich an der Ostfront in Russland und wurde kurz vor Moskau verwundet. Am 3. August 1942 wurde ich aus dem Wehrdienst entlassen. Zurück in meiner Heimat, nahm ich meine Arbeit als Elektromaschinenbauer wieder auf.

Im Jahr 1944 wurde ich aus meinem Betrieb geholt und musste Zwangsarbeit leisten. Ich wurde in das Mischlingslager Zerbst/Anhalt gebracht. Dort wurde ich in den „Elektrotrupp“ eingeteilt. Meine Aufgabe war das Aufstellen von Elektromasten.

Anfang Mai 1945 wurde das Lager durch die Rote Armee befreit. Ich kehrte am 12. Mai 1945 nach Wilhelmshorst zurück. Dort erwartete mich meine zukünftige Ehefrau. Am 19. Mai 1945 heiratete ich sie.

Am 9. Januar 1946 verstarb mein Vater Ludwig Lisser. Ich übernahm die Wohnung meines Vaters in Wilhelmshorst.

Nach dem Krieg ging ich zunächst keiner festen Tätigkeit nach. Im Juni 1946 stellte ich einen Antrag auf Anerkennung als „Opfer des Faschismus“.

Wie dieses Verfahren entschieden wurde, ist mir unbekannt.

Meine Tanten Henni, Frida und Käthe wurden in Theresienstadt ermordet.

Ich bitte um Anerkennung als „Opfer des Faschismus“.

Rudolf Lisser

III.

Als ich am 30. I. 1921 in Berlin-Wilmersdorf geboren wurde, besuchte ich die Volksschule in Babelsberg, die Mittelschule in Berlin-Wilmersdorf. Im Jahr 1933 wurde ich als „Mischling 1. Grades“ eingestuft. Ich wurde aus dem Elektrizitätswerk „Süd-West“ entlassen und zog mit meinem Vater nach Wilhelmshorst. Meine Mutter lebte getrennt von uns in Berlin.

Nachdem ich meine Schulausbildung 1937 beendet hatte, begann ich eine Lehre im Fach Elektromaschinenbau in Berlin-Schöneberg. Nach meiner dreijährigen Lehrzeit wurde ich zum Wehrdienst einberufen. Als Soldat kämpfte ich an der Ostfront in Russland und wurde kurz vor Moskau verwundet. Am 3. August 1942 wurde ich aus dem Wehrdienst entlassen. Zurück in meiner Heimat, nahm ich meine Arbeit als Elektromaschinenbauer wieder auf.

Im Jahr 1944 wurde ich aus meinem Betrieb geholt und musste Zwangsarbeit leisten. Ich wurde in das Mischlingslager Zerbst/Anhalt gebracht. Dort wurde ich in den „Elektrotrupp“ eingeteilt. Meine Aufgabe war das Aufstellen von Elektromasten.

Anfang Mai 1945 wurde das Lager durch die Rote Armee befreit. Ich kehrte am 12. Mai 1945 nach Wilhelmshorst zurück. Dort erwartete mich meine zukünftige Ehefrau. Am 19. Mai 1945 heiratete ich sie.

Am 9. Januar 1946 verstarb mein Vater Ludwig Lisser. Ich übernahm die Wohnung meines Vaters in Wilhelmshorst.

Nach dem Krieg ging ich zunächst keiner festen Tätigkeit nach. Im Juni 1946 stellte ich einen Antrag auf Anerkennung als „Opfer des Faschismus“.

Wie dieses Verfahren entschieden wurde, ist mir unbekannt.

Meine Tanten Henni, Frida und Käthe wurden in Theresienstadt ermordet.

Ich bitte um Anerkennung als „Opfer des Faschismus“.

Rudolf Lisser

Zwangsarbeit in der Organisation Todt



Eingang des Zwangsarbeitslagers Zerbst/Anhalt

Kurt Kirschenrath
Wahleensee/Obb., Haus 749

Wahleensee, den 23. März 1946

An
International Tracing Service
A. P. O. Box 171
U.S. Army Germany

Dest.: Aktenschein 42
Zwangsarbeitslager Zerbst/Anhalt

Infolge meines Physikstudiums an der Universität München gelangte ich erst in der vergangenen Woche über das bayrische Hilfswerk in den besagten Truppenbereich vom 22. Febr. 1946.

Die mir in Ihrem Schreiben vorgelegten Fragen möchte ich wie folgt beantworten:

- Der Grund für die Einweisung in das Zwangsarbeitslager Zerbst/Anhalt war eine Verwundung, die mir durch eine Luftmine zugefügt wurde, die am 10. oder 11. April 1945 in der Nähe des Fliegerplatzes Zerbst/Anhalt durch einen amerikanischen Bomber auf die im See befindliche 3 km lange Startbahn des Fliegerplatzes statt, die damals teilweise fertiggestellt, den Starten und Landen deutscher Flugzeuge diente.
- Die Einweisung in das Lager Zerbst erfolgte laut Dienstverpflichtungsbefehl am 7. November 1944.
- Das Zwangsarbeitslager Zerbst/Anhalt war eine Ex-Kommandierung der „Organisation Todt“.
- Die Aufgaben des Zwangsarbeitslagers Zerbst/Anhalt waren die Vorbereitung der Vergrößerung des Fliegerplatzes in Zerbst/Anhalt, die militärische Bereinigung durch Einheiten der Luftwaffe.
- Am 10. oder 11. April 1945 fand ein grosser Tagesangriff amerikanischer Bomber auf die im See befindliche 3 km lange Startbahn des Fliegerplatzes statt, die damals teilweise fertiggestellt, den Starten und Landen deutscher Flugzeuge diente.
- Die Frage nach der Zahl der Toten und Verletzten entscheidet sich meiner Kenntnis. Einige polnische Häftlinge, die aus einem Zuchthaus in der Nähe von Posen nach dem kleinen Ort Stragath (5 km vom Fliegerplatz von Zerbst entfernt) gebracht worden waren, verloren bei dem Angriff ihr Leben.
- Die Frage nach der durchschnittlichen Zahl der Toten ist meiner Kenntnis nach nicht zu beantworten. Durch die schnelle Befreiung des Zwangsarbeitslagers Zerbst/Anhalt durch amerikanische Truppen ist keine genaue Zahl niemand angekommen.
- Die Gesamtstärke des Lagers betrug ca. 1000 Mann.
- Polnische Häftlinge waren nicht vorhanden.
- Das Lager für jüdische Mischlinge 1. Grades wurde am 7. November 1944 eröffnet. Geschlossen wurde es, als amerikanische Truppen die Stadt Zerbst/Anhalt erreichten, und der Fliegerplatz durch Luftangriffe und der Organisation Todt am 12. zum 13. April 1945 geräumt wurde. Die letzten Insassen waren Leute aus Berlin und Umgebung. Sie bewohnten sich demnach nach Berlin und in ihre Heimatorte.
- Die Häftlinge waren:
- Für die Arbeiten mussten die Insassen selbst die notwendige Kleidung mitbringen, wie aus der Anleitung zur Dienstverpflichtung hervorgeht.

Beschreibung des Zwangsarbeitslagers durch einen Inhaftierten

Nach der Entlassung aus dem Wehrdienst im August 1942 mit der Begründung „Mischling 1. Grades“ nahm Rudolf Lisser zunächst seine Beschäftigung als Elektromaschinenbauer wieder auf. Zwei Jahre später, am 6. November 1944, wurde er aus seinem Betrieb geholt und musste im „Sonderkommando J“, einer Abteilung der Organisation Todt, Zwangsarbeit leisten. Die Organisation Todt wurde im Jahr 1938 gegründet und war dafür zuständig, Infrastruktur für den Krieg zu schaffen. Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter mussten unter menschenunwürdigen Bedingungen Bauten errichten. Ab Ende März 1944 zog man erstmals „jüdische Mischlinge“ in die Organisation Todt zum Arbeitsdienst ein. Zahlreiche der sog. „kriegswichtigen Betriebe“ beschwerten sich infolgedessen über den Einzug ihrer Arbeiter.

Rudolf Lisser wurde ins Zwangsarbeitslager Zerbst/Anhalt gebracht, welches neben einem Militärflugplatz der Luftwaffe gelegen war. Aus dem Fragebogen für die Opfer des Faschismus aus der Personenakte Rudolf Lissers geht hervor, dass er als Arbeiter im Elektrotrupp tätig war und Arbeiten wie das Schleppen und Aufstellen von Elektromasten verrichten musste. Akten des Arolsen Archives geben an, dass zirka 1.000 Personen aus Berlin und Umgebung im Lager als Zwangsarbeiter inhaftiert waren. Sie wurden durch US-Soldaten am 13. April 1945 befreit. Rudolf Lisser kehrte nach der Befreiung in seine Heimat nach Wilhelmshorst zurück.



Baracke des Zwangsarbeitslagers Zerbst/Anhalt zur Unterbringung der Inhaftierten

Diskriminierung „jüdischer Mischlinge“ im NS-Staat

Seit Inkrafttreten der „Nürnberger Gesetze“ 1935 versuchte die NSDAP, die einen harten Kurs in der „Mischlingsfrage“ verfolgte, immer wieder, ihre Interessen auf Verordnungs- und Gesetzswegen durchzusetzen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Ministerialbürokratie und Partei, die schon seit dem Erstellungsprozess der „Nürnberger Gesetze“ mit seinen Verordnungen existierte, setzte sich in anderen Verwaltungsprozessen fort.

Verbot von „Mischehen“

Der NS-Staat begann, sogenannte „Mischehen“ einzuschränken und letztendlich ganz zu verbieten. Als „Mischehe“ wurde eine Ehe bezeichnet, die zwischen - nach den Nürnberger Rassengesetzen eingestuft - „Ariern“ und „Volljuden“ bzw. „jüdischen Mischlingen“ geschlossen wurde. Meist wurde starker Druck auf den nichtjüdischen weiblichen Teil der Ehe ausgeübt. Dem jüdischen Ehemann drohte Inhaftierung – es sei denn der Ehepartner entschied sich für eine sog. „Zwangsscheidung“. In diesem Fall wurde die Strafe fallen gelassen. Kinder aus geschiedenen „Mischehen“ wurde nur von diskriminierenden Maßnahmen der Nürnberger Gesetze verschont, wenn sie getrennt vom jüdischen Elternteil aufwuchsen und nach nationalsozialistischen Verständnis „nichtjüdisch“ erzogen wurden. Wenn Paare weiter in der „Mischehe“ verblieben, musste sie bis zum Ende der NS-Diktatur befürchten, in den „Vernichtungsapparat der Endlösung“ zu gelangen.

Bildungsdiskriminierung

Ein weiterer wichtiger Bereich des sozialen Lebens, in dem „jüdische Mischlinge“ Diskriminierung und letztendlichen Ausschluss erfuhren, war die Bildung. Im Jahr 1937 war es „jüdischen Mischlingen“ zunächst noch möglich zu wählen, ob sie eine staatliche, private oder jüdische Schule besuchten. Es wurden ihnen jedoch Steine in den Weg gelegt: Man musste für den Abschluss der Oberschule ein Praktikum absolvieren. Jedoch waren die Praktikumsplätze aufgrund ihrer Abstammung für „Mischlinge“ stark begrenzt. Ab November 1938 mussten „jüdische Mischlinge“ jüdische Schulen besuchen. 1939 wurde die bis dahin bestehende Alternative, auf eine Privatschule zu gehen, ebenfalls verboten. Ende 1942 kamen Hauptschulen und weiterführende Schulen hinzu. Im Verlauf des Krieges wurden durch Luftangriffe zahlreiche Schulen zerstört. Unterricht in den unzerstörten Schulen sowie Privatunterricht waren die einzige Möglichkeit, Bildung fortzusetzen. Vor allem Schulbehörden versuchten, dies jedoch für „jüdische Mischlinge“ zu verhindern.

Einschränkung der Erwerbsmöglichkeiten

Während man im öffentlichen Dienst vehement versuchte, die „jüdischen Mischlinge“ aus ihren Stellen zu entheben, wollte man die Erwerbsmöglichkeiten für „jüdische Mischlinge“ in der freien Wirtschaft anfangs nicht einschränken. In der NS-Verordnung betonte man zunächst die Gleichberechtigung der „jüdischen Mischlinge“ mit den Praktikanten der freien Wirtschaft. Aufzeichnungen eines Interfervenverbandes jedoch, dass „jüdische Mischlinge“ bereits seit dem Frühsommer 1935 Einschränkungen in einigen Berufen erfuhren. Zudem konnte ein Arbeitgeber einen „jüdischen Mischling“ entlassen, wenn er dies mit einer weltanschaulichen Begründung rechtfertigte. In den Folgejahren wurde es daher zunehmend schwerer, als „jüdischer Mischling“ eine Beschäftigung zu bekommen. Zusätzlich wurde es ihnen ab 1939 verboten, in der Rüstungsindustrie tätig zu sein. Als die „arischen“ Beschäftigten in diesem Bereich 1942 zum Kriegsdienst einbezogen wurden, herrschte eine akute Arbeitskräftemangel. So war die Rüstungsindustrie für „jüdischen Mischlinge“ als Arbeitskräfte angewiesen. Diese waren im selben Jahr aus der Wehrmacht entlassen worden und daher von der Verpflichtung zum Wehrdienst ausgeschlossen.

Über die Ausbildungsstellen für „jüdische Mischlinge“ im handwerklichen und gewerblichen Bereich entschieden Sacharbeiter des Arbeitsamtes. Die Bewerber:innen waren der Willkür der Sacharbeiter:innen ausgesetzt. Im technischen Bereich wurde den „jüdischen Mischlingen 1. Grades“ der Zugang zur Ausbildung und Studium verweigert.

Bildquellen

- 131 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam VdN - 1139
- 104 Förderverein „Mahn- und Gedenkstätte Walpersberg“ e.V., Sitz Kahla, unter: <https://ol.wittich.de/pic/00000000000024265090-OL-1693-2020-49-24-0-olinfo-0-10.04.2021>
- 130 Arolsen Archives: Nr. 87767546 - Zerbst, unter: https://collections.arolsen-archives.org/H/ITS_import_june_2011/21/01010007/aa/af/lt/001.jpg - 10.04.2021
- 105 Privates Foto (Förderverein „Mahn- und Gedenkstätte Walpersberg“ e.V., Sitz Kahla)

Textquellen

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 401 Bezirkstag und Rat des Bezirkes Potsdam VdN - 1139
- Adressbuch 1949, Stadtarchiv Potsdam BB/1949 S. 906
- Meyer, Beate: „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung. Studien zu jüdischen Geschichte. Band 6, Hamburg 1999
- Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Band 2. Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986
- Noakes, Jeremy: Wohin gehören die „Judenmischlinge“?. Die Entstehung der Durchführungsgesetze zu den Nürnberger Gesetzen. In: Büttner, Ursula (Hrsg.): Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Band 2. Verfolgung – Exil – Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986
- <https://ol.wittich.de/titel/1693/ausgabe/24/2020/artikel/00000000000024265090-OL-1693-2020-49-24-0-10.04.2021>

Familie Keck aus Wilhelmshorst

Zur Familie Keck aus Wilhelmshorst gehörten Wilhelm Theodor Keck, seine Ehefrau Else Johanna Keck und die Töchter Ingeborg und Christa Keck.

Wilhelm Keck, oft kurz Willy genannt, wurde am 29. Mai 1893 in Reistring-Wilhelmshaven geboren. Else Keck, geb. Gersten, wurde am 11. Oktober 1894 in Berlin-Mitte in der Amalienstraße 20 geboren. Ingeborg Gertrud Keck wurde am 23. September 1921 in Berlin Wilmersdorf geboren. Ihre Schwester Christa Helga Keck wurde am 13. Januar 1928 in Potsdam geboren.

Die Familie zog im 1928 nach Wilhelmshorst in den Amselweg 1. 1928/29 eröffneten die beiden Kaufleute ihr Geschäft für Kolonialwaren, Feinkost und Spirituosen.

Vom März 1934 bis Ende 1935 wurde durch die Kecks ein Raum für eine Postagentur mit Telegrafienbetrieb zur Verfügung gestellt, bis diese schließlich im Nebengebäude des Restaurants Hammer unterkam.

Else Keck war nach den „Nürnberger Rassengesetzen“ von 1935 (siehe unten) eine sogenannte „Halbjüdin“ oder „Mischling 1. Grades“. Ihre beiden Töchter entsprechend „Mischlinge 2. Grades“. Das Ehepaar Keck war christlich. Aufgrund dessen wurden auch die beiden Töchter getauft. Christa Keck wurde 1928 getauft, Ingeborg Keck wurde im Jahr 1936 konfirmiert.

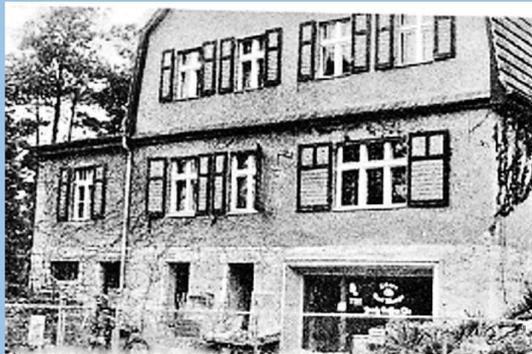
Wilhelm Keck selbst hatte sich im Ersten Weltkrieg als Soldat schwere Verletzungen zugezogen und litt als 50-prozentiger Kriegsinvalide unter Schmerzen und Krankheiten. Wie er selbst schrieb „dürfte [sein] Leben demnach ein Kurzes sein“ (BLHA, Rep. 2 A, I St Nr. 14298) 1936 schloss das Ehepaar ein notarielles Testament ab, in dem sie sich gegenseitig als Erben einsetzen. Das Erbe belief sich etwa 30.000 Reichsmark.

Die Familie wurde von einem schweren Schicksalsschlag getroffen, als sich Wilhelm Keck am 8. Juli 1940 das Leben nahm. Am 11. Juli 1940 wurde Wilhelm Keck auf dem Wilhelmshorster Friedhof beigesetzt.

Über den weiteren Lebensweg der Familie Keck ist nur wenig bekannt. Mit Sicherheit lässt sich sagen, dass Ingeborg Keck den Ingenieur Wilhelm Mittelmann aus Berlin Tegel im Jahr 1943 heiratete.

Es wird vermutet, dass Else Keck mit einer Tochter das Geschäft bis 1946/47 weiterführte und dann Wilhelmshorst Richtung West-Berlin verließ.

In dem Geschäft wurde eine Lebensmittelverkaufsstelle der Konsumgesellschaft eingerichtet. Aufgrund von Platzmangel wurde eine Erweiterung zur Straße hin vorgenommen. Nach der Wende 1990 stand das Haus mehrere Jahre leer, bis es den heutigen Eigentümer fand.



Kaufaden und Wohnhaus um 1930



Inserat im Wilhelmshorster Boten Juli 1932



Sterbeurkunde Wilhelm Keck



Ehemaliges Wohnhaus der Kecks mit Konsumladen 1982

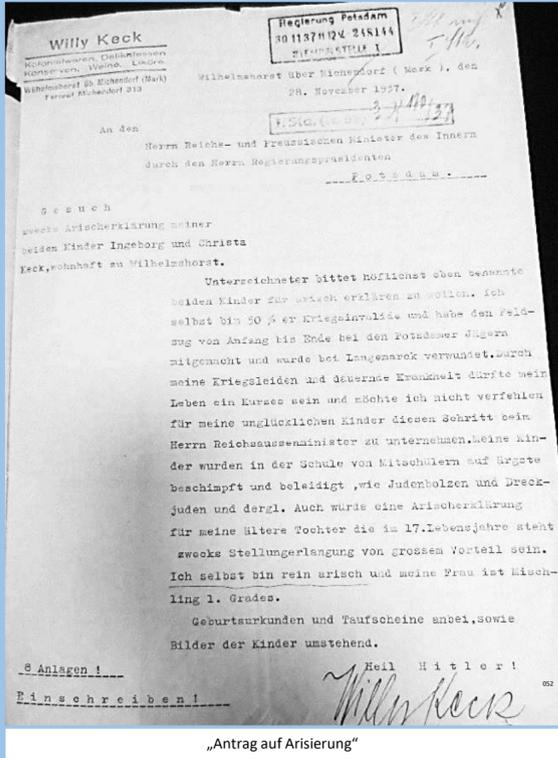
Wilhelm Kecks „Antrag auf Arisierung“ seiner Töchter

Die beiden Töchter Ingeborg und Christa Keck wurden in ihrem sozialen Umfeld wie auch in der Schule aufgrund ihrer jüdischen Wurzeln mit schweren Beschimpfungen und Beleidigungen konfrontiert. Deshalb stellte ihr Vater Wilhelm Keck am 28. November 1937 einen Antrag an den Reichsminister über den Regierungspräsidenten zur „Arisch-Erklärung“ seiner beiden Töchter.

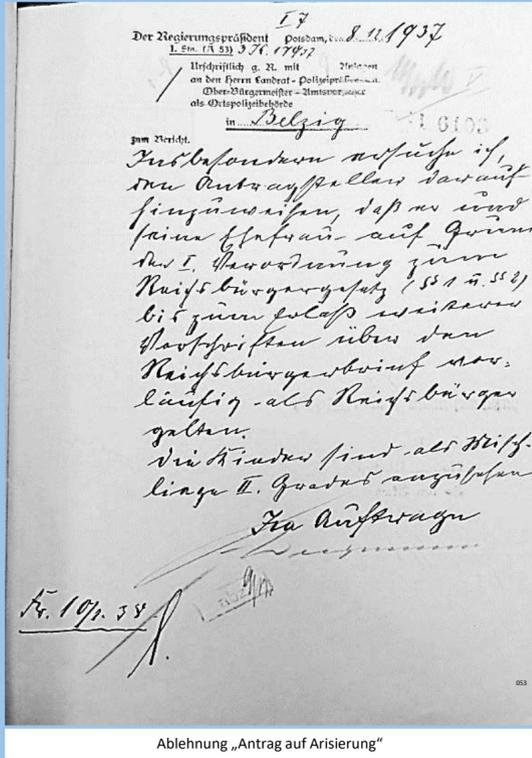
In diesem Antrag verweist Wilhelm Keck auf sein Mitwirken bei den Potsdamer Jägern, seine anschließende Kriegsinvalidität und deren Folgen. Er beschreibt, dass seine beiden Töchter von ihren Mitschülern mit Schimpfwörtern wie „Judenbolzen“ oder „Dreckjude“ aufs Ärgste beleidigt wurden. Um diese zu schützen, beantragt er, seine Töchter für „arisch“ zu erklären. Für seine ältere Tochter Ingeborg sei dies außerdem von Nöten, damit sie eine Anstellung finden könne. Geburtsurkunden, Taufscheine und Bilder der beiden Kinder legte er dem Antrag bei.

Am 8. Dezember 1937 antwortete der Regierungspräsident mit einem Schreiben an den Landrat in Belgig. Hierin wurde erklärt, dass das Ehepaar Keck vorläufig als Reichsbürger galt. Die Kinder galten jedoch weiterhin als „Mischling 2. Grades“.

Daraufhin, im Januar 1938, erklärt Wilhelm Keck in einer Verhandlung: „Ich habe davon Kenntnis genommen, dass wir, meine Frau und ich, bis zum Erlass weiterer Bestimmungen über den Reichsbürgerbrief als Reichsbürger und meine Kinder als Mischlinge 2. Grades gelten. Die bei den Akten befindlichen Urkunden einschl. der Photographien bitte ich mir zurückzugeben.“ (BLHA, Rep. 2 A, I St Nr. 14298).



„Antrag auf Arisierung“



Ablehnung „Antrag auf Arisierung“

Die Nürnberger Gesetze

Die Nürnberger Gesetze, auch Nürnberger Rassengesetze oder „Ariergesetze“ benannt, wurden am 15. September 1935 zum 7. Reichsparteitag der NSDAP einstimmig vom Reichstag beschlossen. Darin enthalten sind zu einem das „Reichsbürgergesetz“ und das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes“ („Blutschutzgesetz“). Zum Teil wird auch das „Reichsflaggengesetz“ mit dazu gezählt.

Mit den Nürnberger Gesetzen war die Grundlage für die systematische und gesetzlich legitimierte Ausgrenzung und Entrechtung der jüdischen Bürger:innen in Deutschland geschaffen.

Das „Reichsbürgergesetz“ schloss Juden von vornherein aus der Gemeinschaft der deutschen Staatsangehörigen aus. So hieß es in Paragraph 2: „Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutscher oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, dass er gewillt ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen.“

Das „Blutschutzgesetz“ soll die „Reinheit des deutschen Blutes bewahren“ und für den „Fortbestand des Deutschen Volkes“ sorgen. So wurden durch §1 „Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutscher oder artverwandten Blutes“ verboten. Der §2 untersagte den „außerehelichen Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutscher oder artverwandten Blutes“.

Des weiteren beinhaltete das Gesetz im §3, dass Juden keine weiblichen Staatsangehörige deutscher oder artverwandten Blutes unter 45 Jahren im Haushalt beschäftigen durften. Der §4 verbot das Hissen der Reichs- und Nationalflagge und das Zeigen der Reichsfarben für Juden.



Tafel der „Nürnberger Gesetze“

Außerdem wurde festgelegt, wer als „Deutschblütiger“, „Jude“, „Mischling 1. Grades“ und „Mischling 2. Grades“ eingestuft wurde:

Eine Person, die mindestens drei jüdische Großeltern besaß, galt als „Volljude“ beziehungsweise „Jude“.

Eine Person, die ein jüdisches Elternteil oder zwei jüdische Großeltern besaß, galt als „Mischling 1. Grades“ oder „Halbjude“.

Eine Person, die ein jüdisches Großeltern teil besaß, wurde als „Mischling 2. Grades“ oder „Vierteljude“ eingestuft.

Als Reichsbürger galten „die Staatsangehörigen deutscher oder artverwandten Blutes, die beim Inkrafttreten des Reichsbürgergesetzes das Reichstagswahlrecht“ besaßen.

Durch die Nürnberger Gesetze von 1935 wurden die jüdischen Bürger:innen eingeschränkt, ausgegrenzt und diskriminiert.

Die „Mischehe“ der Kecks

Die Nürnberger Gesetze stuften das Ehepaar Keck als „Mischehe“ ein. Else Keck galt als „Halbjüdin“, Wilhelm Keck als „arisch“. Ingeborg und Christa Keck wurden als „Vierteljuden“ eingestuft.

Wilhelm Keck „Antrag auf Arisierung“ war ein Versuch, seine Töchter von den Folgen der Nürnberger Rassengesetze zu befreien. Dieser Versuch wurde auch von anderen unternommen. Kaum ein Antrag wurde positiv bewilligt. Die Antragsteller waren den willkürlichen Entscheidungen der NS-Behörden und Machthaber ausgeliefert.

Else Keck war durch ihre Ehe mit Willi Keck in einem gewissen Umfang vor Verfolgung geschützt. Dies zeigt auch ihre Einstufung als Reichsbürgerin. Mit dem Tod von Wilhelm Keck war dieser gewisse Schutz infrage gestellt. Inwieweit die Familie mit Ausgrenzung und Diskriminierung im Alltag zu kämpfen hatte, lässt sich nur vermuten.

Bildquellen

- 048 Keck-Haus im Amselweg Anfang der 1930er Jahre (Verein Ortsgeschichte Wilhelmshorst)
- 049 Werbe-Inserat Kecks von 1932 (Verein Ortsgeschichte Wilhelmshorst)
- 050 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 5E Amtsgericht Potsdam Nr. 7008
- 051 Verkaufsstelle der Konsum-Genossenschaft 1982 im Amselweg (Verein Ortsgeschichte Wilhelmshorst)
- 052 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 2A Regierung Potsdam I St Nr. 14298
- 053 Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 2A Regierung Potsdam I St Nr. 14298
- 054 German Government („Entwurf/Entwurf Willi Hakenbeck“), " und " Stat; Holocaust Memorial Museum Collection, government agency apparently part of the Reichs- und Preußisches Ministerium des Innern) - United States Holocaust Memorial Museum Collection, Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=6720584> - 10.04.2021

Textquellen

- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 2A Regierung Potsdam I St Nr. 14298
- Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Rep. 5E Amtsgericht Potsdam Nr. 7008
- Kooper, Volker (Hrsg.): „Wer Jude ist, bestimme ich“. Ehrenratier im Nationalsozialismus, Köln/Weimar, Wien 2014
- Meyer, Beate (Hrsg.): „Jüdische Mischlinge“. Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg, 1999
- Paetau, Rainer (Hrsg.): 100 Jahre Wilhelmshorst (1907-2007). Eine Waldsiedlung vor den Toren der Hauptstadt, Wilhelmshorst 2007
- Weiß, Edda: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg 1933-1945, Berlin, 2003
- Steiner, John M. Steiner/Freiherr von Cornberg, Jobst: Willkür in der Willkür. Befreiung von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen, unter: https://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1998_2_1_steiner.pdf - 10.04.2021
- https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0007_nue&object=translation&l=de - 10.04.2021

Gertrud Feiertag

und das jüdische Kinder- und Landschulheim Caputh

Gertrud Feiertag



Gertrud Feiertag

Gertrud Feiertag wurde am 4. Juli 1890 in Berlin geboren und wuchs mit drei weiteren Geschwistern in einem jüdischen Elternhaus auf. Sie hatte schon in jungen Jahren das Bedürfnis, Menschen zu helfen, die in schwierigen und ärmlichen Verhältnissen leben mussten. Sie organisierte deshalb Sammelaktionen, um bedürftige Menschen mit Nahrung oder Kleidung zu versorgen. Nach dem frühen Tod ihrer Mutter kümmerte sie sich um den Haushalt und übernahm einen Teil der Arbeit ihres Vaters. Sie konnte dadurch ihrem Wunsch, Lehrerin zu werden, nicht nachgehen. So entschied sie sich, eine Ausbildung als Kindergärtnerin und Jugendleiterin am Pestalozzi-Fröbel-Haus zu beginnen und schloss diese erfolgreich ab. Berufliche Erfahrung sammelte sie in einem Kindererholungsheim auf Norderney, das sie über 10 Jahre leitete. Mit den Jahren entwickelte sich der Wunsch, ein eigenes Kinderheim zu gründen.

Das jüdische Kinder- und Landschulheim

Mit finanzieller Unterstützung ihres Bruders Kurt Feiertag kaufte sie in Caputh ein bebaut Grundstück. Nach dem Umbau des Hauses gründete sie am 1. Mai 1931 das jüdische Kinder- und Landschulheim. Zu Beginn lebten zwölf Kinder in dem Heim. Drei Jahre später stieg bis zur Schließung die Zahl von 40 auf etwa 80 bis 90 Kinder an. Kinder, die erzieherische Fürsorge benötigten oder von anderen Schulen aufgrund der Nürnberger Rassengesetze verstoßen wurden, fanden in diesem Heim ein Zuhause. Das pädagogische Konzept von Gertrud Feiertag war verglichen mit dem damaligen staatlichen Erziehungsansatz aus heutiger Sicht sehr fortschrittlich. Es gab einen detaillierten Lehrplan: Die Kinder wurden sowohl in naturwissenschaftlichen und gesellschaftlichen Fächern als auch in Sprachen wie Englisch, Französisch und Hebräisch unterrichtet. Alle Unterrichtsfächer wurden fachübergreifend und projektbezogen mit den Kindern behandelt, sodass sie Spaß am Lernen hatten. Auch Ruhepausen im Freien durften nicht fehlen. Die Kinder spielten draußen an der frischen Luft, machten Sport oder halfen bei der Gartenarbeit.



Unterricht im Kinder- und Landschulheim

Gertrud Feiertag selbst war sehr musikalisch. Auch in ihrem Kinder- und Landschulheim förderte sie die musikalische Entwicklung der Kinder. Es gab ein eigenes Orchester, sogar öffentliche Auftritte in Caputh waren geplant. Diese wurden von der Ortspolizei allerdings abgelehnt.



Musizieren im Kinder- und Landschulheim



Spielende Kinder des Landschulheims in Caputh



Die Küche im Kinder- und Landschulheim



Das Kinder- und Landschulheim in Caputh

Außerdem fanden Musik- und Theateraufführungen im Kinderheim statt. Die Kreativität der Kinder wurde auf vielfältige Weise gefördert. Der Schulleiter Dr. Friedmann schrieb für seine Schüler:innen Theaterstücke, die in Berlin aufgeführt wurden.

Mit sportlichem Training in der Schule wurden die Ausdauer und die körperliche Kraft der Kinder entwickelt. Durch die Lage des Kinder- und Landschulheims war Sport vor allem auch im Freien möglich. Die Kinder konnten schwimmen gehen oder mit heimeigenen Booten rudern. Auch nahmen sie an Wettkämpfen teil, die von anderen jüdischen Schulen veranstaltet wurden. Heini Ginsburg, ein ehemaliger Schüler des Caputher Landschulheims, schrieb 1939 seine Erinnerungen auf: „Als ich ins Heim kam, kam ich in die Klasse 4. Schuljahr. Dort lernten wir: Rechnen, Deutsch, Iwrit und Mondkunde. Der Unterricht im Heim gefällt mir sehr gut. Es war mehr eine Unterhaltung mit dem Lehrer, man konnte ganz frei alles sagen und fragen, was wir wollten, dadurch haben wir viel mehr gelernt.“ (Heini Ginsburg, o. S.) Über das Essen schrieb er: „Das Essen war sehr gut. Morgens gab es ein Brötchen mit Butterstullen und Kakao. [...] Freitag abd. gab es Fisch oder Eier in Senfsosse. Schabbat Mittag gab es meistens Gulasch oder anderes Fleisch.“ (Heini Ginsburg, o. S.)

Zerstörung des Kinder-/Landschulheims

Seit Bestehen des Landschulheims hatte es einige Male Angriffe auf die jüdischen Kinder oder das Heim gegeben: „Da flogen Steine durch die Fenster, da wurden die jüdischen Kinder auf ihrem Weg ins Haupthaus beschimpft oder gar verprügelt.“ (Carmen Hohlfeld, S. 57/58)

Am Morgen des 10. November 1938 wurde das jüdische Kinder- und Landschulheim im Zuge der Übergriffe der „Reichspogromnacht“ überfallen.

Heini Ginsburg hielt seine Erinnerungen fest: „Da schreit uns ein Kerl in Uniform zu: ‚Was wollt ihr hier, ihr habt hier nichts mehr zu suchen, macht, dass ihr von hier wegkommt‘ usw. Gleichzeitig hörten wir Scheibengeklirre im Haus.“ (o. S.) Einigen Kindern, die gerade frühstückten, wurde das Essen ins Gesicht geschüttet. Nur leicht bekleidet wurden sie in die Kälte hinausgejagt. Gertrud Feiertag wurde von den Angreifern als „Verrückte“ beschimpft und angeschrien, sie solle das Heim in fünf Minuten räumen. Die Kinder wurden in Gruppen eingeteilt und mussten zu Fuß oder mit Fahrrädern in Begleitung der Lehrkräfte und Erzieher:innen Caputh verlassen. Eine Gruppe fuhr mit dem Autobus. Heini Ginsburg konnte vom Bus aus im Vorbeifahren beobachten, was sich vor dem Heim abspielte: „Das ganze Dorf war auf dem Grundstück. [...] die Leute kamen uns entgegen [,] jeder mit einem Bündel Sachen unter dem Arm und es war ein furchtbarer Lärm.“ (o. S.)

An der Zerstörung und Plünderung waren neben Nationalsozialisten aus Caputh auch Lehrer der Dorfschule mit ihren Klassen beteiligt. Mit Äxten wurden Einrichtungsgegenstände, Unterrichtsräume und Ausstattung zerschlagen.

Gertrud Feiertag war mit einigen kranken Kindern nach Hermannswerder gefahren, um sie dort in Sicherheit zu bringen. Der Schulleiter Dr. Ising verteilte die Kinder in Gruppen auf Personen, die einen Wohnsitz in Berlin hatten und die Kinder zeitweise aufnehmen konnten.

Gertrud Feiertag nach der Schließung des Kinderheims

Nach dem 10. November 1938 fuhr Gertrud Feiertag noch einige Male nach Caputh, um persönliche Gegenstände der Kinder und Verwendbares zu sichern. Ende November bat sie in einem Schreiben an den Kreisschulrat von Zauch-Belzig um ein Gespräch über die Zukunft des Kinderheims. Dieses Gespräch kam nicht zustande. Im Februar 1939 – sie war zu diesem Zeitpunkt in der Hobrechtraße in Berlin-Halensee untergekommen – teilte sie dem Kreisschulrat mit, dass sie nicht mehr in der Lage sei, das jüdische Landschulheim Caputh wieder zu eröffnen. Gertrud Feiertag war bewusst, dass es für sie keine sichere Zukunft mehr in Deutschland gab. Trotz des Angebots, nach Schweden zu emigrieren, entschied sie sich für ein Bleiben. Sie kümmerte sich nach wie vor um die Kinder und versuchte, ein Übersiedeln des Heimes nach Holland möglich zu machen. Zudem übernahm sie in Berlin eine Tätigkeit in der Frauenabteilung des jüdischen Hilfvereins. Bis zuletzt blieb sie ihrer Einstellung treu und setzte sich für humanitäre Aufgaben ein.

Am 17. Mai 1942 wurde sie nach Auschwitz deportiert und ist dort umgekommen. Das genaue Todesdatum ist unbekannt.



Gertrud Feiertag schuf mit ihrem Kinder- und Landschulheim in Caputh einen Zufluchtsort für jüdische Kinder. Mit einem Stolperstein soll sie in Erinnerung bleiben. 1942 wurde Gertrud Feiertag nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

Bildquellen

113 Yael Bachrach-Barzilay, unter: <https://www.archiv-log.com/single-post/2017/11/08/caputh> - 10.04.2021
 114 Yael Bachrach-Barzilay, unter: https://www.stiftung-toleranz.de/wp-content/uploads/2018/05/CA_Neg_210-600x400.jpg - 10.04.2021
 115 Herbert Sonnenfeld, Hebräischunterricht im Landschulheim Caputh, Caputh bei Potsdam 1934; Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. FOT 88/500/172/023, Ankauf aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin
 116 Herbert Sonnenfeld, Der Lehrer Hans Eppstein mit seinen Schülern beim Musikunterricht im Landschulheim Caputh, Caputh bei Potsdam 1936; Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. FOT 88/500/134/010, Ankauf aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin
 117 Herbert Sonnenfeld, Kinder des Landschulheims Caputh spielen mit Booten an einem Brunnen, Caputh bei Potsdam 1934; Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. FOT 88/500/11/001, Ankauf aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin
 118 Herbert Sonnenfeld, Haushaltsschülerinnen und -angestellte bei der Küchenarbeit im Landschulheim Caputh, Caputh bei Potsdam 1936; Jüdisches Museum Berlin, Inv.-Nr. FOT 88/500/134/015, Ankauf aus Mitteln der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin
 119 Christian Michelides, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=79606803> - 10.04.2021

Textquellen

Ginsburg, Heini: Erinnerungen an das Landschulheim Caputh 1936-1938, Editing: Yael Bachrach-Barzilay
 Weiß, Edda: Die nationalsozialistische Judenverfolgung in der Provinz Brandenburg 1933-1945, Berlin, 2003
 Feidel-Mertz, Hildegard/Paetz, Andreas: Ein verlorenes Paradies. Das jüdische Kinder- und Landschulheim Caputh (1931 - 1938), Frankfurt am Main 1999
 Ziegenspeck, Prof. Dr. phil. Jörg W.: Zeitschrift für Erlebnispädagogik. Verlag Edition Erlebnispädagogik, Lüneburg, 2003
 Sammelband Archiv Schwielowsee – Dr. Friedrich-Karl Grütte. Caputh, 28.10.2005
 Frauenorte im Land Brandenburg, Gertrud Feiertag, unter: http://www.frauenorte-brandenburg.de/index.php?article_id=82 - 10.04.2021
 Lühns-T: Stolperstein für Gertrud Feiertag Hauptauschuss für Gedenkplatte in Caputh. In: PNN vom 05.12.2008, unter: <https://www.pnn.de/potsdam-friemark/stolperstein-fuer-gertrud-feiertag-hauptauschuss-fuer-gedenkplatte-in-caputh/22437216.html> - 10.04.2021

Der Opfer gedenken

Stolpersteine

Stolpersteine sind ein Kunstprojekt von Gunther Demnig, der mit der Verlegung von Gedenktafeln aus Messing an die Entrechtung, Vertreibung und Vernichtung der Juden, Sinti und Roma, politisch Verfolgter, der Homosexuellen, Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer durch den NS-Staat erinnern will.

Der erste Stolperstein wurde am 16. Dezember 1992 in Köln vor dem Rathaus verlegt. Dies geschah damals noch ohne Genehmigung und war illegal. Die ersten genehmigten Stolpersteine wurden am 19. Juli 1997 in Salzburg verlegt. Das „Projekt Stolpersteine“ wird seit 2015 offiziell von der „Stiftung Spuren“ organisiert und geführt.

Stolpersteine sind kleine quadratische Steine mit einer Messingplatte, die in Fußgängerwegen eingelassen sind. Versehen sind sie mit Namen, Lebensdaten sowie Deportations- und Todesdatum der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Sie sollen mahnen und dem Vergessen entgegen wirken. In der Regel werden sie vor dem letzten selbstgewählten Wohnort der verfolgten Personen verlegt. Durch die Konfrontation mit den Stolpersteinen vor Ort soll eine Auseinandersetzung im Alltag hervorgerufen werden und so immer wieder aufs Neue sensibilisiert werden, über die dunkle Geschichte der NS-Zeit nachzudenken.

Stolpersteine gelten als größtes dezentrales Mahnmahl der Welt: Über 75.000 Steine sind bisher in Deutschland und vielen anderen Ländern der Welt verlegt worden.



Gunter Demnig beim Verlegen von Stolpersteinen in Berlin

Stolpersteine in Michendorf und Wilhelmshorst

In Michendorf soll mit Stolpersteinen erinnert werden an Louis Lewin Scheidemann, seine Ehefrau Minna Scheidemann und deren Kinder Hans und Alfred Scheidemann sowie Hildegard Minner geb. Scheidemann. In Wilhelmshorst werden Stolpersteine verlegt für Wilhelm Ludwig Schlesinger und seinen Sohn Georg Alfred Schlesinger. Ihre Namen sollen nicht vergessen werden, denn – wie Gunter Demnig aus einer jüdischen Schrift zitiert: „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“

Gedenkstätten

Orte oder Einrichtungen, die mit Ereignissen der Geschichte in Verbindung bringen und an diese erinnern sollen, nennt man Gedenkstätten. Sie sind Teil der Erinnerungskultur. Eine der weltweit bekanntesten ist die Gedenkstätte Yad Vashem in Israel. Sie liegt auf dem Herzberg in Jerusalem und erinnert an die Verfolgung und Ermordung von Juden in der NS-Zeit.

Yad Vashem hat neben Orten des besonderen Gedenkens wie der „Halle der Erinnerung“ mit der niemals erlöschenden Flamme und der „Halle der Namen“, in der sich auf Gedenkblättern Namen und Bilder der Opfer befinden, auch ein Archiv und Forschungsinstitut.



Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Halle der Erinnerung: Gedenkzeremonie 2018 mit Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke, Schüler:innen der Ramon High School in Hod HaSharon (Israel) und des Wolkenberg-Gymnasiums Michendorf.



Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, Halle der Namen

Denkmäler

Auch wenn es unterschiedliche Definitionen für das Wort Denkmal gibt, lässt sich festhalten: Als ein Denkmal bezeichnet man ein Bauwerk oder Gebilde, das an Personen oder bestimmte Ereignisse erinnern soll. Bei vielen Denkmälern liegt deren Erhaltung im Interesse der Allgemeinheit.

Ein besonderes Denkmal ist das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Es ist die zentrale Holocaustgedenkstätte Deutschlands und befindet sich in Berlin-Mitte. Das Denkmal besteht aus dem Stelenfeld und dem unterirdisch angelegten Ort der Information.

Im Mai 2005 wurde das Denkmal eröffnet. Mit ihm soll die Erinnerung an die bis zu sechs Millionen ermordeten Juden Europas wachgehalten werden. Durch seine Größe will es auf das Ausmaß der Judenverfolgung hinweisen. Graue, streng angeordnete Stelen aus Beton sind Hauptmerkmal des begehbaren Denkmals, das von Peter Eisenmann entworfen wurde. Die Gestaltung bietet unterschiedliche Möglichkeiten der Interpretation. Peter Eisenmann selbst schreibt: „Das Ausmaß und der Maßstab des Holocaust machen jeden Versuch, ihn mit traditionellen Mitteln zu repräsentieren, unweigerlich zu einem aussichtslosen Unterfangen. Die Erinnerung an den Holocaust kann niemals Nostalgie sein.“

(zitiert nach <https://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/denkmal-fuer-die-ermordeten-juden-europas-mit-ausstellung-im-ort-der-information/>)

Museen

Museen unterscheiden sich von Gedenkstätten, weil sie Sammlungen aus erhaltenswerten Objekten ausstellen und der Öffentlichkeit zugänglich machen, ohne dabei explizit Formen des rituellen Gedenkens anzubieten. Wissenschaftliche Fachexpertise zeichnet sowohl die Qualität von Museen als auch von Gedenkstätten aus. Besucher:innen sollen die Möglichkeiten haben, sich weiterzubilden. Deshalb sollten folgende Funktionen erfüllt werden: Sammeln, Bewahren, Forschen, Ausstellen und Vermitteln.

Das Jüdische Museum in Berlin will ein lebendiger Ort des Dialogs und der Reflexion jüdischer Geschichte und Gegenwart in Deutschland sein. Es wurde am 9. September 2001 eröffnet und befindet sich in der Lindenstraße, Berlin. Im Jüdischen Museum wird die Verfolgung von Juden in der NS-Zeit thematisiert. Es finden sich daneben aber auch vielfältige Blicke jüdisches Leben und Kultur in Vergangenheit und Gegenwart.



Denkmal für die ermordeten Juden Europas, Berlin

Jüdische Friedhöfe



Jüdischer Friedhof, Potsdam

Jüdische Friedhöfe dienen wie Friedhöfe im Allgemeinen der Beisetzung von Verstorbenen und der Erinnerung an sie. Besonderes Kennzeichen von jüdischen Friedhöfen ist, dass die Grabstätten nicht eingeebnet werden: Die Totenruhe gilt als dauerhaft.

Meist sind die Gräber eng aneinander in gleichmäßigen Reihen angelegt und gestockt, d.h. sie sind in Richtung Jerusalem ausgerichtet. Es handelt sich dabei um Gräber für Erdbestattungen, denn diese sind in der jüdischen Religion vorgeschrieben.

In der Vergangenheit wurden Inschriften auf Grabsteinen ausschließlich auf Hebräisch verfasst. Seit dem 19. Jahrhundert wurden auch zweisprachige Grabinschriften häufiger. Die Inschriften bestehen aus den Namen der Verstorbenen und Angaben zu ihrer Person. Oft sind auch religiöse Sprüche oder Symbole auf ihnen zu finden.

Um einen Ort der Erinnerung für die im Holocaust ermordeten Juden zu schaffen, wurden auf vielen jüdischen Friedhöfen Gedenksteine errichtet.

Auch auf dem jüdischen Friedhof in Potsdam gibt es einen solchen Gedenkstein. Eingraviert sind die Namen von „*entehrten, deportierten und ermordeten sowie ihrer Heimat beraubten Juden aus der Stadt Potsdam und Umgebung*“.

Jüdische Straßennamen

Straßen, die nach Personen benannt werden, können im alltäglichen Leben an diese Personen erinnern. Sie erzielen ihre Wirkung dadurch, dass Passanten angeregt werden, sich mit der Person hinter dem Straßennamen auseinanderzusetzen.

Die Benennung von Straßen nach jüdischen Personen ist Ausdruck der Würdigung ihres Wirkens. Daneben werden seit einiger Zeit Straßen auch nach Namen von jüdischen Opfern des Holocaust benannt. So soll an ihr persönliches Schicksal und die Verfolgung und Ermordung von Juden erinnert werden.

Hermann Scheidemann Weg in Stahnsdorf

In Stahnsdorf wurde z. B. eine Straße nach Hermann Scheidemann benannt. Er und seine Frau Jeanette Scheidemann betrieben in Stahnsdorf ein Textilgeschäft. Sie wurden 1942 nach Theresienstadt deportiert und sind dort umgekommen. Er war ein Bruder von Louis Lewin Scheidemann aus Michendorf.



Straßenschild in Stahnsdorf

Hermann Scheidemann hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg viele Jahre als Kommunalpolitiker in Stahnsdorf engagiert und sich für Belange der Gemeinde eingesetzt.

Online Gedenkmöglichkeiten

Im digitalen Zeitalter sind eine Vielzahl von Möglichkeiten entstanden, virtuell Räume aufzusuchen und Informationen zu Ereignissen der Geschichte zu erhalten. Auch über den Holocaust wird digital informiert und an die Opfer erinnert. Genannt seien hier drei Beispiele:

Auf der **Internetseite des Bundesarchives** wird im Gedenkbuch der „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945“ gedacht. Dort kann nach Personen recherchiert werden. Die **Internetseite „Mapping the Lives“** bietet eine digitale Landkarte, auf der die Wohnorte der Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung zu finden sind.

Die **Internetplattform „Jewish Places“** ist 2018 als partizipative Online-Plattform entstanden. In einer interaktiven Karte wird jüdisches Leben in Geschichte und Gegenwart visualisiert. Dort eingestellte Biografien und virtuelle Rundgänge zu Orten jüdischen Lebens stellen für die Besucher:innen der Seite Bezüge zu Orten ihres eigenen Lebens her. Wie im Jüdischen Museum in Berlin wird auch hier der Holocaust thematisiert, es wird insgesamt jedoch jüdisches Leben aus fünf Jahrhunderten gezeigt.

Bildquellen

042 Christian-Ditsch.de
043 Privates Foto (Tillmann Flemming)
044 sdo216 - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://de.wikipedia.org/w/index.php?curid=10850427> - 10.04.2021
045 K. Weisser - Selbst fotografiert, CC BY-SA 2.0 de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=12313104> - 10.04.2021
046 Privates Foto (Anne Voß)
047 Privates Foto (Anne Voß)

Textquellen

<http://www.stolpersteine.eu> - 10.04.2021
<https://www.dw.com/de/stolpersteine-eine-verneigung-vor-den-verfolgten/a-48638303> - 10.04.2021
<https://www.stiftung-denkmal.de/denkmaeler/denkmal-fuer-die-ermordeten-juden-europas-mit-ausstellung-im-ort-der-information/> - 10.04.2021
<https://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/introduction/> - 10.04.2021
<https://www.jmberlin.de> - 10.04.2021
<https://www.kulturhochsn.de/was-ist-eigentlich-ein-museum/> - 10.04.2021
https://www.stiftung-denkmal.de/wp-content/uploads/Erinnerungsorte_ARB_SEK_2.pdf - 10.04.2021
<http://www.christen-und-juden.de/index.htm?html/friedhofe2.htm> - 10.04.2021
<https://tracingthepast.org/uber-us/?lang=de> - 10.04.2021
<https://www.jewish-places.de/> - 10.04.2021

Archive

Stumme Bewahrer der Geschichte – damals und heute



Was ist überhaupt ein Archiv?

„Archiv, Bibliothek und Museum sind drei entscheidende Institutionen, die mit der Erwerbung, Erschließung, Bewahrung, Erforschung und Vermittlung dessen befasst sind, was man gemeinhin ‚Kulturgut‘, ‚kulturelles Erbe‘ oder ‚cultural property‘ nennt.“ (Lepper/Raulff, S. 7)

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird die Bezeichnung Archiv meist verwendet, sobald Dokumente für einen längeren Zeitraum gelagert und aufgehoben werden. Auch werden Museen und Bibliotheken häufig mit Archiven gleichgesetzt, obwohl sich die genannten Institutionen voneinander unterscheiden:

Bei den zahlreichen Dokumenten in einem Archiv handelt es sich um Einzelstücke, welche nicht vervielfältigt wurden. Eine Bibliothek steht mit ihren Büchern der Öffentlichkeit zur Verfügung. Hier können sich einzelne Schriften doppeln und bei Bedarf nachbestellt werden. Bei einem Museum sind die Objekte ebenfalls Unikate. Museen erwerben neue Objekte, konservieren, dokumentieren, leihen aus und präsentieren ihre Stücke in Ausstellungen. Ein Archiv dagegen muss Schriften, welche der Institution zugeordnet werden, annehmen. Es findet keine Ausleihe statt, noch werden Dokumente von der Einrichtung käuflich erworben, da diese in den entsprechenden Zuständigkeitsbereich abgegeben werden müssen.

Archive im Nationalsozialismus

Allgemein lässt sich eine starke Veränderung in der Bedeutung von Archiven und deren Gebrauch im 20. Jahrhundert feststellen. Man nutzte die Einrichtungen nicht mehr ausschließlich für örtliche Verwaltungsarbeiten. Die Institutionen vertraten von nun an auch den Staat.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden viele nichtamtliche Archive, welche die amtlichen ergänzten. Besonders in der Zeit des Nationalsozialismus stieg die Bedeutung der Archive stark an. Hintergrund ist u.a. das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, welches am 7. April 1933 in Kraft trat. Dieses Gesetz legte fest, dass „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“, zu entlassen waren (§ 4). Im sog. Arieparagraphen (§ 3) wurde die Entlassung „nicht arischer“ Beamter angeordnet: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“ Dieses Gesetz bildete den Anfang einer vollständigen Vertreibung von Juden aus dem Berufs- und Wirtschaftsleben. Nun war es im Deutschen Reich in vielen Bereichen gefordert, einen sog. „Ariernachweis“ vorzulegen.

Die Archive spielten hier eine wichtige Rolle, da sich Informationen über die Abstammung von Personen u.a. in den Archiven befanden. Es kam aufgrund der „Ariernachweise“ zu einer wachsenden Anzahl der Anfragen an die Archive. Außerdem wurden in den Archiven systematisch Akten von Juden ausfindig gemacht.

Für den NS-Staat waren auch Kirchen- und Pfarrarchive relevant, weil in ihren Büchern sogenannte „Judenchristen“ und „Mischlinge verschiedenen Grades“ aus „Mischehen“ verzeichnet waren. Die staatlichen Behörden waren darauf aus, die Unterlagen aus den Kirchen zu sichern, um die nötige Einsicht in die Materialien zu erhalten.

Durch ihre Arbeit waren die Archive in die Rassepolitik des NS-Staates involviert und trugen so zur der Verfolgung von Juden bei. Nach Berichten damaliger Archivare konnten sie sich den NS-Gesetzen nicht entziehen. Es gab jedoch einzelne Angestellte, die versuchten, Antragsteller:innen vor Verfolgung zu schützen, indem sie entsprechenden Dokumente fälschten oder zu Gunsten der Antragsteller:innen veränderten.



Deckblatt „Ahnentafel zum Nachweis arischer Abstammung“

Das Brandenburgische Landeshauptarchiv



Brandenburgisches Landeshauptarchiv in Golm

Im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Golm lassen sich Dokumente aus der Zeit des Nationalsozialismus finden. Das Archiv besitzt ca. 42.000 Akten aus dem Fundus des damaligen Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg II (Rep. 36A). Diese Akten spiegeln die Arbeit der „Vermögensverwertungsstelle“ des NS-Regimes wider: Juden mussten ihr Vermögen angeben und Sonderabgaben leisten, ihr Vermögen wurde eingezogen und „verwertet“. Die Akten sind somit Zeugnis der Entrechtung, Ausplünderung und Verfolgung von Juden während der NS-Zeit. Bei der Recherche zu Lebenswegen ehemaliger jüdischer Bürger:innen von Michendorf und Umgebung konnten die Akten Informationen über deren Schicksale geben. So ließen sich ihre Lebenswege aus den durch die Akten dokumentierten Verwaltungsvorgängen z.T. rekonstruieren.

Gegenwärtig werden die Akten vom Archiv restauriert und digitalisiert, um sie zu erhalten. Sie liefern mögliche Informationen über zu Unrecht vom NS-Staat entwendete kulturelle Gegenstände oder Kunsterzeugnisse. Mithilfe der digitalen Erfassung besteht die Möglichkeit, die Akten im Archiv nach einer Anfrage per Mail einzusehen. Die digitalisierten Akten des Archivs sollen auch international zugänglich gemacht werden.

#StolenMemory – Ein Projekt des Arolsen Archivs

„Die Arolsen Archive sind ein internationales Zentrum über NS-Verfolgung mit dem weltweit umfassendsten Archiv zu Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus. Die Sammlung mit Hinweisen zu rund 17,5 Millionen Menschen gehört zum UNESCO-Weltdokumentenerbe. Sie beinhaltet Dokumente zu den verschiedenen Opfergruppen des NS-Staates und ist eine wichtige Wissensquelle für die heutige Gesellschaft.“

(<https://arolsen-archives.org/ueber-uns/kurzportraet/>)

Die Institution wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges aufgebaut und nennt sich International Tracing Service, kurz ITS. Das Archiv arbeitet mit verschiedenen Partnern zusammen, wie der European Holocaust Research Infrastructure (EHRI) und der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA).



Verschiedene „Effekte“ ehemaliger KZ-Häftlinge

Bei der #StolenMemory-Kampagne handelt es sich um eine Plakatausstellung, in der persönliche Gegenstände von ehemaligen KZ-Häftlingen dokumentiert werden. Diese Stücke stammen überwiegend aus den Lagern Neuengamme und Dachau. Es kann sich dabei um alte Fotos, Schmuckstücke oder Papiere handeln. Diese bewahrt das Archiv auf, bis Angehörige gefunden werden, die dann die Gegenstände zurückerhalten. Ziel ist es, Gegenstände von ehemals Inhaftierten an die Familien der Besitzer:innen zurückzugeben. Im Archiv werden die Gegenstände als „Effekte“ bezeichnet.

Es lassen sich insgesamt 30 verschiedene Nationen durch die Effekte nachweisen. Im Jahr 2015 konnte man erstmals die Effekte und Informationen über sie im Internet auf der Seite des Arolsen Archivs einsehen. Nach dieser Veröffentlichung stieg vor allem im darauffolgenden Jahr die Rückgabe der Effekte an Angehörige an.

Über Social Media haben sich neue Möglichkeiten eröffnet. So sind die Plakate, auf denen die Effekte abgebildet sind, im Internet verbreitet worden. Zusätzlich sollte die Ausstellung in verschiedene Länder wandern und auf das jeweilige Land angepasst werden. Daneben versucht das Archiv, weitere Helfer:innen und Freiwillige zu finden, die sich für das Projekt einsetzen.

Bildquellen

067 <https://images.pexels.com/photos/6550462/pexels-photo-6550462.jpeg?auto=compress&cs=tinysrgb&dpr=3&h=750&w=1260> - 10.04.2021
068 Jens Liebenau - Jens Liebenau, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5004045> - 10.04.2021
069 Andreas Lippold - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=65491901> - 10.04.2021
070 Arolsen Archives, https://stolenmemory.org/wp-content/uploads/dynamic/2020/04/IE7A1451_Effekten-639x0-c-default.png - 10.04.2021

Textquellen

Lepper, Marcel/Raulff, Ulrich (Hrsg.): Handbuch Archiv. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven, Stuttgart 2016
Nakath, Monika (Hrsg.): Aktenkundig: „Jude!“, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Brandenburg 1933–1945, Berlin-Brandenburg 2010
„Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, unter: <http://www.documentarchiv.de/ns/beamtenenges.html> - 10.04.2021
<https://www.augias.net/2005/10/19/anet4777/> - 10.04.2021
<https://www.historicum-estudies.net/etutorials/tutorium-archivarbeit/was-ist-ein-archiv/> - 10.04.2021
<https://arolsen-archives.org/ueber-uns/kurzportraet/> - 10.04.2021
<https://arolsen-archives.org/news/its-kampagne-stolenmemory/> - 10.04.2021
<https://stolenmemory.org/story/effekten/> - 10.04.2021